



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Staatszerfall im Jemen?!

Der Jemen als neues Sorgenkind der Internationalen Gemeinschaft

Verfasserin

Theresa Rinner

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, Mai 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaften
Betreuerin / Betreuer: Univ. Prof. Dr. Johann Wimmer

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei all jenen Personen bedanken, die mich während meiner Studienzeit und insbesondere in der Zeit der Erstellung meiner Masterarbeit begleitet haben.

Danke an meine beiden Eltern, die mich seit Beginn meines Studiums unterstützt haben und mich stets meinen eigenen Weg gehen lassen.

Herzlicher Dank gebührt Nina Steindl, die mir nicht nur mit wissenschaftlichen Ratschlägen und Expertise stets zur Seite steht, sondern auch zu jeder Tages- und Nachtzeit für mich erreichbar ist. Ebenfalls danke ich Kristina Sam, die mich mit ihrer akribischen Genauigkeit und ihrem Ehrgeiz immer inspiriert und mich insbesondere in den letzten Monaten sehr unterstützt hat.

Des Weiteren danke ich Gafia Timis, Katharina Voit, Edis Islamagic und Emanuel Plochberger für ihre Freundschaft und ihre großartige Unterstützung. Danke auch an alle anderen Freunde, die ich während meiner Studienzeit kennengelernt habe, und deren Namen zu zahlreich sind, um hier alle genannt zu werden.

Ein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Wimmer für die fantastische Betreuung, die nicht selbstverständlich ist und die ich stets sehr zu schätzen wusste. Danke für die wissenschaftliche Hilfestellung und die motivierenden Worte.

Herzlichen Dank auch an meine beiden Interviewpartnerinnen, die mir einen sehr guten Einblick in die komplexe Geschichte und Gegenwart Jemens gaben.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1	<u>Einleitung</u>	11
1.1	<u>Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen</u>	13
1.2	<u>Operationalisierung von Begrifflichkeiten</u>	13
1.2.1	<i>Failing state</i>	13
1.2.2	<i>Internationale Gemeinschaft</i>	14
1.3	<u>Forschungsstand</u>	14
1.5	<u>Formen fragiler Staatlichkeit</u>	25
1.5.1	<i>Konsolidierte bzw. sich konsolidierende Staatlichkeit</i>	28
1.5.2	<i>Schwache Staatlichkeit</i>	29
1.5.3	<i>Versagende bzw. verfallende Staatlichkeit</i>	31
1.5.4	<i>Zerfallene bzw. kollabierte Staatlichkeit</i>	32
1.6	<u>Staatszerfall: Von der Ursache zu den Folgen</u>	34
1.6.2	<i>Indikatoren</i>	38
1.6.3	<i>Faktoren</i>	41
1.6.4	<i>Folgen</i>	46
1.7	<u>Aufbau des Forschungsdesigns</u>	48
1.7.1	<i>Literaturstudie</i>	48
1.7.2	<i>Experteninterview</i>	48
2	<u>Geschichte, politisches System und Bevölkerung Jemens</u>	50
2.1	<u>Geschichte des modernen Jemen</u>	50
2.3	<u>Soziale Struktur und ökonomische Faktoren</u>	56
2.3.1	<i>Bevölkerung</i>	57
2.3.5	<i>Menschenrechte</i>	63
2.3.6	<i>Stammeswesen</i>	64
2.3.7	<i>Zaidismus</i>	66

3	<u>Herausforderungen im Jemen</u>	70
3.1	<u>Unabhängigkeitsbestreben im Süden Jemens</u>	70
3.2	<u>Al-Huthi Rebellen im Norden Jemens</u>	78
3.3	<u>Al-Qaida</u>	83
3.4	<u>Weitere Herausforderungen</u>	89
4	<u>Jemen – Troublemaker der International Community</u>	93
5	<u>Fazit und Ausblick</u>	96
6	<u>Literaturverzeichnis</u>	100

Anhang

Interviews

Abstract

Wissenschaftlicher Lebenslauf

Abbildungsverzeichnis

<u>Abbildung 1</u> : Prognose der arabischen Bevölkerung zwischen 15-24 Jahren bis zum Jahr 2050	57
<u>Abbildung 2</u> : Jugendarbeitslosigkeit in arabischen Ländern (2005/2006)	60
<u>Abbildung 3</u> : Anteil der Jugendarbeitslosigkeit in arabischen Ländern an der Gesamt-Arbeitslosenrate (2005/2006)	60
<u>Abbildung 4</u> : Durchschnittliches Wachstum der städtischen Bevölkerung in arabischen Ländern (2000-2005)	62

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: 4 Typen von Staatlichkeit..... 28

Tabelle 2: Verteilung der Sitze im jemenitischen Parlament 2010 54

Vorwort

Mein ausgeprägtes Interesse an internationaler Politik und der "arabischen Welt" seit vielen Jahren, machte die Entscheidung für ein Studium der Politikwissenschaften bzw. der Arabistik an der Universität Wien einfach. Da seit einigen Jahren der Nahe Osten als Brennpunkt internationaler Politik gilt, ließen sich beide Studienrichtungen natürlich besonders gut miteinander vereinbaren. Der Irakkrieg, der im Jahr 2003 begann, sowie viele weitere Spannungsgebiete und Konfliktherde im Nachbarraum bestärkten mich, weiter in diese Richtung zu forschen und einen tiefen Einblick in die Struktur und komplexe Welt Arabiens zu erlangen.

Durch viele interessante Seminare im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung verstärkte sich mein Wunsch, aktuelle Konflikte zu analysieren und Lösungsansätze zu suchen. Bei der Themenfindung für meine Diplomarbeit suchte ich dennoch in den ersten Wochen vergeblich ein Thema, das einerseits mein Forschungsinteresse weckte und andererseits eine gewisse Forschungsrelevanz aufwies. Bei einem Gespräch mit meinem Diplomarbeitbetreuer Prof. Dr. Wimmer wurde ich auf das Thema „Gescheiterte Staaten“ bzw. ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit aufmerksam. Durch mein Studium der Arabistik fiel die Wahl für eine Fallstudie letztlich auf den Jemen, der zwar aktuell die Medienwelt dominiert, jedoch aus wissenschaftlicher Sicht lange vernachlässigt wurde.

Die Lage im Jemen heute, von der wir im Rahmen der Protestwelle in der arabischen Welt täglich in den Medien lesen, demonstriert die Relevanz, die Herausforderungen und Gegebenheiten des Landes genau zu analysieren, um aktuelle Geschehnisse besser verstehen zu können. Lange Zeit wurden die Probleme des ärmsten Staates in der arabischen Welt ignoriert. Terroranschläge, die heute gerne vom Jemen aus aufgrund seiner fragilen Staatlichkeit geplant werden, und die eine Gefahr für die internationale Sicherheit darstellen, beweisen, man kommt nicht umhin, sich das Land, das einst *Arabia Felix*, also glückliches Arabien, genannt wurde, genauer anzusehen.

„(...) the question becomes when, not if, Yemen's ticking time bomb goes off.“

- Foreign Policy Magazine Online

1. Einleitung

Als *Arabia Felix*, also glückliches Arabien, wurde der Jemen einst bezeichnet. Heute kämpft das Land mit so gravierenden Herausforderungen, dass es landläufig als nächster *failed state* bezeichnet wird. Ökonomische, demographische und sicherheitspolitische Herausforderungen bedrohen seit Jahren die Stabilität des Landes, dessen Regierung aktuell kaum mehr in der Lage ist, die Kontrolle über Teile seiner Landesgebiete zu behalten. Seit Anfang des Jahres 2011 spitzt sich die Lage im Jemen erneut zu. Im Rahmen der Demonstrationen ausgehend von jenen in Libyen und Ägypten, kam es auch im Jemen zu einer großen Protestwelle, die am Herrschaftssitz Präsident Salihs, der seit über 30 Jahren im Amt ist, rüttelt.

Im Interview fasst Joelle Burbank von der Organisation *Fund for Peace* aus Washington D.C. Jemen's aktuelle Probleme und die weit verbreitete Kritik an Präsident Salih zusammen und meint:

*„As the poorest country in the Middle East, Yemen faces severe economic pressures in addition to security pressures. Falling oil output due to dwindling reserves has exacerbated the economic situation, despite efforts at economic reform and diversification. High unemployment is also contributing to popular discontent.“*¹

Der Jemen, ärmster Staat Arabiens², dessen Bevölkerungsrate explodiert und zu den höchsten der Welt gehört, wird in Zukunft mit noch drastischeren Gegebenheiten konfrontiert sein, die das Land immer näher in Richtung Staatszerfall rücken werden.

Diese Arbeit stellt zunächst den theoretischen Aspekt von *failed states* in den Mittelpunkt, um nachfolgend jene Punkte zu diskutieren, die die Stabilität Jemens bedrohen. Eine

¹ Siehe Interview Burbank.

² Vgl. Kopp (2009), S. 105.

Analyse von Konzepten, die sich mit *gescheiterten Staaten* und deren Ursachen und Folgen beschäftigen, werden im ersten Teil der Arbeit besprochen werden. Das Konzept des *modernen Staates* dient hier als Referenzpunkt.

Anschließend werden die innerstaatlichen Herausforderungen Jemens in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses gestellt, zu denen sowohl sicherheitspolitische als auch sozio-ökonomische Faktoren gehören. All diese Konflikte werden verdeutlichen, weshalb die Stabilität des Landes akut bedroht ist und welche Folgen ein schwacher bzw. gescheiterter Staat Jemen für die globale Sicherheit hat. Untersucht werden hierbei insbesondere jene zwei innerstaatliche Konflikte, die sich im Norden und Süden des Landes zutragen und die das Gewaltmonopol des jemenitischen Staates bedrohen. Obwohl al-Qaida in westlichen Medien oft als primäre Herausforderung an Präsident Salih identifiziert wurde, ist bei genauerem Hinsehen der *al-Huthi* Konflikt im Norden des Landes bzw. Sezessionsbestrebungen angetrieben von der *Bewegung des Südens*, dominierend auf der Agenda Salih.

Das Problem al-Qaida soll als dritter Aspekt untersucht und sowohl als innerstaatliche Herausforderung als auch als globales Sicherheitsproblem wahrgenommen werden. Bei allen drei Konflikten soll ein kurzer geschichtlicher Rückblick das Verständnis rund um die Entstehung der Bewegung vertiefen und anschließend ein kurzer Ausblick gegeben werden. Fortführend werden weitere Herausforderungen, mit denen die jemenitische Regierung aktuell und in Zukunft zu kämpfen hat, diskutiert. Dazu gehören sowohl der drastische Wassermangel, der sich in den nächsten zehn Jahren gravierend verschärfen wird und die aktuelle ökonomische Lage des Landes.

Die Forschungsarbeit wird aufzeigen, dass innerstaatliche Konflikte im Jemen drastische Auswirkungen auf die internationale Sicherheit haben und sich nicht auf einen regionalen *spill over* Effekt beschränken. Insofern ist es notwendig, die aktuellen Bedrohungen, mit denen der Jemen konfrontiert ist, in ihrer Komplexität zu analysieren, um anschließend Lösungsansätze finden zu können. Aktuelle terroristische Aktivitäten, deren Ursprung im Jemen identifiziert werden konnten, wie beispielsweise das verhinderte Flugzeugattentat von Detroit im Jahr 2009, geben einen ersten Einblick darin, was ein gescheiterter Staat Jemen für die internationale Sicherheit bedeuten könnte.

1.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen

Mittelpunkt der Forschung stellt der südarabische Staat Jemen als neues Sorgenkind der internationalen Gemeinschaft dar. Die konfliktreiche Lage im ärmsten Staat Arabiens³ droht zu eskalieren, die Sicherheitslage gestaltet sich zunehmend als schwieriger Balanceakt. Das Erkenntnisinteresse beruht daher auf den Ursachen, die zu diesem schleichenden Staatszerfall führen, sowie auf den entstehenden sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Internationale Gemeinschaft. Jene Faktoren, die auf einen möglichen Staatszerfall im Jemen hinweisen, sollen genau erläutert und untersucht werden. Weiters ist forschungsrelevant weshalb ein fragiler Staat Jemen nicht nur ein regionales Problem, sondern auch eine schwerwiegende internationale Angelegenheit darstellt. Konkret lauten die beiden Forschungsfragen wie folgt:

Forschungsfrage 1: Welche politischen und sozioökonomischen Faktoren gefährden die Stabilität Jemens?

Forschungsfrage 2: Welche sicherheitspolitischen Herausforderungen ergeben sich aus einem fragilen Staat Jemen für die Internationale Gemeinschaft?

Im folgenden Abschnitt sollen wichtige Begrifflichkeiten kurz erläutert werden, um Missverständnissen durch unterschiedliche Konnotationen vorzubeugen.

1.2 Operationalisierung von Begrifflichkeiten

1.2.1 *Failing state*

Eine erste kurze Definition des Begriffs *failing state* gibt Bernhard Seidl, indem er von einer „speziellen Form des staatlichen Versagens“⁴ spricht. Das Versagen bezieht sich hierbei nicht etwa auf die Überschuldung eines Staates oder das Scheitern notwendiger Reformen im Staat. Vielmehr beschreibt es den Zustand eines Gemeinwesens, das durch hohe Gewalttaten, fehlende rechtliche Ordnung sowie eine tiefe gesellschaftliche Kluft gekennzeichnet ist.⁵ In der deutschsprachigen Wissenschaft wird der Begriff mit

³ Vgl. Kopp (2005), S. 105.

⁴ Seidl (2007), S. 32.

⁵ Vgl. Ebd., S.32.

„versagender“ oder „scheiternder Staat“⁶ übersetzt. Genaue Begriffserklärungen und eine Einteilung zwischen „schwachen Staaten“, „scheiternden Staaten“ und „zerfallenen bzw. kollabierten Staaten“, sowie theoretische Überlegungen zum Thema „Staatszerfall“ werden im Kapitel 1.5. diskutiert.

1.2.2 Internationale Gemeinschaft

Nach Heinz Gärtner wird die Internationale Gemeinschaft definiert als

„(...) die Kollektivität der >Staaten. (...) Der Begriff wird oft gebraucht, um die gemeinsamen Werte und die gemeinsame Identität zu betonen. (>Gemeinschaft). Er täuscht jedoch oft über bestehende Differenzen hinweg. Er wird auch für >Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen verwendet.“⁷

1.3 Forschungsstand

Allgemein sind sich Autoren und Wissenschaftler, die sich mit dem Thema Staatszerfall beschäftigen, einig, dass es einen rasanten Anstieg an Publikationen (und vor allem an Aufmerksamkeit) seit dem 11. September 2001 gibt. Das heißt nicht, dass das Phänomen des Staatszerfalls erst seit diesem Datum vorhanden ist oder sich seither häuft. Vielmehr hat sich die akute Sicherheitsbedrohung für die gesamte Internationale Staatengemeinschaft, ausgehend von schwachen oder gar gescheiterten Staaten, in aller Deutlichkeit im Terroranschlag auf die Twin Towers manifestiert. Zugleich wurde vor Augen geführt, dass fragile Staaten nicht nur regionale Probleme nach sich ziehen, sondern eine gravierende Sicherheitsbedrohung für die gesamte globale Ordnung darstellen. Die Sensibilität und das Augenmerk sind seither vermehrt auf islamische Staaten gerichtet, die auf Grund des fehlenden oder eingeschränkten Gewaltmonopols und daraus folgender fehlender Sicherheit nach innen *und* außen, eine ideale Rückzugsstätte für Terroristen bilden können. Die führenden Autoren, die versuchen, theoretische Konzepte und Kategorienkataloge sowie Einteilungen für fragile Staatlichkeit zu treffen, sind Robert I. Rotberg, Professor in Harvard, William Zartman, Professor an

⁶ Siehe beispielsweise Schneckener (2007).

⁷ Gärtner (2005), S. 64; Hervorh. i. O.

der Johns Hopkins Universität und Ulrich Schneckener, Friedens- und Konfliktforscher und Professor an der Universität Osnabrück. Alle drei haben einen maßgeblichen wissenschaftlichen Beitrag zur Analyse fragiler Staaten geleistet und liefern auch für diese Forschungsarbeit nützliche Definitionen und Einteilungen. Weiters zählen zu den wichtigsten Theoretikern Annette Büttner und Gero Erdmann, sowie Tobias Debiel und Daniel Lambach, die hilfreiche wissenschaftliche Analysen zum Thema Staatszerfall publizieren. Trotz verstärkter Aufmerksamkeit und zunehmender wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit der Thematik muss betont werden, dass bislang keine allgemein anerkannte Definition für Staatszerfall generiert wurde. Zudem zeigt sich auch eine Uneinigkeit bezüglich der Gegebenheiten, die zum Staatszerfall führen.

Unterschiedliche Kriterienkataloge darüber, wann ein Staat nun „schwach“ oder „gescheitert“ ist bzw. die fehlende Übereinstimmung bei Definitionen, erschweren die Analyse erheblich. Vergleicht man die verschiedenen Termini, erkennt man, dass manche Autoren für denselben Begriff (Bsp. *collapsed state*) unterschiedliche Bedeutungen und Definitionen verwenden.⁸ Auch Daniel Lambach bemerkt, dass „Arbeiten der weak state-Forschung relativ heterogen [sind, und] ein einheitliches Verständnis von schwacher Staatlichkeit wurde nicht erreicht.“⁹

Intensive Auseinandersetzung spürt man bei Fallstudien, wie z.B. Somalia, Kolumbien, der Demokratischen Republik Kongo und zumeist anderen afrikanischen Staaten.

So weist die politische und wissenschaftliche Beschäftigung und Debatte um das Thema Staatszerfall noch immer einen „african bias“¹⁰ auf– auch wenn die mediale Aufmerksamkeit momentan verstärkt auf Ländern des Nahen Ostens liegt, nämlich auf Afghanistan, Irak und seit neuestem: dem Jemen. Staatszerfall ist – das wird oft vergessen – in allen Regionen der Welt anzutreffen. Dennoch geschieht wissenschaftliche Beschäftigung in Zusammenhang mit Staatszerfall momentan hauptsächlich in Bezug auf Länder des afrikanischen Kontinents.

Interessant für diese Forschungsarbeit sind aktuelle Papers von führenden amerikanischen Think Tanks, die sich aus sicherheitspolitischen Gründen seit den letzten Jahren vermehrt mit dem Thema *Staatszerfall* beschäftigen – natürlich insbesondere in Hinblick auf die ausgehende Terrorgefahr dieser Staaten. Diese Papers¹¹ gestalten sich

⁸ Für nähere Informationen siehe Kapitel 1.5. „Formen fragiler Staatlichkeit“.

⁹ Lambach (2008), S. 47.

¹⁰ Schubert (2005), S. 23.

¹¹ Siehe beispielsweise das liberale *Brookings Institute* in Washington D.C. und dessen aktuelle Publikationen, Podcasts und Diskussionspapers zum Thema unter: <http://www.brookings.edu/search.aspx?doQuery=1&q=yemen> oder auch *Carnegie Endowment for*

als hilfreiche Indikatoren dafür, wie amerikanische Wissenschaftler die aktuelle Lage im Jemen – insbesondere die Bedrohung der Staatlichkeit – einschätzen. In diesem Sinne ist die Untersuchung dieser Papers auch in Hinblick auf den Einfluss der Think Tanks auf die amerikanische Politik relevant.

Nennenswert sind auch die großen Sicherheitsstrategien der USA (2002)¹² und der Europäischen Union (2003),¹³ die die Bedrohung ausgehend von instabilen Staaten für die internationale Sicherheit explizit erwähnen. So meint George W. Bush 2002 in der Einleitung der Sicherheitsstrategie:

„The events of September 11, 2001, taught us that weak states, like Afghanistan, can pose as great a danger to our national interests as strong states. Poverty does not make poor people into terrorists and murderers. Yet poverty, weak institutions, and corruption can make weak states vulnerable to terrorist networks and drug cartels within their borders.“¹⁴

Auch im deutschsprachigen Raum wird eine verstärkte Aufmerksamkeit hinsichtlich der potentiellen (und seit dem gescheiterten Flugzeugattentäter Umar Faruk Abdulmutallab¹⁵ durchaus realen) Terrorgefahr, resultierend aus dem fragilen Staat Jemen, erwartet. In österreichischen Tageszeitungen wird seit Dezember 2009 verstärkt über den Jemen und al-Qaida-Festnahmen in Zusammenhang mit dem Land berichtet. Das beweist die steigende mediale Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung mit dem Forschungsthema. Gerade weil die Forschungsfrage derart aktuell und sicherheitspolitisch relevant ist, ist es notwendig, die Theorien des Staatszerfalls mit den aktuellen Ereignissen im Jemen zu verknüpfen, um die dortige Lage besser einschätzen zu können. Dies ist nach Wissen der Autorin bis dato nicht erfolgt.

1.4 Der moderne Staat als Referenzpunkt für die „failed state“ Forschung

Bevor eine Definition von *Staatszerfall* möglich ist, ist es zunächst sinnvoll zu klären, was unter dem Terminus Staat verstanden wird. Der modische Begriff des *failed state*, so

Peace in Washington D.C. unter: <http://www.carnegieendowment.org/regions/?fa=list&id=219>

¹² Bush (2002), o.S.

¹³ Europäische Sicherheitsstrategie (2003).

¹⁴ Bush (2002), o.S.

¹⁵ Der nigerianische Staatsbürger Abdulmutallab versuchte am 25. Dezember 2009 einen Anschlag auf einen in die USA fliegenden Airbus. Die Vermutung liegt nahe, dass er im Jemen vom terroristischen Netzwerk al-Qaida ausgebildet wurde.

Jochen Hippler, beruhe darauf, die „Existenz funktionierender Nationalstaaten als Norm und Selbstverständlichkeit vorauszusetzen“¹⁶. Aus diesem Grund ist die vorausgehende Beschäftigung mit dem Phänomen des modernen Staates unerlässlich.

Eine Auswahl an Staats-Definitionen wird in diesem Kapitel besprochen, um im nächsten Teil der Forschungsarbeit eine Annäherung an die Begriffe *fragiler* Staat bis hin zu *Staatszerfall* zu unternehmen. Der Begriff *Staatszerfall* drückt grundsätzlich etwas Negatives aus und impliziert Fehlerhaftigkeit. Die Fragen, die sich primär stellen, sind: Was genau zerfällt? Wie manifestiert sich ein Staat, der nicht vom Zerfall bedroht, sondern konsolidiert und stark ist? Um die Natur eines schwachen Staates erklären zu können, muss zunächst der konsolidierte Staat als Basis für die Untersuchung herangezogen werden. Da schwache Staaten ihre wichtigsten Funktionen nicht erfüllen können, ist es außerdem unerlässlich zu klären, welche Aufgaben ein Staat – zumindest der Theorie nach – erfüllen *sollte*. Nur dann ist es möglich die Schwächen bzw. das Scheitern des Staates in Hinblick auf seine Aufgabenerfüllung zu analysieren.

In der Forschung rund um das Thema Staatszerfall wird üblicherweise zunächst das Konzept des modernen Staates analysiert. Definitionen, Merkmale und Kernfunktionen von eben diesem werden herausgestrichen, wodurch die Analyse von fragilen Staaten überhaupt erst ermöglicht wird. Kriterienkataloge, die aus den staatlichen Kernaufgaben erstellt werden, dienen anschließend als „wertfreier Maßstab“¹⁷ zur Vergleichsmöglichkeit. Dadurch erleichtert sich eine Einteilung zwischen *guter* und *schlechter* – besser ausgedrückt, zwischen einer starken und schwachen *state performance* bzw. Aufgabenerfüllung. Zunächst soll ein kurzer historischer Überblick über die Entstehung des modernen Nationalstaates gegeben werden, um danach die wichtigsten Funktionen desselben aufzulisten. Darauf folgend soll untersucht werden, ob sich das moderne Staatskonzept auf alle Weltregionen übertragen lässt bzw. weshalb es sinnvoll ist, das Modell des modernen Staates zur Analyse von fragilen Staaten zu verwenden.

Als Grundlage der Analyse gilt der moderne Nationalstaat, wie er sich zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert in Europa herausgebildet hat. Um die Entwicklung des modernen Staates in Europa zu verstehen, beschreibt Hannes Wimmer¹⁸ die Problematik des fehlenden Staates in Europa zwischen 500 n. Chr. und 1500 n. Chr. bzw. darauf folgend die Entwicklung der modernen Staatlichkeit in Europa: Während eben dieser Zeitspanne kann man noch nicht von Staaten in Europa sprechen. Auch der manchmal erwähnte

¹⁶ Hippler (2005), S. 3.

¹⁷ Schneckener (2007), S. 103.

¹⁸ Wimmer (2009).

vormoderne Staat existierte nicht: So meint Wimmer, es „wäre (...) absurd, für jene Zeit ein Gewaltmonopol zu unterstellen“¹⁹. Es ist jedoch genau dieses Gewaltmonopol, das den modernen Staat als diesen auszeichnet. Oft wird es, so beispielsweise bei Max Weber, gar als das wesentlichste aller Merkmale des Staates herausgestrichen.²⁰ Ohne Gewaltmonopol kann es keinen konsolidierten Staat geben. Man nehme als Beispiel Länder, in denen das Gewaltmonopol nur eingeschränkt funktioniert und/oder von substaatlichen Akteuren unterminiert wird: Explodierende Gewaltraten, Chaos und fragile Staatlichkeit sind die Folge.

Der moderne Staat, wie wir ihn heute verstehen, entstand etwa zwischen den Jahren 1550 und 1650²¹ als

„unbeabsichtigtes, ungeplantes Resultat der Anforderungen, welche sich vor allem aus der Eskalation der Kriegführung seit den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts ergaben. So gesehen verwundert es nicht, wenn man den Frühmodernen Staat als ‚war machine‘ oder als ‚fiscal military complex‘ versteht – zugleich mit dem Hinweis, dass bis zu 90% der Steuern in diese Kriegsmaschinerie flossen – jedenfalls dann, wenn sich ein Land im Kriegszustand befand, im 17. Jahrhundert gab es nur wenige Jahre, in denen in Europa Friede geherrscht hätte.“²²

Nun erschließt sich, dass die entscheidende Kraft für die Entwicklung des modernen Staats (oder allgemein der Moderne) von den militärischen Konflikten und den „daraus resultierenden Modernisierungszwängen“²³ ausging: Die zahlreichen Schlachten und die eskalierende Gewalt bedurften einer Lösung, die sich schließlich im Gewaltmonopol des Staates sowie dem Militär als Institution des Staates fand. Der „Durchbruch der Moderne beruht auf dem Paradox, dass die (störende) Gewalt, in der Gesellschaft sinken muss (...) und das wiederum erfordert überlegene Mittel der Welt, jedoch operierend unter dem Rechtscode ‚Recht/Unrecht‘ bzw. (...) legitim/illegitim“²⁴.

Das Jahr 1648, mit dem Ereignis des Westfälischen Friedens, markiert einen historischen Zeitpunkt. Der Vertrag des Westfälischen Friedens bestimmte neben der Säkularisierung auch die territoriale Souveränität in Europa. Natürlich galt Souveränität zu diesem

¹⁹ Ebd., S.12.

²⁰ Vgl. Anter (1995) o.S. zit. nach Wimmer (2009), S. 11.

²¹ Vgl. Wimmer (2009), S.12.

²² Ebd., S. 184; Hervorh. i. O.

²³ Ebd., S. 185.

²⁴ Ebd., S. 357; Hervorh. i. O.

Zeitpunkt nur für diejenigen Staaten, die von anderen als souverän angesehen wurden. Der legale Anspruch auf Souveränität bedeutete, sich in der Praxis zu behaupten – Herrschaftsinhaber mussten die Kontrolle über ihr Gebiet erlangen und de facto behalten.²⁵ Die neu entstandene Ordnung des *Westfälischen Systems* machte eine hohe Gewaltkompetenz der (nun vorhandenen) Staaten unerlässlich.²⁶ Doch selbst sehr erfolgreiche Verfechter ihrer staatlichen Souveränität hatten anfangs nur geringe Kontrolle über ihr territoriales Gebiet: Eine funktionierende Staatsgewalt bzw. eine staatliche Zentralisierung sowie tatsächliche Staatsgrenzen entwickelten sich erst allmählich.²⁷ Die Entwicklung des modernen Staats ist länderspezifischen Variationen unterworfen: So entsteht der moderne Staat zuerst in einigen „Regionen Westeuropas, (...) [und] „wandert“ mit dem allgemeinen Modernisierungsprozess langsam nach Osten (...).“²⁸ Bezüglich des Gewaltmonopols dauerte es in Europa „bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, bis (...) die moderne Form der „Verwaltung“ des staatlichen Gewaltmonopols gefunden und institutionalisiert werden konnte, und zwar in Gestalt von Uniform tragenden Sicherheitspolizeien.“²⁹ Ein wichtiger Punkt, gekoppelt an die Etablierung des Gewaltmonopols und des Militärs, ist letztlich die Entwaffnung der Gesellschaft sowie das Verbot des privaten Waffentragens.³⁰ Dies bezieht sich auf Europa, da in den USA das Tragen einer Waffe sogar verfassungsrechtlich garantiert ist. Jedoch spielt diese Tatsache speziell beim Forschungsgebiet Jemen eine tragende Rolle.

Die Herausbildung des heutigen modernen Nationalstaates wird nach allgemeiner Ansicht als ein Prozess verstanden, der sich in den letzten Jahrhunderten fortlaufend weiterbewegt hat. Friedbert W. Rüb sieht den modernen Staat als „letzte Entwicklungsstufe eines lang andauernden historischen Prozesses und [er] ist wesentlich durch seine legal-rationale Herrschaftsausübung gekennzeichnet.“³¹ Max Webers viel diskutierte Definition zitiert Fitzi in seinem Werk:³² Der Staat ist für Weber

„ein Sonderfall des Herrschaftsverbandes (...), da er in der Lage ist, als >>politischer Anstaltsbetrieb<< zu funktionieren, das heißt durch seinen Verwaltungsstab das Monopol des legitimen physischen Zwangs für ein

²⁵ Vgl. Milliken/Krause (2003), S. 3.

²⁶ Vgl. Wimmer (2009), S. 162.

²⁷ Vgl. Milliken/Krause (2003), S. 3.

²⁸ Wimmer (2009), S. 159.

²⁹ Ebd., S.357; Hervorh. i. O.

³⁰ Vgl. Ebd., S. 162.

³¹ Rüb (2007), S. 31.

³² Fitzi (2008).

*geografisches Gebiet kontinuierlich durchzusetzen. Die Gewaltanwendung (oder deren Androhung) ist weder das einzige noch das übliche Verwaltungsmittel politischer Verbände, sie ist jedoch ihr spezifisches Mittel und ihre ultima ratio.*³³

Eine idealtypische Definition, in Anlehnung an Webers klassische Definition, gibt Daniel Lambach, der den Staat als „soziale Ordnung, der die Personen, die sich innerhalb eines bestimmten Territoriums aufhalten, die Autorität zuschreiben, verbindliche Regeln festzulegen und durchzusetzen“³⁴ versteht. Dazu zählt Lambach auch das Monopol auf die Anwendung physischer Gewalt und die Erhebung von Abgaben. In der deutschen Staatslehre ist vor allem die Staatstrias *Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt* nach Georg Jellinek bekannt und dient als hilfreiche Definition.³⁵ Diese stellt zunächst die Minimalkriterien für Staatlichkeit dar. In den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts veränderte sich jedoch das Profil des Staates und ging über das bloße Profil des Gewaltmonopols hinaus. Die Dimension von Staatlichkeit erweiterte sich enorm: Über die Jahrhunderte hinweg hat sich der Staat zu einem souveränen Gesetzgeber entwickelt, der berechtigt ist, von seinem Staatsvolk Steuern einzutreiben und legitime Gewalt anzuwenden: Vom liberalen Rechtsstaat hin zum demokratischen Verfassungsstaat und schließlich Wohlfahrtsstaat ging die Entwicklung der letzten Jahrzehnte voran.³⁶

Ein wichtiger Punkt nach Abhandlung einiger Definitionen ist nun die Frage nach den Institutionen des modernen Staates. Der moderne Staat, wie wir ihn heute verstehen, umfasst ein breites Spektrum an politischen Institutionen, wie die Legislative, Judikative und den Verwaltungsbereich, die die Exekutive ergänzen.³⁷ Anders gesagt, ist der Staat ein „Institutionenkomplex“³⁸, der sich aus verschiedenen sozialen Ordnungen zusammensetzt, insbesondere aus dem Rechtsmonopol, der physischen Gewalt und der Steuereinhebung. Wimmer³⁹ zählt ein funktionierendes Militär sowie den Polizeiapparat zu den vier Institutionen eines modernen Staates.⁴⁰ Des Weiteren ist für ihn die „Kernstruktur

³³ Ebd., S.75; Hervorh. i. O.

³⁴ Lambach (2008), S. 19.

³⁵ Vgl. Schneckener (2007), S. 101f.

³⁶ Vgl. Mayntz (2008), S. 20.

³⁷ Vgl. Schneckener (2007), S. 102.

³⁸ Lambach (2008), S. 19.

³⁹ Wimmer (2002).

⁴⁰ Vgl. Ebd., S. 237ff.

eines jeden Staates (...) die zivile Verwaltung“⁴¹. Ein funktionierendes Steuer- und Finanzwesen bilden ein weiteres Fixum des modernen Staates,⁴² genau wie die Staatsleitung, also Parlament und Regierung.⁴³ Ein gutes Messinstrument für die Funktionsfähigkeit der Staatsinstitutionen ist die Einhebung der Steuern: Funktioniert diese erfolgreich und der Staat kann „über dem gesamten Territorium [betont sei hier gesamten Territorium] die ihm zustehenden Steuern und Abgaben ein(...)treiben, kann man davon ausgehen, dass es sich um ein stabiles Gemeinwesen handelt“.⁴⁴ Die eingezogenen Mittel müssen außerdem im gesamten Umfang an die Regierung abgegeben werden. Neben der Wahrnehmungs- und Informationsfunktion ist die Verwaltung auch dafür zuständig, dass Regierungsbeschlüsse korrekt umgesetzt und dass öffentliche Mittel korrekt verwaltet werden.⁴⁵

Nach Klärung der Fragen „Was versteht man unter dem Terminus *Staat* und den Institutionen eben dieses“, liegt das Augenmerk nun auf den Kernfunktionen, die ein Staat idealerweise erfüllen muss. Ein Minimum ist die Gewährleistung der oben genannten Staatstrias, genauer gesagt die Herstellung einer einheitlichen souveränen Staatsgewalt und die Kontrolle der Bewohner innerhalb des bestimmten Territoriums.⁴⁶ Schneckener sieht die drei Hauptbereiche von Staatlichkeit in den drei Funktionen Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität/Rechtsstaatlichkeit.⁴⁷ Robert I. Rotberg sieht die Hauptaufgabe des Staates zunächst in der Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Sicherheit, wozu er das Bewachen von Grenzen zählt, sowie in der Fähigkeit, innerstaatliche Bedrohungen sowie Angriffe auf die nationale Ordnung und menschliche Sicherheit abzuwehren. Erst dann könnten weitere politische Güter bereitgestellt werden. Außerdem muss es der Staat ermöglichen, Differenzen zwischen ihm und seinen Bürgern, aber auch zwischen den Bürgern untereinander, ohne Waffengewalt zu lösen.⁴⁸ Dem Sicherheitsaspekt als Hauptaufgabe von Staaten, stimmt auch Francis Fukuyama zu: Staaten müssten zunächst für öffentliche Ordnung sorgen, sowie für die Verteidigung gegen äußere Feinde.⁴⁹ Medizinische Gesundheitsversorgung sowie Schulen und Bildungseinrichtungen, funktionierende Infrastruktur, Kommunikationsnetzwerke und ein Geld- und

⁴¹ Ebd., S. 357.

⁴² Ebd., S. 308ff.

⁴³ Vgl. Ebd., S. 315 ff.

⁴⁴ Seidl (2007), S. 37.

⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 37.

⁴⁶ Vgl. Bürger (2007), S. 14.

⁴⁷ Vgl. Schneckener (2007), S. 105 und siehe auch Milliken/Krause (2003).

⁴⁸ Vgl. Rotberg (2003), S.3.

⁴⁹ Vgl. Fukuyama (2004), S. 21.

Bankensystem zählen zu weiteren politischen Gütern. Wichtig ist hier auch die Verteilung dieser Ressourcen, die in der Regel über Steuern und andere Staatseinnahmen finanziert werden. So sind der Grad der Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen an Ressourcen bzw. die Kluft zwischen Arm und Reich, gute Indikatoren, um eventuelle Mängel an staatlichen Steuerungskompetenzen aufzudecken.⁵⁰

Eine wichtige Funktion stellt das Prinzip der Legitimität und Rechtsstaatlichkeit dar. Insbesondere in der späteren Analyse von fragilen bzw. gescheiterten Staaten wird ersichtlich, welche wichtige Rolle Legitimität und Rechtsstaatlichkeit für die Qualität und vor allem Stabilität eines Staates spielen. Unter diesem Punkt versteht man die Formen politischer Partizipation und deren Entscheidungs(findungs)prozeduren sowie die Ausprägung des Rechtsstaates, des Justizwesens und der öffentlichen Verwaltung.⁵¹ Francis Fukuyama meint dazu, „die staatlichen Institutionen müssen nicht nur als Ganzes im administrativen Sinn richtig zusammenarbeiten, sondern müssen auch von der Gesellschaft als legitim betrachtet werden.“⁵² Demokratie und gute Regierungsqualität, so Fukuyama, lassen sich nicht ohne weiteres trennen: So haben autoritäre Regime langfristige Autoritätsprobleme und können z.B. wirtschaftlich schwierige Zeiten weniger gut überstehen als demokratische Systeme.⁵³

Zum Prinzip der Legitimität und Repräsentation zählt auch die gemeinsame Identität innerhalb des Staates: „Staatliche Macht kann sich legitimieren, indem sie im Namen einer Einheit ausgeübt wird, die auf einer gemeinsamen Identität basiert.“⁵⁴ Auf der Basis guter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen wachsen der Staat und seine Bevölkerung zusammen.⁵⁵ Das Vertrauen der Bevölkerung – und zwar der gesamten Bevölkerung – in seinen Staat ist hier der Schlüssel. Fehlendes Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit ist ein Hauptproblem aller schwachen Staaten.⁵⁶ Eine breite Akzeptanz der Bevölkerung kann nur gegeben sein, wenn das staatliche Gewaltmonopol rechtsstaatlich gezähmt wird und massive Korruption von etwa Beamten (Stichwort: Schmiergeld) oder willkürliche Übergriffe von Polizisten auf Unschuldige verhindert bzw. geahndet werden.⁵⁷ Ebenso dürfen Minderheiten oder bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht systematisch diskriminiert werden bzw. ihnen der Zugang zu Ressourcen welcher Art

⁵⁰ Siehe beispielsweise Schneckener (2007), S. 106f.

⁵¹ Vgl. Schneckener (2007), S.106.

⁵² Fukuyama (2004); S. 44f.

⁵³ Vgl. Ebd., S.48.

⁵⁴ Bürger (2007), S. 15.

⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 15f.

⁵⁶ Genaueres dazu im nächsten Kapitel 1.5. „Formen fragiler Staatlichkeit“.

⁵⁷ Vgl. Wimmer (2009), S. 356ff.

auch immer verwehrt werden.⁵⁸

Zusammenfassend gehören zu den zentralen Funktionen eines Staates der Schutz des eigenen Staatsgebietes und der darin lebenden Bevölkerung gegen Bedrohungen und Angriffe von außen sowie die Gewährleistung der Sicherheit nach innen. Die Herstellung sozialer Wohlfahrt stellt eine weitere Kernfunktion dar. Mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Legitimität verbunden ist das „Wir-Gefühl“ der Bevölkerung innerhalb des Staates, das sich auf gemeinsame Werte und Normen gründet und eventuelle Ausgrenzungen verschiedener Minderheiten oder Bevölkerungsgruppen zu vermeiden versucht.

Die Frage, ob sich das oben beschriebene Profil von Staatlichkeit auf alle Regionen der Welt übertragen lässt, ist umstritten.⁵⁹ Vor allem die Frage, ob fragile oder gescheiterte Staaten je Staaten im oben erklärten Sinne waren, ist Gegenstand der Debatte. Milliken und Krause kritisieren, dass das Konzept des modernen Staates als Ideal angesehen wird und es als „*the answer to addressing social and economic upheaval, conflict and war*“⁶⁰ gilt. In den Jahren der Entkolonialisierung, so Milliken und Krause, entwickelte sich das Staatsmodell als „*modern imagination*“⁶¹ – das als einzige Möglichkeit für Regierung (*governance*) in der Welt angesehen wurde. Das Streben nach einem starken, leistungsfähigen Staat ruht auf der tief verwurzelten Annahme über dessen angemessene Form der politischen Organisation und Ordnung.⁶² Daraus resultierend, stellt der moderne Staat heute die Norm politischer Organisation dar.⁶³ Jenes Staatsmodell, das wir in Europa vorfinden, entspricht in großen Teilbereichen der Welt nicht der politischen Wirklichkeit. Gerade in der Debatte um das Thema *Staatszerfall* stellen Milliken und Krause fest, die Angst vor dem Staatszerfall sei in einigen Staaten wohl mehr die Angst vor dem Zerfall einer *Vision* (oder eines Traumes) von einem progressiven Staat, als eines tatsächlich existierenden Staates.⁶⁴ Friedbert W. Rüb verwendet hinsichtlich vieler postkolonialer Staaten in Afrika den Begriff „*künstliche Staaten*“⁶⁵: Diese Staaten seien

⁵⁸ Zu den möglichen gravierenden Folgen einer solchen Exklusion siehe Kapitel 1.6. „Staatszerfall: Von der Ursache zu den Folgen“.

⁵⁹ Schneckener nennt das oben genannte Profil von Staatlichkeit „OECD“-Profil, das deutlich aufzeigt, dass das Profil insbesondere in der OECD Welt anzutreffen ist.

Vgl. Schneckener (2007), S.102ff.

⁶⁰ Milliken/Krause (2003), S. 10.

⁶¹ Ebd., S. 10.

⁶² Vgl. Ebd., S. 10.

⁶³ Vgl. Schubert (2005), S. 35.

⁶⁴ Vgl. Milliken/Krause (2003), S. 10.

⁶⁵ Rüb (2007), S. 36.

„implantierte Staaten“, weil sie wie „operativ in einen Körper“ implementiert wurden – das heißt, dass diese Staaten *nicht* evolutionär aus ihrer Gesellschaft heraus entstanden seien, sondern von außen eingepflanzt wurden.⁶⁶ Seiner Theorie nach, seien viele Staaten Afrikas keine *failed states* oder Parastaaten, sondern künstliche Staaten, denen „zentrale Momente von organischer Staatlichkeit von Beginn an systematisch fehl(t)en“⁶⁷. Staatszerfall betrifft in der Tat vor allem jene Staaten, deren Institutionen seit ihrer geschichtlichen Entstehung schwach ausgeprägt waren und in denen sich das staatliche Gewaltmonopol stets durch Abwesenheit auszeichnete. In einigen Ländern der Welt, insbesondere in Afrika, traten andere kompensatorische Maßnahmen wie z.B. Kinship,⁶⁸ das eine Quelle für sowohl Identität als auch Pflichten darstellt, an Stelle des Staates und sorgten für ein gewisses Maß an Sicherheit und Wohlfahrt.⁶⁹ Viele Staaten, die im Rahmen der Entkolonialisierung entstanden, entsprachen nicht den formalen Kriterien des damaligen Völkerrechts, das einen Staat durch eine effektive Regierung, eine zentralisierte Verwaltung und legislative Organe definierte.⁷⁰

Grundsätzlich wird der souveräne Staat in den internationalen Beziehungen als einheitliches und unveränderliches institutionelles Phänomen angesehen.⁷¹ Momentan gibt es nach UN Angaben 193 Staaten, einige von ihnen werden landläufig als zerfallen bezeichnet. Jedoch besitzt selbst das Paradebeispiel für einen gescheiterten Staat, nämlich Somalia, einen souveränen Status, der von den Vereinten Nationen anerkannt wird. Wie im nächsten Kapitel diskutiert wird, unterscheidet diese Arbeit nicht zwischen *Staat* und *nicht Staat*. Vielmehr soll der Staat als Phänomen verschiedener Ausprägungen (besser gesagt: Entwicklungen) gesehen werden, die von *konsolidiert* bis hin zu *schwach* oder gar *gescheitert* reichen können. Auch das Fallsobjekt *Jemen* wird trotz fehlender Konsolidierung sowie vorhandener tribaler Strukturen (Stammeswesen) als souveräner Staat behandelt. Auch Daniel Zadra beschreibt in seiner Diplomarbeit den Jemen als System mit Stammeselementen, patrimonialen Elementen und rational bürokratischen Elementen. Dennoch geht er vom Jemen als souveränen Staat aus, mit Vermerk auf das UN System und der angenommenen „Gleichheit aller Staaten“⁷² (natürlich mit fiktiver Souveränität).

⁶⁶ Ebd., S. 36.

⁶⁷ Ebd., S. 37.

⁶⁸ Das Wort Kinship wird in der Anthropologie verwendet und bezeichnet Blutsverwandtschaft bzw. Sippe.

⁶⁹ Vgl. Clapham (2003), S. 28.

⁷⁰ Vgl. Brownlie (1979), S. 74 zit. nach Milliken/Krause (2003), S. 11.

⁷¹ Vgl. Schubert (2005), S. 34.

⁷² Zadra (2009), S. 32ff.

Schneckener argumentiert, weshalb das OECD Modell als gutes Analysemodell für fragile Staaten hilfreich sei und auf Regionen weltweit angewendet werden könne: Wie bereits erwähnt, hat sich der moderne Staat in der OECD durch heftige Krisen, Rückschläge und Kämpfe herausgebildet. Zu seiner vollständigen Ausprägung kam es erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – in Teilen Lateinamerikas beispielsweise erst in den achtziger Jahren. Das westliche Modell des demokratischen Rechts- und Wohlfahrtsstaats ist, so Schneckener, keinesfalls auf seinen historischen Ursprungsraum festgelegt, sondern hat sich auch in anderen Regionen als das erfolgreichere Modell bewiesen. Des Weiteren gibt es noch heute innerhalb der OECD erhebliche Unterschiede bei der Ausprägung von Staatlichkeit. Trotz allgemeiner Gemeinsamkeiten besteht eine Varianz. Von Land zu Land gibt es unterschiedliche Maßstäbe und Regelungen, beispielsweise beim Umfang des Sozialstaates. Diese Heterogenität wird jedoch selten zur Kenntnis genommen. Und drittens, meint Schneckener, muss festgestellt werden, dass es weltweit kaum noch Gesellschaften gibt, die ausschließlich auf vormodernen Strukturen basieren. In der Realität (und so auch beim Fallbeispiel Jemen) gibt es hybride Formen, also Mischformen, die westliche Elemente in der Staatsführung mit tribalen bzw. traditionellen Strukturen verbinden. Wie bereits erwähnt, soll das OECD Modell ein relativer Maßstab sein: Ohne Vergleichsmöglichkeit der staatlichen Funktionen wird eine Einteilung zwischen „schwachem“ und „starkem Staat“ wohl nicht möglich sein. Weiters sollten demokratische Spielregeln und Elemente von Rechtsstaatlichkeit nicht als „westliche Importe“ abgetan werden, sondern können hilfreich sein, den Grad der Konsolidierung des Staates zu bestimmen.⁷³

1.5 Formen fragiler Staatlichkeit

Zunächst muss festgehalten werden, dass der Terminus *fragile Staatlichkeit* als Überbegriff *aller* Ausprägungen von schwacher Staatlichkeit dienen soll: Der häufig zitierte *failed state* oder *failing state* ist in der unteren Kategorie fragiler Staatlichkeit angesiedelt, stellt aber keineswegs die einzige Form schwacher Staatlichkeit dar. So werden in dieser Forschungsarbeit die verwendeten Begriffe von *konsolidierter Staat* bis hin zu *gescheiterter Staat* reichen. Dieses Kategorienschema wird leicht verändert von Ulrich Schneckener (2007) übernommen und um einige weitere Aspekte ergänzt. Die ausgewählten Autoren Debiel, Lambach und Reinhardt sowie Robert I. Rotberg und

⁷³ Vgl. Schneckener (2007), S. 104.

Annette Büttner haben mit ihren Werken ebenfalls einen maßgeblichen Beitrag zur *failed state* Forschung geleistet. Aus diesem Grund sollen ihre Definitionen nachfolgend besprochen werden.

Aus der Auseinandersetzung mit wissenschaftlicher Literatur zum Thema *fragiler Staatlichkeit* wird ersichtlich, dass die wissenschaftlichen Beiträge unterschiedliche Definitionen und Kategorienschemata beinhalten. Weder in der deutschsprachigen Literatur noch im anglo-sächsischen Raum gibt es eine wissenschaftliche Einigung darüber, was unter einem *schwachen, scheiternden oder gescheiterten Staat* (bzw. *weak-, failing- oder failed state*) verstanden wird. Die Einteilung der Formen fragiler Staatlichkeit ist ungenau und vielfältig. Eine hilfreiche, weil sowohl in deutscher als auch englischer Terminologie vorhandene Kategorisierung, trifft – wie oben erwähnt – Ulrich Schneckener. Im Folgenden soll dieses Schema mit einigen Ergänzungen erläutert werden. Außerdem sollen weitere Definitionen führender Wissenschaftler helfen, das Verständnis zu erweitern und die unterschiedlichen Kategorisierungen sichtbar zu machen.⁷⁴

Staatszerfall wird in der Regel als Prozess gesehen, bei dem die Stabilität eines Landes von Typ 1 zu Typ 4 (siehe unten) „sukzessive abnimmt und das innergesellschaftliche Gewaltniveau – der Grad an Unsicherheit – zunimmt“.⁷⁵ Lambach, Debiel und Reinhardt bezeichnen Staatszerfall ebenfalls als jenen Prozess, der „von instabiler über gefährdete bis hin zu kollabierter (=zerfallener) Staatlichkeit führt“.⁷⁶ Annette Büttner beschreibt Staatszerfall als komplexen „Prozess, der verschiedene Stadien durchlaufen kann“.⁷⁷ Die einzelnen Phasen, so Büttner, können dabei fließend ineinander übergehen, unterbrochen werden, oder diskontinuierlich verlaufen.⁷⁸ Dieser Prozess beginnt

„regelmäßig mit der Militarisierung von Konflikten, führt dann zur Auflösung der regulären Armee und endet in der Herrschaft von Warlords. Schwere Fehler auf der Ebene der politischen Führung bzw. schlicht Leadership Versagen an der Staatsleitung, spielen am Beginn der Konfliktdynamik eine große Rolle. Die Politisierung des Militärs wird mit zunehmender Aufrüstung der Konfliktparteien unvermeidlich.“⁷⁹

⁷⁴ Ursachen und Folgen von Staatszerfall werden im Kapitel 1.6. „Staatszerfall: Von der Ursache zu den Folgen“ erläutert.

⁷⁵ Schneckener (2007), S. 109.

⁷⁶ Debiel/Lambach/Reinhardt (2007), S. 10.

⁷⁷ Büttner (2004), S. 4.

⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 4.

⁷⁹ Wimmer (2002), S. 233.

Tabelle 1: 4 Typen von Staatlichkeit⁸⁰

Typus	Merkmal
1. Konsolidierte bzw. sich konsolidierende Staatlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Alle drei Staatsfunktionen sind intakt • Zumeist Länder der OECD Welt • Einige Nicht-OECD Länder, die demokratische Verfassungsstaaten sind
2. Schwache Staatlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheitsfunktion größtenteils intakt • Oft (semi-)autoritäre Systeme • Defizite bei Wohlfahrtsfunktion und/oder Rechtsstaatlichkeits-/Legitimitätsfunktion
3. Versagende bzw. verfallende Staatlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheitsfunktion defizitär • Gewalttätige Konflikte • Gewisse Wohlfahrtsfunktionen erhalten
4. Zerfallene bzw. kollabierte Staatlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Keine der drei Staatsfunktionen funktioniert in nennenswerter Weise • Substaatliche Akteure treten anstelle des Staates

Tabelle: Eigene Darstellung

1.5.1 *Konsolidierte bzw. sich konsolidierende Staatlichkeit* (*consolidated bzw. consolidating statehood*):

Dieser Typus beschreibt Länder, „bei denen alle drei Funktionen [Sicherheitsfunktion, Wohlfahrtsfunktion und Legitimitäts- und Rechtsstaatsfunktion] im wesentlichen (sic!) intakt sind – und dies bereits über einen längeren Zeitraum“.⁸¹ Konkret sind hier die Demokratien in den westlichen Industrieländern gemeint, sowie die „neuen“ OECD Mitglieder (wie beispielsweise Südkorea, Polen, die Slowakei, Ungarn, die Tschechische Republik). Auch Lambach, Debiel und Reinhardt rechnen einen Großteil der OECD Länder diesem Typus zu.⁸² Hinzu kommen nach Schneckener auch einige Nicht-OECD Staaten wie Chile, Costa Rica, Taiwan, die baltischen Staaten, Slowenien, Südafrika und Uruguay, die „trotz vereinzelter Krisen auf einem erkennbaren Konsolidierungskurs

⁸⁰ Siehe inhaltlich Schneckener (2007), S. 107f.

⁸¹ Schneckener (2007), S. 107.

⁸² Vgl. Debiel/Lambach/Reinhardt (2007), S. 9.

sind“⁸³. Die letzteren befinden sich entweder in einem Transformationsprozess von einem autoritären System hin zu einem demokratischen Verfassungsstaat oder schlossen diesen Prozess bereits erfolgreich ab.

An das obere Ende des Spektrums von Staatlichkeit reihen Debiel, Lambach und Reinhardt so genannte „teilweise konsolidierte Staaten“ („partly consolidated states“).⁸⁴ Bei diesen Staaten werden trotz vorhandener Defizite die staatlichen Institutionen nicht in Frage gestellt. Mexiko, Sambia, Thailand, Vietnam und die Volksrepublik China werden als Beispiele genannt.

Robert I. Rotberg sieht an der obersten Spitze der Staatlichkeit so genannte „strong states“.⁸⁵ Diese Staaten sind ohne weiteres in der Lage, die im Kapitel 1.4. beschriebenen politischen Güter bereitzustellen. Vor allem jedoch sind sie in der Lage, ihre Sicherheit nach innen und außen zu verteidigen.⁸⁶ „Strong states offer high levels of security from political and criminal violence, ensure political freedom and civil liberties. And create environments conducive to the growth of economic opportunity.“⁸⁷ Infrastruktur und Gesundheitswesen sind intakt. E-Mails können mit hoher Geschwindigkeit versendet werden, Schüler und Studenten haben einen freien und offenen Bildungszugang, der von ihnen bereitwillig genutzt wird. Die Rechtsstaatlichkeit ist intakt und Richter sind unabhängig. „Overall strong states are places of enviable peace and order.“⁸⁸ Indikatoren wie der Human Development Index, der Transparency International Index sowie der BIP pro Kopf zeigen positive Werte hinsichtlich der staatlichen Aufgabenerfüllung.⁸⁹

1.5.2 Schwache Staatlichkeit

(weak statehood):

Diese Form der Staatlichkeit rechnet Schneckener jenen Staaten zu, bei denen das Gewaltmonopol zwar noch weitgehend existiert, wo allerdings gewisse Defizite bei der

⁸³ Schneckener (2007), S. 107.

⁸⁴ Vgl. Debiel/Lambach/Reinhardt (2007), S. 9.

⁸⁵ Die Autorin verwendet bewusst die englischen Begriffe aus dem Originaltext von Robert I. Rotberg. Bei den Texten von Schneckener wird auf die deutsche Begrifflichkeit im Originaltext zurückgegriffen. Übersetzungen könnten die Bedeutung der Begriffe verfälschen.

⁸⁶ Vgl. Rotberg (2003), S. 5.

⁸⁷ Ebd., S. 4.

⁸⁸ Ebd., S. 4.

⁸⁹ Vgl. Ebd., S. 4.

Wohlfahrts- und/oder der Rechtsstaatlichkeits- bzw. Legitimitätsfunktion bestehen. Zu „schwachen Staaten“ können nicht wenige halb-autoritäre bzw. autoritäre Systeme gezählt werden (z.B. viele Länder der arabischen und islamischen Welt, wie Saudi-Arabien oder dem Iran). Weiters rechnet Schneckener diesem Typus einige Staaten in Afrika südlich der Sahara (z.B. Ghana) sowie einige Länder Südamerikas (Peru, Venezuela) und einige Staaten in Zentralasien und Südosteuropa zu.⁹⁰

Robert I. Rotberg beschreibt „weak states“ als breites Spektrum an Staaten, die auf Grund ihrer geographischen, physischen oder fundamentalen ökonomischen Bedingungen, schwach sind, oder „basically strong, but temporarily or situationally weak because of internal antagonism, management flaws, greed, despotism, or external attacks (...)“.⁹¹ Er spricht von häufigen ethnischen, religiösen oder linguistischen Spannungen, die jedoch noch nicht in Gewalt ausufern. Schulen und Krankenhäuser weisen Anzeichen von Vernachlässigung auf, insbesondere in der Peripherie. Die Kriminalstatistik – vor allem in den Städten – steigt an und die generelle Bereitstellung politischer Güter sowie die Gewährleistung von Sicherheit sinken. Das Maß an Korruption steigt gewaltig, während das BIP und andere kritische wirtschaftliche Messwerte fallen. Schwache Staaten werden häufig von Despoten – gewählt oder nicht – regiert. Die Zivilbevölkerung (oder Teile davon) wird mitunter schikaniert. Die Liste von Staaten, die zwar stark erscheinen, aber von autoritären Herrschern regiert werden, die ihre Bevölkerung vernachlässigen, erhöht sich stetig (z.B. Irak vor 2003 oder Nordkorea).⁹²

Von zunehmenden innerstaatlichen Herausforderungen und Spannungen spricht auch Annette Büttner in ihrem Merkmalkatalog für schwache Staatlichkeit. Der *schwache Staat* stellt für sie die erste Phase des Verlaufs von Staatszerfall dar: „Die Schwächung des Staates geht meistens (aber nicht immer) von einer massiven Vorteilsnahme seitens der regierenden Eliten zum privaten Nutzen aus“.⁹³ Staatliche Institutionen werden ausgehend von der Peripherie dysfunktional und Widerstandsgruppen formieren sich gegen staatliches Handeln. Auf Grund des sinkenden Vertrauens in die Regierung wird diesen Widerstandsgruppen Legitimität von ihren Anhängern zugesprochen, da sie zumindest für gewisse Sozialleistungen und öffentliche Dienste sorgen. Eine Mischung aus vormodernen und modernen Rechtfertigungen dient als Grundlage. Neben der oftmals

⁹⁰ Vgl. Schneckener (2007), S.108.

⁹¹ Rotberg (2003), S. 4.

⁹² Vgl. Ebd., S. 4f.

⁹³ Büttner (2004), S.4.

vorherrschenden Korrumpierung der Spitzen der juristischen und wirtschaftlichen Institutionen, bilden sich informelle Parallelinstitutionen heraus.⁹⁴

Fragile Staatlichkeit rechnen Debiel, Lambach und Reinhardt einer ganzen Vielzahl von Ländern zu. Sie unterscheiden dabei zwischen „gefährdeter Staatlichkeit“ („failing states/states at risk“) und „instabilen Staaten“ („weak/strained states“).⁹⁵ Als „instabile Staaten“ oder „weak“ bzw. „strained states“ bezeichnen die drei Autoren Länder, „in denen Rechtssicherheit, Schutz vor Gewalt und die soziale Infrastruktur nur partiell existieren“.⁹⁶ Obwohl das Gewaltmonopol noch weitgehend intakt ist, gibt es strukturelle Handlungs- und Leistungsdefizite im politischen und administrativen System und in der sozio-ökonomischen Steuerung.⁹⁷

1.5.3 Versagende bzw. verfallende Staatlichkeit

(*failing statehood*):

Hier funktioniert das Gewaltmonopol nur mehr sehr eingeschränkt und ist durch die instabile Sicherheitslage stark beeinträchtigt. Im Wohlfahrtsbereich gibt es immerhin gewisse Steuerungsfunktionen. Die Regierungen dieser Staaten sind mit einer hohen Zahl an privaten Gewaltakteuren (beispielsweise Separatisten) konfrontiert. Gleichzeitig haben sie Schwierigkeiten, ihr gesamtes Territorium bzw. ihre Außengrenzen, zu kontrollieren. Andere Bereiche, wie etwa staatliche Dienst- und Transferleistungen, sind einigermaßen intakt. Beispiele für diesen Typus sind Kolumbien, Sri Lanka, Indonesien, Moldawien oder Georgien.⁹⁸ Obwohl in Kolumbien die Guerillabewegung FARC („Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia“) seit Jahrzehnten in weiten Teilen des Staatsgebietes aktiv ist, kann man nicht von einem Staatszerfall sprechen, da zum anderen gewisse Wohlfahrtsfunktionen vorhanden sind. Selbiges gilt für Sri Lanka, wo die Regierung seit Jahrzehnten gegen die paramilitärische Organisation LTTE („Liberation Tigers of Tamil Eelam“) kämpft.

Der *zerfallende Staat* stellt für Annette Büttner die zweite Phase des Staatszerfalls dar: Dieser Staat ist von einer massiven und exzessiven Gewaltrate geprägt, sowie dem

⁹⁴ Vgl. Büttner (2004), S.4.

⁹⁵ Debiel/Lambach/Reinhardt (2007), S.9f.

⁹⁶ Ebd., S. 10.

⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 10.

⁹⁸ Vgl. Schneckener (2007), S. 108.

Auftreten von Warlords, Rechtlosigkeit und der Herausbildung einer „Raubökonomie“.⁹⁹ Ein Gewaltoligopol löst das staatliche Gewaltmonopol ab. Die zentrale politische Ordnung fehlt. Gleichzeitig bilden sich Teiltterritorien heraus. Die Bevölkerung sehnt sich nach einer Rekonstruktion von Staatlichkeit – die Etablierung eines Gewaltmonopols durch eine der kämpfenden Gruppen hat für die Bevölkerung oberste Priorität. Die Kriegsparteien profitieren von der Kriegssituation und haben kein Interesse an einem Ende dieses Zustandes.¹⁰⁰

Als *failing states* bzw. *states at risk* bezeichnen die drei Autoren Debiel, Lambach und Reinhardt jenen Staat, der „nur in geringem Maße und in äußerst selektiver Weise Grundfunktionen in den verschiedenen Governance-Arenen [erfüllen kann]“.¹⁰¹ Weiters meinen sie, dass es häufig zu Ausprägungen von *Parastaatlichkeit* kommt: Nichtstaatliche Institutionen oder andere lokale oder traditionelle Führer übernehmen ein Stück der staatlichen Souveränität und gefährden so das Gewaltmonopol.¹⁰²

1.5.4 Zerfallene bzw. kollabierte Staatlichkeit (*failed bzw. collapsed statehood*):

Das unterste Spektrum von Staatlichkeit stellen nach Schneckener zerfallene bzw. kollabierte Staaten dar. Keine der drei Kernfunktionen wird in nennenswerter Weise erfüllt. Man spricht daher von einem Zerfall oder Zusammenbruch der staatlichen Funktionen. Trotzdem ist es falsch, hier von Anarchie oder totalem Chaos zu sprechen: Anstelle von staatlichen Akteuren etabliert sich eine andere Ordnung, die „sich zumeist auf Gewalt und Unterdrückung gründet“.¹⁰³ Beispiele sind Somalia, Afghanistan oder die Demokratische Republik Kongo. Zeitweise gehörten auch der Libanon (1975-1992) und Bosnien (1992-1995) in diese Kategorie.¹⁰⁴

Annette Büttners letzte Stufe des Staatszerfalls stellen so genannte „Fragmentiert unkonventionell regierte Gebiete“ (FURG) dar. „Ein Verharren in Anarchie und Chaos widerspricht den Interessen der Warlords, aber auch den wichtigen gesellschaftlichen

⁹⁹ Büttner (2004), S. 5.

¹⁰⁰ Vgl. Ebd., S. 5.

¹⁰¹ Vgl. Debiel/Lambach/Reinhardt (2007), S. 9.

¹⁰² Erdmann (2003), S. 5f. zit. nach Debiel, Lambach/Reinhardt (2007), S. 10.

¹⁰³ Schneckener (2007), S. 108.

¹⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 108f.

Gruppierungen“.¹⁰⁵ Gesellschaftliche Strukturen treten deshalb nach der Phase des offenen Machtkampfes an Stelle von staatlichen Institutionen auf. Diese Strukturen halten den Staatszerfall allerdings nicht auf. Substaatliche Gewaltmonopole und regionale Herrschaftsstrukturen auf vormals ungeteiltem Territorium werden konsolidiert. Die Entstehung eines rudimentären Gewaltmonopols in den FURG geschieht zumeist in Austausch gegen Zusicherung von Schutz der jeweiligen Bevölkerung und ihrer Besitztümer. Dies ergibt sich aus einem stillschweigenden Übereinkommen und etabliert sich sodann als politische Praxis. Die Gewalt in den FURG, so Büttner, nehme gegenüber dem zerfallenden Staat ab, wenn die Gewalt rate auch stark unterschiedlich sein kann.¹⁰⁶

Debiel, Lambach und Reinhardt verwenden – wie Schneckener – den Begriff *Staatszerfall* synonym mit *Staatskollaps*.¹⁰⁷ Interessant ist hierbei, dass Robert I. Rotberg eine Unterscheidung zwischen den beiden Begriffen *collapse* und *failure* wählt: *failed states* beschreibt er als „tense, deeply conflicted, dangerous, and contested bitterly by warring factions“¹⁰⁸. In den meisten *failed states* befinden sich staatliche Truppen im Kampf gegen eine oder gar mehrere aufständische Gruppen. Gleichzeitig haben sie mit zivilen Unruhen, kommunaler Unzufriedenheit und spürbarem Dissens hinsichtlich der staatlichen Regierung bzw. Gruppen innerhalb des Staates zu kämpfen. Oft tyrannisiert die Regierung ihre eigene Bevölkerung, setzt sich über die Verfassung hinweg und schafft eine Stimmung der Unsicherheit und Feindlichkeit. Oft werden eine oder mehrere Bevölkerungsgruppen schikaniert und unterdrückt, während eine andere gewisse Privilegien erhält. Die Peripherie kann in *failed states* nicht mehr kontrolliert werden und die staatliche Autorität geht Stück für Stück verloren – vor allem in jenen Regionen, die von einer aufständischen Gruppe besetzt werden. Ihr Vermögen investieren die Eliten zumeist nicht in den eigenen Staat, sondern im Ausland – ein Zeichen für den ökonomischen Verfall des Landes.

Es gibt, so Rotberg, keinen *failed state* ohne kommunale Spannungen. Diese können ethnischer, religiöser, oder linguistischer Natur sein. Gleichzeitig kann Staatszerfall nicht ausschließlich mit dem schwachen *Nation-Building*-Prozess eines Landes erklärt werden, dennoch sind diese Spannungen „a major ingredient of the impulse toward failure“¹⁰⁹. Als

¹⁰⁵ Büttner (2004), S. 6.

¹⁰⁶ Vgl. Ebd., S. 6.

¹⁰⁷ In der vorliegenden Arbeit wird ebenfalls nicht zwischen „Staatszerfall“ und „Staatskollaps“ unterschieden.

¹⁰⁸ Rotberg (2003), S. 5.

¹⁰⁹ Ebd., S. 5.

„collapsed state“ bezeichnet Rotberg „a rare and extreme version of a failed state“.¹¹⁰
Sicherheit liegt in der Hand des Stärkeren und es herrscht ein spürbares Machtvakuum:

„There is a dark energy, but the forces of entropy have overwhelmed the radiance that hitherto provided some semblance of order and other vital political goods to the inhabitants (no longer the citizens) embraced by language or ethnic affinities or borders.“¹¹¹

Gero Erdmann erweitert die Begriffsliste fragiler Staatlichkeit um den Terminus „apokalyptische Trias“, zu denen er die Begriffe Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall zählt.¹¹² Diese Termini sollen an dieser Stelle nicht genauer erläutert, jedoch auf Grund der Vollständigkeit kurz erwähnt werden und machen die Vielfalt der in der wissenschaftlichen Literatur verwendeten Termini für schwache Staatlichkeit erneut sichtbar.

1.6 Staatszerfall: Von der Ursache zu den Folgen

Wie bereits erwähnt, hat die Fragilität von Staaten nicht nur lokale, sondern internationale Auswirkungen. Einerseits weil sie – wie ersichtlich im Fall Afghanistans oder Somalias – einen idealen Rückzugsort und Nährboden für Terroristen bieten, andererseits, weil innerstaatliche Konflikte auf Nachbarländer überschwapen können (*spill over effect*). Aus diesem Grund ist es notwendig, die Ursachen und Indikatoren eines schleichenden Staatszerfalls frühzeitig zu erkennen. Des Weiteren muss untersucht werden, welche Folgen ein zerfallener Staat sowohl für seine Bevölkerung selbst hat, als auch welche Auswirkungen sich daraus für Nachbarländer sowie die internationale Sicherheit ergeben.

Die Ursachen für Staatszerfall sind vielfältig und komplex. Auch hier gibt es keine Einigung in der Wissenschaft, was letzten Endes Staatszerfall bedingt bzw. auf welchen Faktoren besondere Gewichtung liegt. Je nach Autor unterscheiden sich so die Faktoren, die den Verfall angeblich auslösen. Gleichzeitig verschwimmen de facto häufig die Grenzen zwischen Ursache, Auslöser, Symptom und Folge.

Einige Autoren wie Ulrich Schneckener unterscheiden zwischen Struktur-, Prozess- und

¹¹⁰ Ebd., S. 9.

¹¹¹ Rotberg (2003) S. 9.

¹¹² Vgl. Erdmann (2007), S. 270 f.

Auslösefaktoren, andere, wie beispielsweise Tetzlaff, trennen „endogene“ („hausgemachte“ Ursachen, wie Fehlleistungen der Regierung) und „exogene“ Ursachen (Handelsprotektionismus, ungünstige „Terms of Trade“, etc.). Wieder andere¹¹³ unternehmen keine scharfe Trennung zwischen Ursache, Auslöser und Folge.

In diesem Abschnitt werden zunächst strukturelle Ursachen, wie politische, kulturelle und wirtschaftliche Gegebenheiten, die von der Bevölkerung und der Regierung nicht beeinflussbar sind, erläutert. Diese Faktoren ermöglichen erst die Ausgangslage für einen Staatszerfall, sind aber nicht dessen alleiniger Auslöser.

Danach werden jene Indikatoren aufgezeigt, die auf einen möglichen Staatsverfall hinweisen (beispielsweise ein stark sinkendes BIP/Kopf). Anschließend werden verschiedene Faktoren von Staatsverfall diskutiert – *bad leadership* stellt hier den Kern der Diskussion dar.

Abschließend werden die Folgen eines Staatszerfalls für den Staat selbst sowie für die umliegende Region und die internationale Sicherheit aufgezeigt.

1.6.1 Strukturelle Ursachen

Jodok Troy nennt in seinem Werk unter anderem ein niedriges Pro/Kopf Einkommen, ein instabiles politisches System sowie diverse ethno-demographische Faktoren als Rahmenbedingungen, die Staatszerfall begünstigen können.¹¹⁴ Faktoren kultureller Natur können ethnische Konflikte und/oder die Konstruktion von Ethnizität¹¹⁵ sowie unvollständiges *Nation-Building* sein.¹¹⁶ Georg Sørensen sieht im schwach vorhandenen bzw. nicht existenten Nationalgefühl innerhalb der Bevölkerung ein Hauptproblem zerfallender Staaten:

“they do not make up a coherent national community. A national community is a community of sentiment, meaning a common language and a common cultural and historical identity based on literature, myths, symbols, music, and art. Such a community of sentiment is poorly developed (...). Instead, ethnic identities connected to tribal, religious or

¹¹³ Beispielsweise Rotberg (2003).

¹¹⁴ Vgl. Zürcher (2005), S. 14 zit. nach Troy (2007), S. 69.

¹¹⁵ Vgl. Troy (2007), S. 55f.

¹¹⁶ Vgl. Büttner (2004), S. 3.

similar characteristics dominate over the national identity".¹¹⁷

Neben starkem Nationalgefühl und gesellschaftlichem Zusammenhalt, mangelt es in von Staatszerfall bedrohten Ländern auch an einer kohärenten und stabilen wirtschaftlichen Entwicklung und Leistung (insbesondere bezogen auf den Wohlfahrtsbereich): Häufig sind die Märkte dieser Staaten „sehr abhängig vom Weltmarkt, da sie auf den Export eines oder einiger wenigen Güter angewiesen sind“¹¹⁸. Insofern sind sie den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt beinahe „ausgeliefert“. Wirtschaftskrisen und Lebensmittelpreisschwankungen stellen in Anbetracht dieses Umstandes ein schwerwiegendes Problem für diese Staaten dar. Gleichzeitig ist der Wirtschaftssektor in diesen Ländern sehr heterogen und besteht einerseits aus modernen andererseits aus feudalen oder semi-feudalen Strukturen.¹¹⁹ Auch die Existenz von Bodenschätzen sowie bestimmten Klimagegebenheiten (und geographische Faktoren) können zum Bereich der strukturellen Ursachen gezählt werden.¹²⁰

Des Weiteren spielen die Auswirkungen der Globalisierung sowie Folgen der (De)Kolonialisierung eine nicht unbedeutende Rolle: Wie bereits im Kapitel 1.4 erwähnt, betrifft Staatszerfall häufig jene Staaten, bei denen die Staatlichkeit von jeher schwach ausgeprägt war. Die Strukturen von Staatlichkeit, die sich in Europa über mehrere Jahrhunderte entwickelt haben, existieren in zahlreichen schwachen Staaten und Krisenregionen „bestenfalls in formaler Hinsicht“.¹²¹ Als Ursache für die schwache Staatsbildung in weiten Teilen der Welt könnte unter anderem der Zeitdruck gelten, der

„zu einer Überlastung der politischen, administrativen und zum Teil auch militärischen Kapazitäten [führt,] die sich in einer Kumulation von Krisen und erodierender Legitimität der noch jungen Staaten niederschlägt. (...) Politiker und Staatsführer [sind] in Ländern des Südens und Ostens mit hohen Ansprüchen hinsichtlich Wohlstandsvermehrung, ökonomischer Umverteilung, politischer Steuerung und gesellschaftlicher Partizipation konfrontiert, denen sie nicht gerecht werden können.“¹²²

¹¹⁷ Sørensen (2008), S. 66.

¹¹⁸ Sørensen (2008), S. 66.

¹¹⁹ Vgl. Ebd., S. 66.

¹²⁰ Vgl. Ebd., S. 110.

¹²¹ Debiel (2002), S. 24.

¹²² Ebd., S. 26.

Diese – „von Geburt an“ – schwachen Staaten mit kaum vorhandenem bzw. mäßig funktionierendem Gewaltmonopol sind oft kaum in der Lage mit den Herausforderungen der Globalisierung, wirtschaftlich schwierigen Zeiten, oder innerstaatlichen Unruhen umzugehen. Die schwache Staatenbildung kann daher als eine jener Ursachen gelten, die Staatszerfall zumindest begünstigt.

Einige Autoren¹²³ sehen in diesem Zusammenhang auch das nachlassende Interventionsinteresse externer Akteure als prägend für die Weiterentwicklung dieser Staaten an:

„Dieses nachlassende Interesse war prägend für die neunziger Jahre. Zu Zeiten des Ost-West-Konflikts hatten externe Akteure den Zerfall dysfunktionaler Staaten mit zum Teil hohem finanziellen und militärischen (sic!) Engagement aufgehalten. Vor allem die Supermächte griffen verdeckt und auch offen in die internen Auseinandersetzungen in Entwicklungsländern ein. Im Kampf um Einflussphären und um eine Aufrechterhaltung des Status Quo stützten sie mit zum Teil erheblichem Aufwand zumindest die Hülle von Staatlichkeit („quasi-states“) in einigen Entwicklungsländern.“¹²⁴

Tetzlaff ergänzt die oben beschriebenen strukturellen bzw. vorgelagerten Ursachen um „schwer beeinflussbare Faktoren aus der Geschichte“¹²⁵. Hierzu zählt er Epidemien wie AIDS und Malaria sowie Traumata des Sklavenhandels oder die Heterogenität der Bevölkerung. Diese Faktoren können von der Bevölkerung bzw. Regierung nur schwer beeinflusst werden. Jedoch sind die Regierungen dieser Staaten diesen strukturellen Gegebenheiten nicht ausgeliefert, denn:

„Während strukturelle und exogene Faktoren von den Entwicklungsgesellschaften kaum oder gar nicht beeinflusst werden können, sind es meistens die endogenen Faktoren, in Kombination mit der Ausstattung des Landes mit begehrten Rohstoffen, die zu sehr unterschiedlichen Entwicklungsergebnissen geführt haben.“¹²⁶

¹²³ Siehe beispielsweise vgl. Büttner (2004).

¹²⁴ Büttner (2004), S. 4.

¹²⁵ Tetzlaff (2002), S. 5.

¹²⁶ Ebd., S. 5.

Es sind letztlich jene *hausgemachten* Ursachen, wie *bad leadership*, die den Staat in Kombination mit strukturellen Ursachen und Gegebenheiten dem Verfall ausliefern.

1.6.2 Indikatoren

Wie bereits erwähnt, sind Indikatoren und Ursachen sowie die Folgen von Staatszerfall schwer festzulegen, teilweise interdependent und von Fall zu Fall verschieden. Dennoch gibt es einige nützliche Indikatoren, die dabei helfen können, einen schleichenden Staatszerfall frühzeitig zu erkennen.

Die "Political Instability Task Force"¹²⁷ (früher bekannt als "State Failure Task Force") ist ein von der Regierung der USA unterstütztes Forschungsprojekt, das zur Aufgabe hat, Faktoren, die zu Staatszerfall führen, zu erforschen.

Das *State Failure Project* wurde 1994 von Al Gore in Auftrag gegeben und zunächst von Ted Gorr geleitet. Das Forschungsteam untersuchte in seiner Studie hunderte Fälle von Konflikten und Kriegen inklusive Kontrollfällen. Vier Arten von Konflikten wurden dabei untersucht:

1. *Revolutionary wars*, 2. *ethnic wars*, 3. *adverse regime changes* sowie 4. *genocides* und *politicides*.¹²⁸ Drei starke Indikatoren konnten in der Untersuchung etabliert werden: Staatszerfall ist demnach eher wahrscheinlich, wenn das Wirtschaftssystem eines Staates sich nach außen hin verschließt – also der internationale Handel niedrig verläuft oder nicht existent ist: „Trade openness is (...) confirmed as a highly statistically significant correlate of state failure. The greater a country's trade openness, the less likely that country is to experience a major state crisis.“¹²⁹

Ein weiterer Indikator, der etabliert wurde, ist die demokratische Struktur eines Staates. Das Level an demokratischer Entwicklung zeigte bei der Untersuchung eine hohe statistische Relevanz: Insbesondere ist hierbei interessant, dass Autokratien in Afrika südlich der Sahara laut der Untersuchung stabiler erscheinen als vollständig entwickelte Demokratien, „presumably because in Africa full democracies have greater problems managing ethnic conflicts and fluctuations in material living standards than do the full

¹²⁷ Siehe die Homepage der "Political Instability Task Force" unter: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/>

¹²⁸ Der State Failure Task Force Report: Phase II ist unter folgender Adresse zum Download verfügbar: <http://wilsoncenter.org/events/docs/Phase2.pdf>

¹²⁹ State Failure Task Force Report: Phase II (1999), S. 55.

democracies in Europe and North America“.¹³⁰ Partielle-Demokratien sind in dieser Region demnach besonders stark von Staatszerfall gefährdet.

Der dritte Indikator betrifft die Kindersterblichkeitsrate:

„Like the canary in a coal mine, whose death indicates serious health risks to miners, high infant mortality serves as a powerful indicator of more broadly deleterious living conditions. (...) Infant mortality plays a key role in the global model not because infant deaths per se are a causal factor, but because infant mortality is the single-most-efficient variable for reflecting a country’s overall quality of material life.“¹³¹

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass keine direkte Verbindung zwischen der Kindersterblichkeitsrate eines Landes und einer politischen Krise besteht. Vielmehr soll dieser Indikator den Lebensstandard bzw. die Lebensqualität eines Landes messen.

Rotberg meint dazu:

„(...) even though it is not implausible that high infant mortality rates are ‘associated with risk of state failure,’ for practical predictive purposes rises in infant mortality lag too far behind political and economic changes that, by themselves, are reasonable indicators of propensity to fail.“¹³²

Des Weiteren können ein stark sinkendes BIP pro Kopf, heimische Investmentraten sowie die heimische Kaufkraft gute Indikatoren für den Zustand eines Staates sein.¹³³ Beschäftigt man sich mit Zahlen und Indikatoren, die auf Staatszerfall hindeuten, sollte die generelle Entwicklung eines Landes nicht außer Acht gelassen werden:

„Unsurprisingly, countries with relatively high development faced the smallest risk of failure. Countries with low development, by contrast, had odds of failure three times as high. More striking, however, was the finding that countries with unbalanced development had odds of failure nearly five times as high. Thus, for Africa at least, attention to GDP per

¹³⁰ Ebd., S. 55.

¹³¹ State Failure Task Force Report: Phase II (1999), S. 51.

¹³² Rotberg (2003), S.20; Hervorh. i. O.

¹³³ Vgl. Ebd., S. 20.

*capita alone provides only partial insight into conditions for stability, and broader patterns of development are important.*¹³⁴

Natürlich, so Rotberg, seien demokratische Staaten in der Regel besser in der Lage, auf Probleme und Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu reagieren. Diesen Staaten gelingt es, Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung sowie politische Herausforderungen anzunehmen, ohne dabei ihr eigenes Gesetz zu missachten oder Menschenrechte zu verletzen. "Failing and failed states do not respond or accommodate effectively. That is what failure is about."¹³⁵

Rotberg¹³⁶ schlägt indes ökonomische und politische Indikatoren sowie die Anzahl Toter in Gefechten als Maßstab vor. Zu den ökonomischen Warnsignalen zählt er gravierend sinkende Investmentraten sowie Jobverluste, rapid sinkende Löhne und auch Lebensmittel- und Wasserknappheit (insbesondere nach Naturkatastrophen). Politisch gesehen zählt er den demokratischen Verfall eines Landes – also z.B. Aufhebung der Gewaltentrennung – zu den stärksten Signalen. Politische Güter werden in diesem Falle der regierenden Klasse und vielleicht einigen Verbündeten vorbehalten, während die restliche Bevölkerung sichtbar vernachlässigt wird. Den dritten Indikator sieht Rotberg im Ansteigen der Gewaltrate: Wenn feindliche Auseinandersetzungen zunehmen, Sicherheit nicht mehr garantiert werden kann und/oder gar ein Bürgerkrieg ausbricht – „the state can be considered crumbling“¹³⁷.

Erwähnt werden sollte an dieser Stelle auch der bekannte „Failed State Index“¹³⁸, herausgegeben von dem amerikanischen non-profit Think Tank *Fund for Peace* und dem Journal *Foreign Policy*. Medien weltweit verweisen bei entsprechender Thematik oft auf den Index und zitieren beispielsweise „die 10 schlimmsten Staaten der Erde“¹³⁹ oder „Staaten vor dem Kollaps“¹⁴⁰. Um die Stabilität (und vor allem die Rechtsstaatlichkeit) von Staaten besser einschätzen zu können, verweist auch das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf den Failed State Index.¹⁴¹ Dieser

¹³⁴ State Failure Task Force Report Phase III (2000), S. 8.

¹³⁵ Rotberg (2003), S. 20.

¹³⁶ Vgl. Ebd., S. 20f.

¹³⁷ Ebd., S. 22.

¹³⁸ Zu finden unter: <http://www.fundforpeace.org>

¹³⁹ DiePresse online (2010), o.S.

¹⁴⁰ ORF online (2010), o.S.

¹⁴¹ Zu finden unter:

<http://www.bmz.de/de/themen/goodgovernance/guteregierung/hintergrund/indizes/index.html>

soll an diesem Punkt kurz erklärt werden, da auch er versucht, Indikatoren zu etablieren, die den Entwicklungsstand eines Staates veranschaulichen. Der hilfreiche Index listet in vier Kategorien Staaten auf, die von *alert* (Alarmbereitschaft) bis hin zu *sustainable* (nachhaltig) reichen. Die 12 verwendeten Indikatoren reichen von politischen, ökonomischen hin zu sozialen Messwerten. Unter anderem werden ungleiche ökonomische Entwicklung innerhalb gewisser Gruppen, Kriminalstatistiken, demographische Herausforderungen, Menschenrechtsverletzungen, der Verfall des öffentlichen Sektors und das Aufsteigen von bestimmten Eliten – um einige zu nennen – gemessen.¹⁴² Jeder der 12 Indikatoren kann mit einer Punkteanzahl von 0-10 bewertet werden: Je höher die Punkteanzahl desto schlechter sind die Werte des einzelnen Indikators. Ganze 37 Länder mit dem Hinweis „alert“ findet man im aktuellen Index 2010. Sie reichen von Somalia (das momentan den traurigen ersten Platz einnimmt) über den Jemen (Platz 15) bis hin zu Georgien (Platz 37). Als die drei stabilsten Staaten weltweit gelten Schweden (Platz 175), Finnland (Platz 176) und Norwegen (Platz 177), das nach dem Index derzeit das stabilste Land der Welt darstellt.

1.6.3 Faktoren

Es gibt keine singuläre Erklärung für Staatszerfall und Gründe werden je nach Autor unterschiedlich gewichtet. Trotzdem gelten einige Faktoren (etwa *bad leadership*) als „Hauptzutat“ für Staatszerfall. Einige Anmerkungen, die folglich diskutiert werden, wurden bereits gekürzt unter dem Punkt 1.5 Formen fragiler Staatlichkeit behandelt und werden hier ausführlicher dargestellt.

Trotz bestimmter struktureller Gegebenheiten, wie etwa der (De)Kolonialisierung oder dem Vorhandensein bzw. dem Fehlen bestimmter Ressourcen, ist es ausschlaggebend, „what has been made of the challenges and opportunities of a given configuration that determines whether a state remains weak, strengthens or slides toward failure and collapse“¹⁴³. Anders formuliert, sind es die internen Taten und Entscheidungen, die einen Staat letzten Endes erstarren lassen oder dem Verfall ausliefern. Es ist der ineffektive Staatsapparat (Staatsinstitutionen in allen Bereichen), der es verabsäumt auf Spannungen und Herausforderungen rechtzeitig und angemessen zu reagieren.

¹⁴² Unter der angegebenen Internet-Adresse findet man den genauen methodischen Vorgang und Informationen zur benützten Software und allen Indikatoren.

¹⁴³ Rotberg (2003), S. 19f.

Treten substaatliche Akteure auf, die das staatliche Gewaltmonopol unterminieren wollen, gibt es innergesellschaftliche Spannungen (gar innerstaatliche Gewalt) oder wirtschaftliche Krisen, kann nur eine determinierte Anstrengung seitens der Regierung die Abwärtsspirale aufhalten.¹⁴⁴ Dies ist insbesondere der Fall, wenn Guerillaarmeen und Warlords offen das Machtmonopol der Regierung in Frage stellen.¹⁴⁵ Schwache Staaten müssen nicht notwendigerweise zu gescheiterten werden: Der Prozess des Staatsverfalls ist nicht unausweichlich und geschieht nicht über Nacht oder aus Zufall. Staatszerfall „takes will as well as neglect“.¹⁴⁶

Ergo ist der Zerfall eines Staates unweigerlich mit dem Verfall der staatlichen Institutionen verknüpft: Die Bürokratie dieser Staaten ist zumeist inkompetent und korrupt und hat seine Professionalität längst verloren. Möglicherweise ist das Militär die einzig funktionierende Institution, jedoch sind die bewaffneten Kräfte zumeist höchst politisiert.¹⁴⁷ Die politische Führungskraft selbst strebt nicht danach, der Öffentlichkeit politische Güter zur Verfügung zu stellen.

“Political goods are those intangible and hard to quantify claims that citizens once made on sovereigns and now make on states. They encompass expectations, conceivably obligations, inform the local political culture, and together give content to the social contract between ruler and ruled that is at the core of regime/government and citizenry interactions.”¹⁴⁸

Wird der Staat von einer herrschenden Elite regiert und diese politischen Güter nur einigen Auserwählten (z.B. einer bestimmtem ethnischen Gruppe) gewährt, während der Rest der Bevölkerung ausgeschlossen wird, beginnt das Vertrauen und die Legitimität der Regierung zu sinken. Es entsteht ein Legitimitätsdefizit,¹⁴⁹ das die Beziehung zwischen Regierung und Bevölkerung nachhaltig stört. Die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung wächst.

Klientelismus stellt neben neopatrimonialen Elementen eine typische Gestaltung des

¹⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 21.

¹⁴⁵ Vgl. Seidl (2007), S. 45.

¹⁴⁶ Rotberg (2003), S. 14.

¹⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 7.

¹⁴⁸ Ebd., S. 2f.

¹⁴⁹ Vgl. Sørensen (2001), S. 66.

Politikstils in zerfallenen Staaten dar.¹⁵⁰ Die Folge dieser Herrschaftsstruktur für die breite Bevölkerung findet sich im Bereich der Bildung, der medizinischen Versorgung sowie im restriktiven Zugang zu Wasser und Elektrizität.¹⁵¹ Im *Worldbank Development Report* 1997 meint die Weltbank dazu:

“People are the means and ends of development. But they have different amounts of power and resources, and different interests, all of which the state must try to represent and respond to if it is to act effectively. (...)But this is rarely true of the poor and the marginalized, who struggle to get their voices heard in the corridors of power. As a result, these and other less vocal groups tend to be ill served by public policies and services, even those that should benefit them most.”¹⁵²

Neben einer Regierung, die ihre Bevölkerung vernachlässigt, gestaltet sich auch der Justizapparat als ineffektiv und korrupt – die Verletzung von Menschenrechten oder willkürliche Verhaftungen sind kein Einzelfall. Oft sind die Mängel im Justizapparat dieser Staaten derart schwerwiegend, dass die Bevölkerung die öffentliche Rechtslage als nicht existent betrachtet. Faktoren, die hier eine Rolle spielen, sind undurchsichtige Strukturen, Vermischung von politischen, militärischen und juristischen Eliten sowie religiöse oder ethnische Diskriminierung. Gleichzeitig gibt es auch im administrativen Bereich schwerwiegende Defizite: In ländlichen Gebieten ist der Staat mit seinen Dienstleistungsfunktionen oft kaum präsent. Korruption tut ihr Übriges, um Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schlichtweg zu lähmen.¹⁵³

Die Beziehung zwischen Staat und Bevölkerung ist in von Verfall bedrohten Staaten auf Grund von Korruption, Misswirtschaft, Klientelismus und fehlender Rechtsstaatlichkeit schwer erschüttert. Insbesondere im Fall von Naturkatastrophen oder ähnlich schwerwiegenden Konfliktsituationen wird das Chaos sichtbar: Nahrungsmittelknappheit, Wassermangel oder bewaffnete Konflikte können schwache Staaten überwältigen. Wurden diese Staaten von korrupten und habgierigen Eliten systematisch ausgebeutet, ist kein Sicherheitsnetz vorhanden, das die Bevölkerung in dieser Situation auffangen könnte. Aus mangelndem Vertrauen in die Regierung, die keine politischen Güter mehr

¹⁵⁰ Vgl. Schubert (2005), S. 54.

¹⁵¹ Vgl. Debiel (2005), S. 17.

¹⁵² Worldbank Development Report (1997), S. 110.

¹⁵³ Vgl. Debiel (2005), S. 16.

zur Verfügung stellt, wenden sich Teile der Bevölkerung an jene Akteure, die ihnen ein gewisses Maß an Sicherheit und Wohlfahrt versprechen. Ihre Loyalität gilt ab diesem Zeitpunkt anderen kommunalen Führern oder Gruppenmitgliedern. Einige – aber nicht alle – sind Warlords oder Milizen.¹⁵⁴ Der Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft selbst ist ebenso schwach wie jener zwischen der Bevölkerung und dem Staat: Die Diversität an religiösen, ethnischen oder linguistischen Gruppen schafft insbesondere dann Spannungen, wenn gewisse Gruppen vonseiten des Staates bevorzugt behandelt werden oder umgekehrt, wenn sie diskriminiert werden (indem sie von Wahlen ausgeschlossen werden, ihnen der Zugang zu Ressourcen verschlossen wird u.Ä.):

„As the number of ethnic conflicts around the world attests, the belief of certain groups that they are being left behind – in terms of income, assets or employment – can be a powerful source of frustration. This can spill over into direct conflict if the lagging groups lack adequate means representing their concerns. Political elites who mirror ethnic differences in competing for power and distributing patronage will add fuel to the fire.“¹⁵⁵

Entstehen rechts- oder straffreie Räume, weil der Staat nicht ausreichend auf sicherheitspolitische Herausforderungen reagiert und die Bedürfnisse seiner Bevölkerung ignoriert, können nicht-staatliche Akteure wie Warlords oder rebellische Milizen diese Leistungen übernehmen.¹⁵⁶ Im Versprechen, Schutz vor Übergriffen durch die eigene oder durch fremde Gruppen zu gewähren, erheben sie innerhalb des von ihnen kontrollierten Territoriums Zölle – ein klares Zeichen dafür, dass der Staat nicht mehr länger Territorialmacht ist.¹⁵⁷ Die staatliche Herrschaft wird dadurch weiter delegitimiert, dass sie „durch die Präsenz konkurrierender Gewaltakteure nicht mehr über die Exklusivität eines durch die komplette Bevölkerung legitimierten Gewaltmonopols verfügt.“¹⁵⁸ Befinden sich mehrere Gruppen in einer bewaffneten Auseinandersetzung, ist das zentrale Gewaltmonopol in der Hauptstadt oft das zentrale Element. Die Interessen dieser Gewaltakteure stützen sich in erster Linie nicht auf militärische Macht, sondern auf ökonomischen Zugewinn. Sie profitieren von der Krise des Staates und schränken das staatliche Gewaltmonopol immer weiter ein. Innerhalb der Herrschaftsgebiete von

¹⁵⁴ Vgl. Rotberg (2003), S. 9.

¹⁵⁵ Worldbank Development Report (1997), S. 113.

¹⁵⁶ Vgl. Tetzlaff (2002), S.5f. und Schubert (2005) S. 58f.

¹⁵⁷ Vgl. Schubert (2005), S. 59.

¹⁵⁸ Ebd., S. 59.

Warlords oder Milizen ist das Entstehen von Schattenwirtschaft sowie bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu beobachten – gleichzeitig blühen Waffenhandel, Schmuggel, Erpressung usw.¹⁵⁹ Parallele Herrschaftsstrukturen sowie die Dominanz privater Akteure sind klare Symptome für Staatszerfall.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Verfall eines Staates untrennbar an das Versagen des Staatsapparats selbst gekoppelt ist. Dies bemerken auch Debiel, Lambach und Reinhardt, die meinen, dass neben erodierenden Staatsfunktionen auch „die staatliche Gestaltungsfähigkeit in den verschiedenen Governance-Bereichen abnimmt.“¹⁶⁰ Die „Machtarroganz von Herrschaftsquellen als zentrale Kriegsursachen und Entwicklungshindernis“¹⁶¹ spielen eine wichtige – wenn nicht die wichtigste – Rolle. Das schwache Gewaltmonopol sowie Korruption und Selbstbereicherung der staatlichen Eliten tun ihr Übriges, um den Staat dem Verfall auszuliefern.¹⁶² Wie hier etabliert, sind es also nicht primär strukturelle Ursachen, die einen schwachen Staat dem Verfall ausliefern: Eliten, die durch eigenes Machtinteresse und Gier, die Rohstoffe des Landes aushöhlen und sich selbst bereichern, während Teilen der Bevölkerung politische Güter verwehrt werden, schaffen erst den entsprechenden Rahmen, der es Warlords und ähnlichen substaatlichen Akteuren erlaubt, sich die nötige Legitimität und den Rückhalt einzelner Bevölkerungsgruppen zu sichern. Treten Konfliktsituationen wie Naturkatastrophen oder Bürgerkriege auf, sind diese Staaten wie gelähmt und können nicht entsprechend auf die Herausforderungen reagieren. Die Abwärtsspirale ist ab diesem Punkt kaum aufzuhalten – was oft auch nicht im Interesse der betroffenen Machthaber liegt.

Neben *strukturellen Ursachen* und hausgemachten Faktoren (inklusive wachsender sozialer Unzufriedenheit, Repression, Misswirtschaft, Korruption, Selbstbereicherung und Delegitimierung) sowie dem *Auftreten privater Gewaltakteure*, gibt es so genannte *Auslösefaktoren (Triggering Factors)*. Zu diesen Faktoren zählen jene Ereignisse, die den Entwicklungsprozess von einem schwachen oder scheiternden Staat hin zu einem gescheiterten rapide beschleunigen können – dies geschieht meist innerhalb weniger Tage und Wochen. Zu diesen Ereignissen zählen Revolutionen und Putsch, massive Unterdrückungsmaßnahmen (wie z.B. Massaker), Hungersnöte und Flüchtlingsströme.¹⁶³

¹⁵⁹ Vgl. Ebd., S. 59.

¹⁶⁰ Debiel/Lambach/Reinhardt (2007), S. 10.

¹⁶¹ Debiel (2002), S. 22.

¹⁶² Vgl. Ebd., S. 23.

¹⁶³ Vgl. Schneckener (2007), S. 110f.

1.6.4 Folgen

Die Folgen eines Staatszerfalls sind fallabhängig und heterogen, dennoch gibt es Merkmale, die Staatszerfall typischerweise begleiten. Diese Folgen werden hier in *sicherheitspolitische Folgen* und *sozioökonomische Folgen* unterschieden.¹⁶⁴

Als *sozioökonomische Folge* kann der allgemeine wirtschaftliche Niedergang des Landes gelten, der meist schon vor der letzten Phase des Staatsverfalls eingesetzt hat. Unmittelbare Folge dessen ist die Verelendung der Bevölkerung. Neben Lebensmittelknappheit und mangelnder Sicherheit, wirken sich die schlechte Gesundheitsversorgung sowie schlechte hygienische Bedingungen zunehmend fatal auf die Bevölkerung aus.¹⁶⁵ Die Massenflucht vor Gewalt, Hunger und Elend löst weitreichende Folgen aus:

„Hat ein Staatszerfallsprozess bereits zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Warlords geführt, sind in der Regel mehrere Fluchtbewegungen zu beobachten. Zum einen fliehen die Menschen vom Land in die Stadt, da sie sich dort mehr Schutz und Sicherheit sowie bessere (Über)Lebensbedingungen erhoffen. Da sich diese Hoffnungen oft als falsch erweisen, bilden diese Flüchtlinge in den Städten eine entwurzelte Unterschicht und sind leicht von den einzelnen Warlord-Fraktionen manipulier- und rekrutierbar. Zweitens steigt in der Regel die Zahl der Binnenflüchtlinge deutlich an. (...)Drittens sind schließlich Fluchtbewegungen ins benachbarte Ausland festzustellen. Ist die Versorgung durch Hilfsorganisationen oder die Regierungen der Empfängerländer nicht gewährleistet (...), kann es zu erheblichen Spannungen mit der einheimischen Bevölkerung kommen.“

¹⁶⁶

Neben lokalen Konfliktsituationen (Massenflucht, Hunger, etc.) und katastrophalen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung innerhalb zerfallener Staaten, gibt es auch jene *sicherheitspolitischen Folgen*, die sowohl national als auch international eine massive

¹⁶⁴ Vgl. Büttner (2004), S. 17.

¹⁶⁵ Vgl. Büttner (2004), S. 17.

¹⁶⁶ Ebd., S. 18.

Bedrohung darstellen:

Ein Überschwappen des Konfliktes auf Nachbargebiete ist keine Seltenheit. Flüchtlingsströme können Nachbarstaaten des betroffenen Landes überfordern. Gleichzeitig ist ein Überschwappen der Gewalt selbst auf angrenzende Staaten keine Seltenheit. Dies kann hervorragend anhand des Ruanda Konflikts 1994 beobachtet werden: Der Völkermord in Ruanda gilt als Hauptauslöser des ersten Kongokrieges 1996-1997 (und der Konflikt dauert noch heute an). Ausgangspunkt des brutalen Konflikts war das Flüchtlingslager im Osten der damals Zaire genannten Demokratischen Republik Kongo von dem aus Hutus ihre Angriffe auf Tutsis fortsetzten. Das Beispiel macht deutlich, wie leicht innerstaatliche Konflikte auf umliegende Gebiete überschwappen können und Nachbarstaaten selbst zu Orten des Konfliktes werden lassen. Flüchtlingsströme und gewaltbereite Akteure (die sich zunächst teilweise selbst als Flüchtlinge tarnen) können verheerende Auswirkungen haben, insbesondere dann, wenn der Staat der Zuflucht ohnehin als *schwach* gilt (wie bei dem Beispiel Kongo der Fall).

Ein weiterer Aspekt, der die Internationale Gemeinschaft zunehmend unter Druck setzt, sind straffreie Räume, die in zerfallenen Staaten das Blühen von Kriminalität, Terrorismus und Waffenschmuggel erst ermöglichen. Die unkontrollierte Proliferation gefährlicher Waffen oder Substanzen hat unmittelbare Auswirkungen auf die internationale Sicherheit. Die Möglichkeit zur Kontrolle von ABC Waffen, neben anderen Massenvernichtungswaffen, ist nur schwer möglich.¹⁶⁷

„Weak and failing states, unable or unwilling to guarantee the security of nuclear, chemical, biological, and radiological (CBRN) materials and related equipment, may facilitate underground networks that smuggle them. Endemic corruption and weak border controls raise the possibility of these states being used as transshipment points for illicit CBRN trafficking.“¹⁶⁸

Eine besondere Gefahr entsteht dann, wenn diese Waffen und Substanzen in die Hände terroristischer Gruppen oder Warlords gelangen. Auch Drogenschmuggel wird oft mit schwachen oder scheiternden Staaten assoziiert, etwa der Kokainhandel in Kolumbien oder der Drogenkrieg in Mexiko.

Gewaltakteure profitieren aus mehreren Gründen vom staatlichen Zerfallsprozess:

¹⁶⁷ Vgl. Büttner (2004), S. 18f.

¹⁶⁸ Wyler (2008), S. 8.

Warlords profitieren von der Kriegsökonomie, während Terroristen die vom Zerfall betroffenen Staaten vor allem als Rückzugsgebiete und Ausbildungsstätten für ihre Vorhaben nutzen, wie Annette Büttner richtig erkennt. In einigen Fällen dulden Regierungen schwacher Staaten diese terroristischen Gruppen, wie etwa der Fall in Afghanistan mit den Taliban und al-Qaida.¹⁶⁹

Wie bereits diskutiert, existiert das Phänomen des Staatszerfalls nicht erst seit dem 11. September 2001. Vielmehr wurde durch die Terroranschläge auf das World Trade Center deutlich, dass gescheiterte Staaten eine unmittelbare Gefahr für die internationale Sicherheit darstellen und sich das Problem nicht auf lokales Leid beschränkt.¹⁷⁰

1.7 Aufbau des Forschungsdesigns

1.7.1 Literaturstudie

Ogleich dem Forschungsgegenstand seit einigen Monaten mehr Aufmerksamkeit zuteil wird, ist eine komplexe Abhandlung des Themas bislang nicht erfolgt. Aus diesem Grund bietet sich eine umfangreiche Literaturrecherche an. Eine genaue theoretische Erhebung soll zunächst Hintergründe und Fakten in Bezug auf die in Kapitel 1 beschriebenen Forschungsfragen aufzeigen, um die Komplexität des Themas besser zu verstehen. Das Experteninterview soll helfen, Informationslücken, die mit der wissenschaftlichen Literatur nicht geklärt werden können, zu schließen.

1.7.2 Experteninterview

Auf Grund der Aktualität des Forschungsthemas, ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit eben diesem gegenwärtig lückenhaft. Um jenes Erkenntnisinteresse, das mit der vorliegenden Literatur nicht ausreichend beantwortet werden kann, zu bearbeiten, eignet sich die Durchführung leitfadengesteuerter Experteninterviews.

Die ausgewählten Interviewpartnerinnen sollen auf Grund ihrer Expertise und ihrer aktuellen Tätigkeiten auf diesem Gebiet neue Informationen und Erkenntnisse liefern. Da

¹⁶⁹ Vgl. Büttner (2004), S. 19.

¹⁷⁰ Die Folgen fragiler Staatlichkeit im Fallgebiet Jemen werden im Kapitel 3. „Herausforderungen im Jemen“ diskutiert.

der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit auf aktuellen Entwicklungen im Jemen liegt, wurden als Interviewpartner Personen ausgewählt, die sich gegenwärtig mit dem Forschungsthema beschäftigen.

Frau Mag. Dr. Gudrun Harrer schloss 1992 ihr Studium der Arabistik und Islamwissenschaften an der Universität Wien ab¹⁷¹ und ist seit 1993 als Redakteurin im außenpolitischen Ressort bei der Tageszeitung *der Standard* tätig. Ab 1999 war sie sechs Jahre lang Ressortleiterin und in der Zwischenzeit wurde sie zur leitenden Redakteurin des *Standards*. Ihr Studium legte eine Spezialisierung auf den Nahen Osten und die islamische Welt nahe. Zahlreiche persönliche Begegnungen mit prominenten Persönlichkeiten aus dem Nahen Osten sowie jahrelange Beschäftigung mit den komplexen Geschehnissen in der arabischen Welt qualifizieren sie als geeignete Interviewpartnerin und Jemen-Expertin.

Des Weiteren konnte Joelle Burbank vom amerikanischen Think Tank *Fund for Peace*, das jährlich den viel zitierten *Failed State Index* veröffentlicht, als Expertin gewonnen werden. Frau Burbank ist eine Mitarbeiterin des Think Tanks, die sich insbesondere für die Beantwortung der Fragen rund um das Thema (möglicher) Staatszerfall im Jemen bereit erklärt hat. Aktuell arbeitet Frau Burbank an einem System, das frühzeitige Warnsignale für potentielle *failed states* identifizieren soll.

Das leitfadengestützte Interview eignet sich hier insbesondere, um offene Fragen mit Hilfe der Experten beantworten zu können und um aktuelle Entwicklungen und Trends in die Forschungsarbeit aufzunehmen. Das Interview soll ein qualitatives Bild des Forschungsthemas zeichnen. Gut strukturierte Fragen werden dabei die Interviewführung – wie ein roter Faden – leiten. Vorkenntnisse und Einarbeitung in das Forschungsthema vor der Interviewführung sind unerlässlich.

Das Interview mit Frau Mag. Dr. Harrer wird in persönlicher Form stattfinden. Da sich Frau Burbank im Ausland aufhält, wird das Interview in schriftlicher Form (per E-Mail) durchgeführt.

¹⁷¹ Des Weiteren studierte Frau Harrer Politikwissenschaften an der Universität Wien. Ihre Dissertation schrieb sie über das irakische Atomprogramm. Harrer, Gudrun (2007): Dismantling the Iraqi nuclear programme. The inspections of the International Atomic Energy Agency in Iraq 1991 – 1998, Diss., Universität Wien: Wien.

2. Geschichte, politisches System und Bevölkerung Jemens

In diesem Kapitel werden die jüngste politische Geschichte, das politische System und wichtige Charakteristika der Bevölkerung des Jemens diskutiert. Dies ist nötig, um den Kontext zu den nachfolgend diskutierten aktuellen Herausforderungen im Jemen herzustellen. Dieses Kapitel dient zur Erklärung und Erläuterung der eigentlichen Forschungsfragen und wird deshalb kurz gehalten.

2.1 Geschichte des modernen Jemen

Ta'izz im Westen Jemens, zwischen Aden und Sanaa liegend, war in der von den Osmanen eingeführten administrativen Gliederung Hauptstadt eines Bezirks, der wiederum in Kreise unterteilt war. Die in der Nähe von Aden gelegene Region Hujjariyya war der wichtigste davon. Nachdem Großbritannien im Jahr 1893 Aden besetzt hatte, schloss die Region Hujjariyya ein vorläufiges Friedensabkommen mit der britischen Regierung. Aden wurde daraufhin anderthalb Jahrhunderte lang Ziel tausender Emigranten aus den unteren Teilen Jemens und Hujjariyya. Gründe für diesen starken Migrationsschub waren vor allem die zaiditische Zentralmacht oder wirtschaftliche Not. Die Migration hatte weitreichende Folgen: So „entdeckten“ die Bewohner des unteren Jemens und der Tihama das 20. Jahrhundert lange Zeit vor den Bewohnern des Nordjemens. Auswirkungen hatte dies vor allem in den 1960er Jahren, als nach dem Fall des Imamats Tausende junge Jemeniten in die Armee der Jemenitischen Arabischen Republik, dem heutigen Nordjemen, eintraten. Viele der anderen Emigranten schlossen sich einer Oppositionsbewegung an. In den 1960er Jahren nahm die Armee erstmals einen jemenitisch-nationalen Charakter an, als tausende jemenitische Männer gegen den letzten Imam, al-Badr Bin Ahmad Bin Hamid al-Din, und seine Unterstützer kämpften.¹⁷² Die Jemenitische Arabische Republik bestand aus einem Bündnis zweier relativ modernistischer Gruppen: Zum einen aus national gesinnten zaiditischen Offizieren, zum anderen aus Politikern, Intellektuellen und Händlern aus dem unteren Jemen. Im Wesentlichen bestand dieses Bündnis von 1962 bis 1990, dem Jahr der Vereinigung

¹⁷² Vgl. Ghalib (2010), S. 18.

Jemens.¹⁷³

Während der Nordjemen einen religiös zaiditischen Hintergrund und einen tribal-regionalen Charakter angenommen hatte, orientierte sich der Südjemen durch die britische Besatzung eher an progressiven und modernen Elementen. Dennoch versuchten Machthaber, die von den Briten im Süden errichteten Fundamente für eine Föderation von Emiraten, durch ein striktes zentralistisches System zu zerstören. In Folge der repressiven Maßnahmen und der auf rigorosen Methoden beruhenden Machtausübung der *National Liberation Front (NLF)*, wanderten zahlreiche Emire und Sultane in den Nordjemen, nach Saudi-Arabien oder in die Golfstaaten aus. Zeitgleich flohen jene Jemeniten in andere Gebiete, die den Auseinandersetzungen mit der *NLF* im Rahmen der anti-kolonialen Bewegung kurz vor Erlangen der Unabhängigkeit erlagen. Eine besondere Feindseligkeit hegte die *NLF* gegen die urbanen Eliten, die all das verkörperten, was man in der Phase der Besetzung durch die Engländer verloren zu haben glaubte. So meinten sie, die Engländer hätten die *arabische Identität* der Stadt zerstört. Das neue Regime führte Säuberungsaktionen innerhalb der Armee durch, die besonders die *Awaliq* Stämme betrafen. Der totalitäre Charakter des Regimes im Süden sowie die Orientierung seiner neuen Elite auf eine Vereinigung mit dem Norden schafften es zunächst, regionalistische Tendenzen einzudämmen: Durch Einheitsbestrebungen und Ideologien sollten regionalistische Divergenzen erstickt werden. Als jedoch der Konflikt zwischen Präsident Ali Nasser Muhammed und seinen Gegnern innerhalb der *Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP)* im Jahr 1986 offene Züge annahm, wurden erste Risse spürbar. Ein Machtkampf zwischen Ali Nasser Muhammed und seinen Verbündeten und dem linksradikalen Flügel entstand. Letzten Endes konnten zehn Tage nach Ausbruch des Konflikts der radikale Flügel bzw. die Kämpfer aus Lahidsch den Sieg für sich beanspruchen. Präsident Ali Nasser zog sich in den Nordjemen zurück.¹⁷⁴ Natürlich stärkten diese Machtkämpfe im Süden die Position des Nordens. Das kam vor allem dem Präsidenten des Nordjemens, Ali Abdallah Salih, zu Gute, der mit Druck versuchte, die Vereinigung Jemens herbeizuführen. Dies gelang ihm am 22. Mai 1990 durch die Unterstützung der arabischen Welt. Die Vereinigung ähnelte jedoch eher einem „Deckmantel für eine neue Runde im regionalistischen und tribalistischen Konflikt“.¹⁷⁵ Salih unterstützte zunächst die Gegner des sozialistischen Regimes finanziell und stärkte die Stämme. Die *JSP* versuchte wiederum einige oppositionelle Stämme im Norden zu stärken. Im Jahr 1994 spitzte sich dieser Konflikt zu einem offenen Kampf zwischen

¹⁷³ Vgl. Ghalib (2010), S. 18.

¹⁷⁴ Vgl. Ebd., S. 19.

¹⁷⁵ Ebd., S. 19.

Präsident Salih und seinem Vizepräsident Ali Salim al-Bidh, Vertreter der sozialistischen Partei, zu. Beide nutzten die Mobilisierung tribaler und regionaler Gruppen für sich. Im darauf folgenden Bürgerkrieg unterstützten in den Norden geflüchtete Truppen des ehemaligen südjemenitischen Präsidenten Nasser militärische Einheiten des Nordjemens und Stammesmilizen von Präsident Salih bei seinem Kampf. Im Wesentlichen, schreibt Sami Ghalib in seiner Analyse, war dieser „im Namen der Einheit geführte Krieg also ein reiner Stammeskrieg oder auch ein Krieg des zaiditischen Nordens gegen den schafiitischen Süden“¹⁷⁶. Für die Südjemeniten war der Nordjemen trotz Veränderungen immer noch von einem zaiditischen Wertesystem geprägt – wobei das Zaiditische hier eher geographische und weniger konfessionelle oder herrschaftliche Noten hat. Eine Rolle spielen in diesem Kontext auch die zaiditischen Imame und ihre religiösen Gelehrten, *al-Huthis*, in Saada, die sich gegen Präsident Salih stellten. Ghalib meint – ohne die Konflikte im Nord- und Südjemen zu vereinfachen – „dass sich im Konflikt von Sa'dah die Legitimität des auf den Trümmern der Herrschaft der Imame aufgebauten Regimes im Nordjemen zeigt“¹⁷⁷. Salih schaffte es nie, eine nationale Identität zu entwickeln. Vielmehr konzentrierte und konzentriert sich auch heute die Macht in seinen bzw. den Händen seiner Söhne. Konfessionelle Spannungen im Norden und Separationsbestrebungen im Süden sind die Folge.¹⁷⁸

Eine heute weit verbreitete Annahme ist es, dass tribale Strukturen im Norden nach wie vor intakt sind, während im Süden in Folge der sozialistischen Umgestaltung eben diese Strukturen vernichtet wurden. Jedoch widerlegen jüngste Entwicklungen im Süden diese These: Hier nimmt der Konflikt zwischen Präsident Salih und einzelnen Gruppierungen deutlich tribale Züge an. Als Beispiel nennt Ghalib die Entlassung tausender Männer, die nach dem Bürgerkrieg 1994 aus der Armee verabschiedet wurden. Diese gehören unter anderem dem Stammesgebiet der Sha'iri an. In diesem Stammesgebiet erhielt die Bewegung des Südens von Beginn an große Unterstützung.¹⁷⁹

Aktuelle Entwicklungen der Unabhängigkeitsbewegung im Süden Jemens sowie die letzten Entwicklungen im Konflikt der *al-Huthi* gegen das Regime Salihs werden an späterer Stelle diskutiert.

¹⁷⁶ Ghalib (2010), S. 20.

¹⁷⁷ Ebd., S. 20.

¹⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 20.

¹⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 21.

2.2 Politisches System

Laut der im Jahr 1991 durch ein Referendum von der Bevölkerung gebilligten Verfassung, ist der Jemen Teil der arabischen und islamischen Nation (Art.1).¹⁸⁰ 2001 wurde die Verfassung¹⁸¹ ergänzt. Die Änderung selbst fand im Jahr 2000 statt, ein Jahr später wurde sie durch ein Referendum gebilligt. Unter anderem wurde die Legislaturperiode von vier auf sechs Jahre verlängert.¹⁸² Die Staatsform im Jemen ist ein parlamentarisch kontrolliertes Präsidialsystem. Laut der Verfassung geht die Macht vom Volk aus: "Article (4): The people of Yemen are the possessor and the source of power, which they exercise directly through public referendums and elections, or indirectly through the legislative, executive and judicial authorities, as well as through elected local councils."¹⁸³ Den Bürgern werden neben Chancengleichheit im Bereich Politik, Wirtschaft, Soziales und Kultur (Art. 4) auch die persönliche Sicherheit, Würde und Freiheit durch den Staat (Art. 47a) garantiert.¹⁸⁴

Den Staatspräsident stellt seit der Vereinigung Jemens im Jahre 1990 Ali Abdallah Salih von der ehemaligen Einheitspartei des Nordens, *Allgemeiner Volkskongress*. Der Präsident ist gleichzeitig Oberbefehlshaber über die Streitkräfte. Salih wurde 2006 für sieben Jahre wiedergewählt (77% aller Stimmen¹⁸⁵). Davor war er Staatspräsident des Nordjemens.¹⁸⁶ Der Präsident ernennt sowohl den Vizepräsidenten als auch den Premierminister, der wiederum einen aus 35 Ministern bestehenden Rat ernennt.¹⁸⁷

Das Parlament (Repräsentantenhaus) besteht aus 301 Sitzen und wird vom Volk in freien und direkten Wahlen gewählt.¹⁸⁸ Das Parlament verabschiedet Gesetze und allgemeine politische Richtlinien und bewilligt das Budget. Es hat das Recht, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, wobei dafür mindestens ein Drittel der Stimmen aller Abgeordneten notwendig sind. Eine zweite Kammer, genannt Majlis ash-Shura¹⁸⁹ wird vom Präsidenten ernannt und besteht aus 111 Mitgliedern.¹⁹⁰ Diese hat primär beratende Funktion, wobei ihr Einfluss seit der Verfassungsänderung 2001 gestärkt wurde.

¹⁸⁰ Vgl. Kopp (2005), S. 162.

¹⁸¹ Verfassung der Republik Jemen (2001), o.S.

¹⁸² Vgl. Kopp (2005), S.162.

¹⁸³ Verfassung der Republik Jemen (1994), o.S.

¹⁸⁴ Vgl. Kopp (2005), S. 162.

¹⁸⁵ Vgl. Library of Congress – Federal Research Division (2008), S. 18.

¹⁸⁶ Vgl. Auswärtiges Amt (2010), o.S.

¹⁸⁷ Vgl. Library of Congress – Federal Research Division (2008), S. 18.

¹⁸⁸ Vgl. Auswärtiges Amt (2010), o. S.

¹⁸⁹ Vgl. Kopp (2005), S. 162.

¹⁹⁰ Vgl. U.S Department of State (2010), o.S.

Premierminister ist aktuell Ali Muhammad Mujawwar von der Partei *Allgemeiner Volkskongress*.¹⁹¹

Tabelle 2: Verteilung der Sitze im jemenitischen Parlament 2010:¹⁹²

<u>Regierungspartei</u>	<u>Opposition</u>
Allgemeiner Volkskongress (al- Mu'tamar ash-Sha'bi al-Amm) ehemalige Einheitspartei des Nordens 229 Sitze	Islah-Partei (at-Tajammu' al-Yamani li-l-Islah) 45 Sitze
	Sozialistische Partei Jemens (al-Hizb al-Ishtiraki al Yamani) 7 Sitze
	Nasseristische Partei (at-Tanzim al-Wahdawi ash-Sha'bi an-Nasiri) 3 Sitze
	Baath Partei (Hizb al-Ba'th al'Arabi al-Ishtiraki) 2 Sitze
	15 unabhängige Abgeordnete

Tabelle: Eigene Darstellung

Die *U.S Library of Congress – Federal Research Division* kritisiert das aktuelle jemenitische Parlament mit den Worten:

*“The current parliament is dominated by the ruling party, the General People’s Congress; as a result, it has failed to initiate legislation, instead debating policies that the government submits, and is generally perceived as an ineffective check on executive-branch authority.”*¹⁹³

Die Wahlen im Jahr 2006 wurden nach Berichten von Internationalen Wahlbeobachtern

¹⁹¹ Vgl. U.S. Department of State (2010), o.S.

¹⁹² Informationen wurden durch Auskunft der Botschaft der Republik Jemen in Wien gewonnen.

¹⁹³ Library of Congress – Federal Research Division (2008), S. 18.

prinzipiell offen und fair abgehalten – wenn es auch einige Unregelmäßigkeiten gab (z.B. Beteiligung an der Wahl obwohl das Wahlalter nicht erreicht war).¹⁹⁴

Grundlage der Gesetzgebung im Jemen ist die Scharia, der Islam ist Staatsreligion. Neben dem islamischen Recht gibt es Einflüsse des türkischen Rechts und des englischen Common Law, sowie gewissen Stammesrechten (Gewohnheitsrecht).¹⁹⁵ Insgesamt gibt es im Jemen sechs Arten von Gerichtshöfen, die sich unter anderem mit Kriminal-, Spezial- (z.B. Entführungen) oder Zivilfällen beschäftigen. In den letzten Jahren etablierte die jemenitische Exekutive auch ein Jugendgericht. Insgesamt gibt es drei Instanzen, von denen das Gericht der ersten Instanz Zivilverfahren, Strafprozesse und Familienfälle bearbeitet. Die zweite Instanz stellt das Berufungsgericht, von denen je eines pro Gouvernorat sowie eines in der Hauptstadt Sanaa vorhanden ist. Die höchste Instanz stellt der Oberste Gerichtshof, der juristische Streitigkeiten zwischen Gerichten regelt, sowie Fälle gegen die höchsten Amtspersonen anhört. Zusätzlich zu diesem formalen Gerichtssystem, gibt es die tribale Rechtsprechung. Diese ist in der Regel nicht für Strafsachen zuständig, in der Praxis kann es jedoch vorkommen, dass auch Beschlüsse in Kriminalfällen gefällt werden.¹⁹⁶

Der Jemen gliedert sich in 21 Gouvernorate, so genannte *Muhafazat*: Abyan, 'Adan, ad-Dali', al-Baida', al-Hudaida, al-Dschwaf, al-Madra, al-Mahwit, Amanat al Asimah, Amran, Dhamar, Hadramaut, Hadscha, Ibb, Lahidsch, Ma'rib, Raima, Saada, Sanaa, Schabwa, Ta'izz.¹⁹⁷

Im Mai 2008 wurden die Gouverneure zum ersten Mal direkt gewählt, jedoch weil

*„the ruling party, the General People's Congress (GPC), continues to dominate the local and governorate councils, the May 2008 elections retained this party's executive authority over the governorates. In rural Yemen, direct state control is weak, with tribal confederations acting as autonomous sub-states.“*¹⁹⁸

Der Einfluss lokaler Stämme und die Bedrohung des staatlichen Gewaltmonopols durch diese werden nachfolgend ausführlicher geschildert.

¹⁹⁴ Vgl. Library of Congress – Federal Research Division (2008), S. 19.

¹⁹⁵ Vgl. Central Intelligence Agency (2010), o.S.

¹⁹⁶ Vgl. Library of Congress – Federal Research Division (2008), S. 18f.

¹⁹⁷ Vgl. Central Intelligence Agency (2010), o.S.

¹⁹⁸ Library of Congress – Federal Research Division (2008), S. 19.

Die Rechtsstaatlichkeit Jemens wird in westlichen Medien häufig in Frage gestellt. Neben einem autoritären Regierungssystem und Verletzungen der Menschenrechte, herrscht im Jemen nur eingeschränkte Pressefreiheit. Chefredakteurin der ersten englischsprachigen Zeitung im Jemen (*Yemen Times*) Nadia A. Al-Sakkad meint zwar, dass Journalisten im Jemen über mehr Pressefreiheit verfügen als in allen anderen Ländern der Region, gibt jedoch zu, dass Informationen zu politischen Entwicklungen nur bedingt zugänglich seien. Des Weiteren dürfe man über politische Themen nur eingeschränkt berichten.¹⁹⁹ Zusammenfassend kann über die Rechtsstaatlichkeit im Jemen geschlussfolgert werden:

“Das gegenwärtige Bild des Transformationsprozesses im Jemen ist ambivalent. Einerseits entstanden in einem eher autoritär geprägten regionalen Umfeld in kurzer Zeit erstaunlich viele und inzwischen auch gefestigte demokratische Ansätze. Andererseits sind grundlegende Defizite erhalten geblieben, unter anderem die Monostruktur der schwachen Volkswirtschaft, Korruption, Klientelismus, der Gegensatz zwischen der Zentralgewalt und den Stämmen.”²⁰⁰

Obwohl also wichtige Schritte in Richtung mehr Demokratie und Partizipation gesetzt wurden, ist der Jemen immer noch stark geprägt von einem autoritären und klientelistischen System, das sich stets gegen Einflüsse lokaler Stämme wehren muss.

2.3 Soziale Struktur und ökonomische Faktoren

Wie bereits erwähnt, ist der Jemen das ärmste Land der arabischen Welt und eines der ärmsten im weltweiten Vergleich. Momentan nimmt es im Ranking des *Human Development Index* Platz 140 ein.²⁰¹

Die wichtigsten sozio-ökonomischen Zahlen und Informationen zu Bevölkerung, wirtschaftlicher Lage und traditioneller Stammeskultur Jemens sollen nun einen ersten Einblick in den aktuellen Zustand des Landes ermöglichen.

¹⁹⁹ Vgl. Hackensberger (2008), o.S.

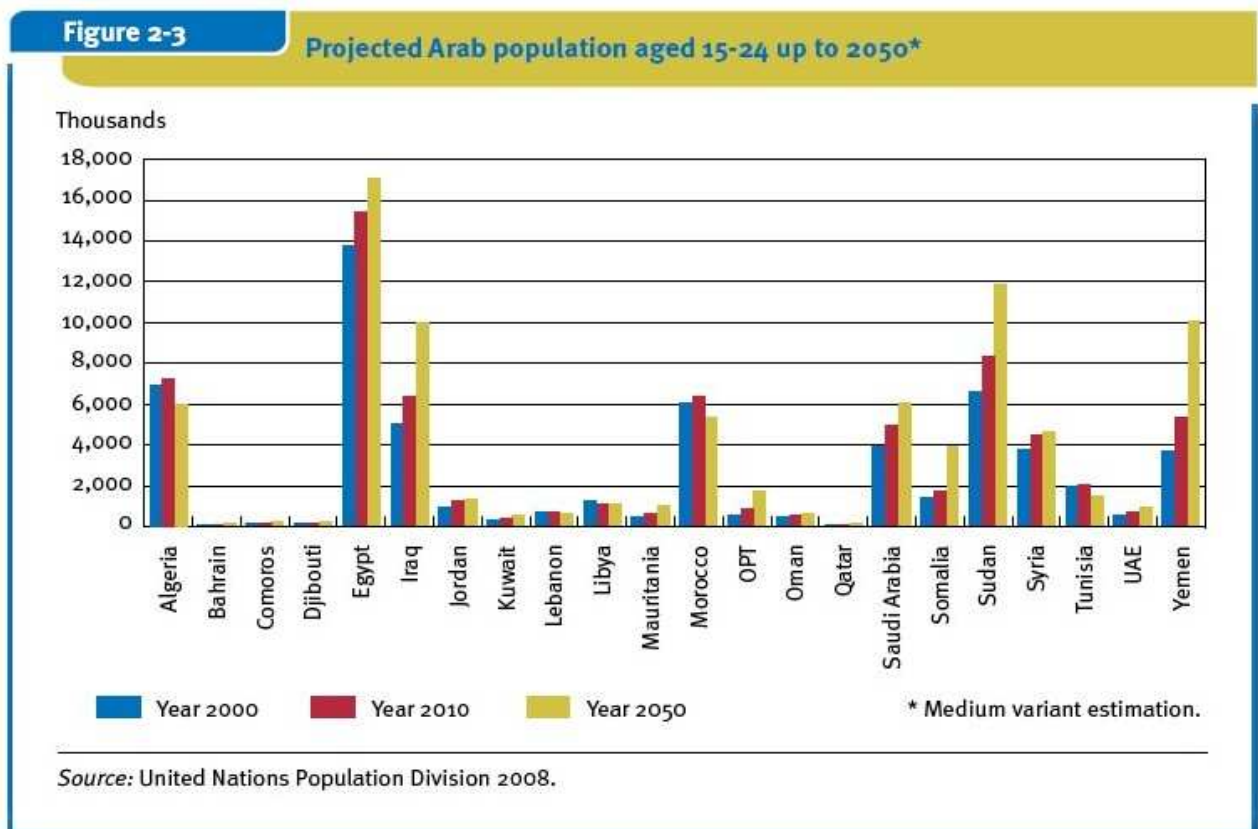
²⁰⁰ Bertelsmann Transformation Index (2003), S. 13.

²⁰¹ Vgl. United Nations Development Programme, o.S.

2.3.1 Bevölkerung

Gegenwärtig leben im Jemen 23.495.361 Menschen²⁰² (Zahl vom Juli 2010). Im Jahr 2025 werden es Prognosen zufolge um die 40 Millionen sein. Eine jemenitische Frau bekommt im Durchschnitt 6,5 Kinder – damit gehört der Jemen zu den Spitzenreitern der jährlichen Wachstumsrate.²⁰³ Etwa 43% der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt.²⁰⁴ Da sich das staatliche Pensionsprogramm, das auch ausschließlich Beamten zusteht, erst im Aufbau befindet, stellt die große Kinderzahl – trotz der allgemeinen Belastung für den jemenitischen Staat – immer noch einen wichtigen Rückhalt für die Versorgung im Alter dar.²⁰⁵

Abbildung 1: Prognose der arabischen Bevölkerung zwischen 15-24 Jahren bis zum Jahr 2050:²⁰⁶



²⁰² Vgl. Central Intelligence Agency (2010), o.S.

²⁰³ Vgl. Kopp (2005), S. 45.

²⁰⁴ Vgl. Central Intelligence Agency (2010), o.S.

²⁰⁵ Vgl. Kopp (2005), S. 45.

²⁰⁶ Arab Development Report (2009), S. 36.

Laut einem Bericht der Vereinten Nationen²⁰⁷ lebt 41,8% der jemenitischen Gesamtbevölkerung unter der Armutsgrenze (Wert 1990-2005). 15,7% aller Jemeniten lebt von weniger als einem US Dollar pro Tag. Die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen beträgt 41,8% insgesamt. 73,1% aller Männer sind alphabetisiert, jedoch lediglich auf 34,7% aller Frauen. Insgesamt besuchen 55,2% aller jemenitischen Kinder eine Schule, das sind 67% aller männlichen Kinder und 43% aller weiblichen. Die dramatische Analphabetenrate stagniert seit Jahren. Frauenbildung hängt stark von der Familie des Mädchens ab. Angesichts des explodierenden Bevölkerungswachstums gelingt es der jemenitischen Regierung kaum, genügend Bildungsressourcen bereit zu stellen – obwohl 20% des Staatshaushaltes für Bildung ausgegeben werden. Auch das jemenitische Gesundheitssystem ist schwach entwickelt: 6% der Staatsausgaben werden dafür bereitgestellt. Alle Behandlungskosten müssen von den Patienten bzw. ihren Familien selbst übernommen werden. Eine flächendeckende Versorgung gibt es nicht, wobei die ärztliche Versorgung am Land besonders schlecht ist. Hier fehlt es vielerorts sogar an Einrichtungen zur ersten Hilfe. Obwohl sich die Lage in den letzten Jahren etwas gebessert hat, kämpft man hier gegen gravierende Probleme, wie mangelnde Hygiene, Fehlernährung und Darmkrankheiten. Auch der Zugang zu Wasser ist am Land weit weniger verbreitet als in der Stadt.²⁰⁸ Die durchschnittliche Lebenserwartung im Jemen beträgt laut der Weltbank 63 Jahre.²⁰⁹

Bezüglich der ethnischen Zusammensetzung gestaltet sich der Jemen relativ homogen: So setzt sich die Bevölkerung vorwiegend aus Arabern zusammen, jedoch gibt es in Richtung Tihama und Aden auch afrikanische und indische Einflüsse.²¹⁰

Mindestens drei Viertel der Jemeniten bekennen sich zur sunnitischen Richtung des Islam – der schafiitischen Rechtsschule. Schafiiten sind orthodoxe Muslime, die sich streng an die *Sunna* halten, der Lehre des Propheten Muhammad. Ein nicht geringer Anteil der Jemeniten bekennt sich hingegen zum Zaidismus. Zaiditen (oder auch Fünfer-Schiiten genannt) stehen der Sunnitischen Lehre im Vergleich zu anderen schiitischen Glaubensrichtungen am nächsten. Eine Minderheit stellen die schiitischen Ismailiten dar, welche ebenfalls zu den schiitischen Muslimen zählen. Zu nicht-muslimischen Gruppen zählen das Judentum und Christentum, wobei seit der Spätantike insbesondere das

²⁰⁷ Vgl. United Nations Development Programme Yemen Country Profile, o.S.

²⁰⁸ Vgl. Kopp (2005), S. 131f.

²⁰⁹ Vgl. Weltbank Country Profile Yemen, o.S.

²¹⁰ Vgl. Kopp (2005), S. 46.

Judentum eine wichtige Rolle im Jemen spielte.²¹¹

2.3.2 Wirtschaft

Jemens Volkswirtschaft hängt heute fast ausschließlich von der eigenen Erdölförderung ab: Über 90% aller Exporterlöse und etwa 60% aller Staatseinnahmen stammen aus dem Öl.²¹² Ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entfällt auf den Öl- und Gassektor. Somit ist der Jemen den Schwankungen des Ölpreises auf dem Weltmarkt unterworfen. Trotz der Bedeutung des Öls für Jemens Wirtschaft macht seine Ölförderung im weltweiten Vergleich gerade einmal ein halbes Prozent der Weltförderung aus. Angaben zum Wachstum des BIP im Jemen sind unterschiedlich und ungenau. Schätzungen gehen von 3,5-4,7 % aus. Verglichen mit Deutschland liegt das BIP Jemens bei 0,5% des deutschen Wertes.²¹³

Haupthandelspartner sind China, Indien, Japan, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Exportgüter sind Öl, Fisch und Kaffee.²¹⁴ In den 1980er Jahren spielte die Landwirtschaft noch eine große Rolle – mittlerweile ist nur mehr die Hälfte der Erwerbstätigen in diesem Sektor beschäftigt. Dieser trägt nun knapp 15% zum BIP bei.²¹⁵ Öl stellt für den Jemen eine der wichtigsten Einnahmequellen dar. In den letzten Jahren konnte jedoch ein dramatischer Rückgang in der Produktion bemerkt werden. Den Höhepunkt der Ölproduktion erreichte der Jemen im Jahr 2004, einige Jahre später ist eine Reduktion um etwa 50% zu bemerken: „Oil production had slowed to around 280,000 b/d in January 2009 – a dramatic drop in such a short period.“²¹⁶ Schwach entwickelt ist der Industriesektor, in dem nur etwa 10% des BIP erwirtschaftet werden. Auf den Dienstleistungsbereich entfallen immerhin 45% des BIP, davon 20% auf den staatlichen Sektor. Nur knapp 20% der staatlichen Einnahmen stammen aus Steuern.²¹⁷ Das BIP pro Kopf betrug im Jahr 2009 laut der Weltbank²¹⁸ 1060 US Dollar, insgesamt betrug es 26.365.156.990 US Dollar²¹⁹. Die Jugend-Arbeitslosenrate im Jemen beträgt laut dem *Arab Development Report* der Vereinten Nationen fast 30%:

²¹¹ Vgl. Ebd., S. 48ff.

²¹² Vgl. Konzett (2011), o.S.

²¹³ Vgl. Kopp (2005), S. 105.

²¹⁴ Vgl. United Nations Development Programme Yemen Country Profile, o. S.

²¹⁵ Vgl. Kopp (2005), S. 105.

²¹⁶ Shanahan/Philipps (2009), S. 3.

²¹⁷ Vgl. Kopp (2005), S. 105.

²¹⁸ Vgl. United Nations Development Programme Yemen Country Profile, o.S.

²¹⁹ Vgl. Weltbank Country Profile Yemen, o.S.

Abbildung 2: Jugendarbeitslosigkeit in arabischen Ländern (2005/2006):²²⁰

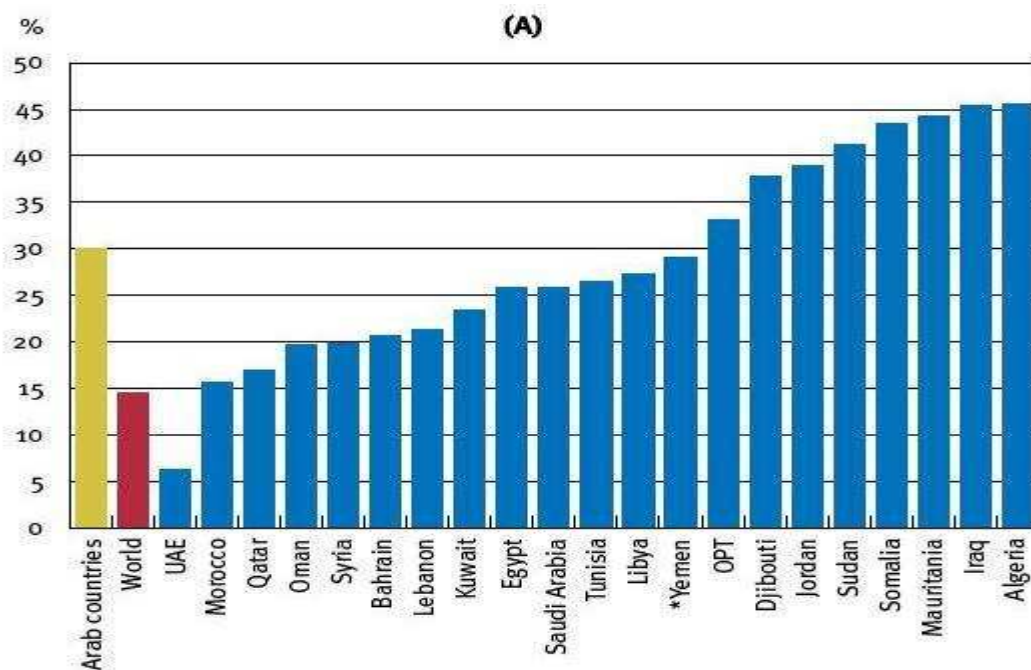
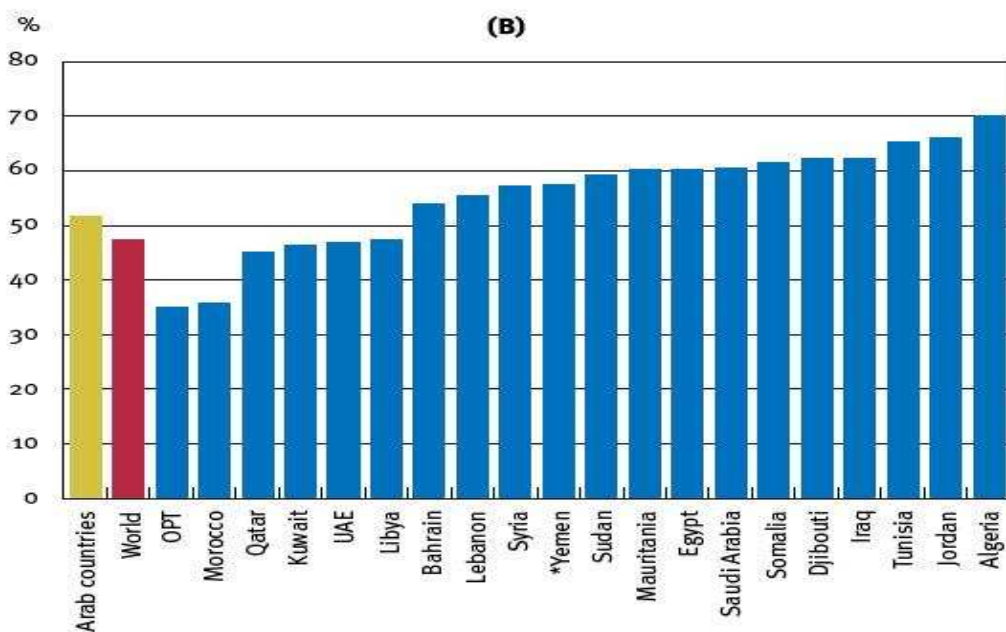


Abbildung 3: Anteil der Jugendarbeitslosigkeit in arabischen Ländern an der Gesamt-Arbeitslosenrate (2005/2006):²²¹



Source: ALO 2008 (in Arabic).

* Data source for Yemen from the World Bank and the Social Fund for Development, 2009.

²²⁰ Arab Development Report (2009), S. 109.

²²¹ Arab Development Report (2009), S. 109.

Wie ersichtlich ist, schwankt die Quote der Jugendarbeitslosigkeit zwischen den einzelnen Ländern enorm. Im Jahr 2005 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote der arabischen Welt etwa 14,4% – verglichen mit „the world at large“²²² (6,3%) ist das ein sehr hoher Wert.

An dieser Stelle muss auf die Bedeutung der „jemenitischen Alltagsdroge“ *Qat* für die jemenitische Wirtschaft hingewiesen werden. Die weitverbreitete Konsumtion von *Qat* hat auf Grund seiner zunächst aufputschenden, später beruhigenden Wirkung, enorme Auswirkungen auf die Produktivität der Jemeniten, wobei hier vor allem die männlichen Jemeniten gemeint sind. *Qat* wurde zunächst über Jahrhunderte hinweg nur an Feiertagen von der Oberschicht konsumiert, bis es in den 70er Jahren zum Massenphänomen wurde. Mittlerweile kauen 70% aller erwachsenen Jemeniten regelmäßig *Qat*. Unter allen Agrarprodukten wirft *Qat* den höchsten Geldertrag pro Flächeneinheit ab, weshalb der *Qat* Anbau blüht. Problematisch wird das Phänomen in Anbetracht des hohen Wasserverbrauchs (fast 40% des jemenitischen Gesamtwasserverbrauchs), das der *Qat* Anbau verschlingt.²²³ Auswirkungen des gravierenden Wassermangels im Jemen werden an späterer Stelle besprochen.

Allgemein war die jemenitische Wirtschaft in den vergangenen 15 Jahren erheblichen Turbulenzen unterworfen. Vor allem seit dem Jahr 1990, als große Teile der Gastarbeiter aus den Golfstaaten zurückkehrten (besser gesagt: zurückkehren mussten), ist die wirtschaftliche Situation belastet. Zeitgleich entfielen die bis dahin staatlichen Hilfsleistungen der Erdölförderländer am Golf.²²⁴

Somit ist das „glückliche Arabien“ – *Arabia Felix* – wie der Jemen einst genannt wurde, heute das ärmste Land im Nahen Osten. Pro Kopf beträgt die offizielle Entwicklungshilfe heute etwa 16 US Dollar.²²⁵

2.3.4 Urbanisierung

Mittlerweile leben 31% der Gesamtbevölkerung Jemens in Städten,²²⁶ der weitaus größere Teil lebt auf dem Land. Obwohl Jemens Städte nahezu explosionsartig wachsen,

²²² Arab Development Report (2009), S. 108.

²²³ Vgl. Kopp (2005), S. 116.

²²⁴ Vgl. Ebd., S. 105.

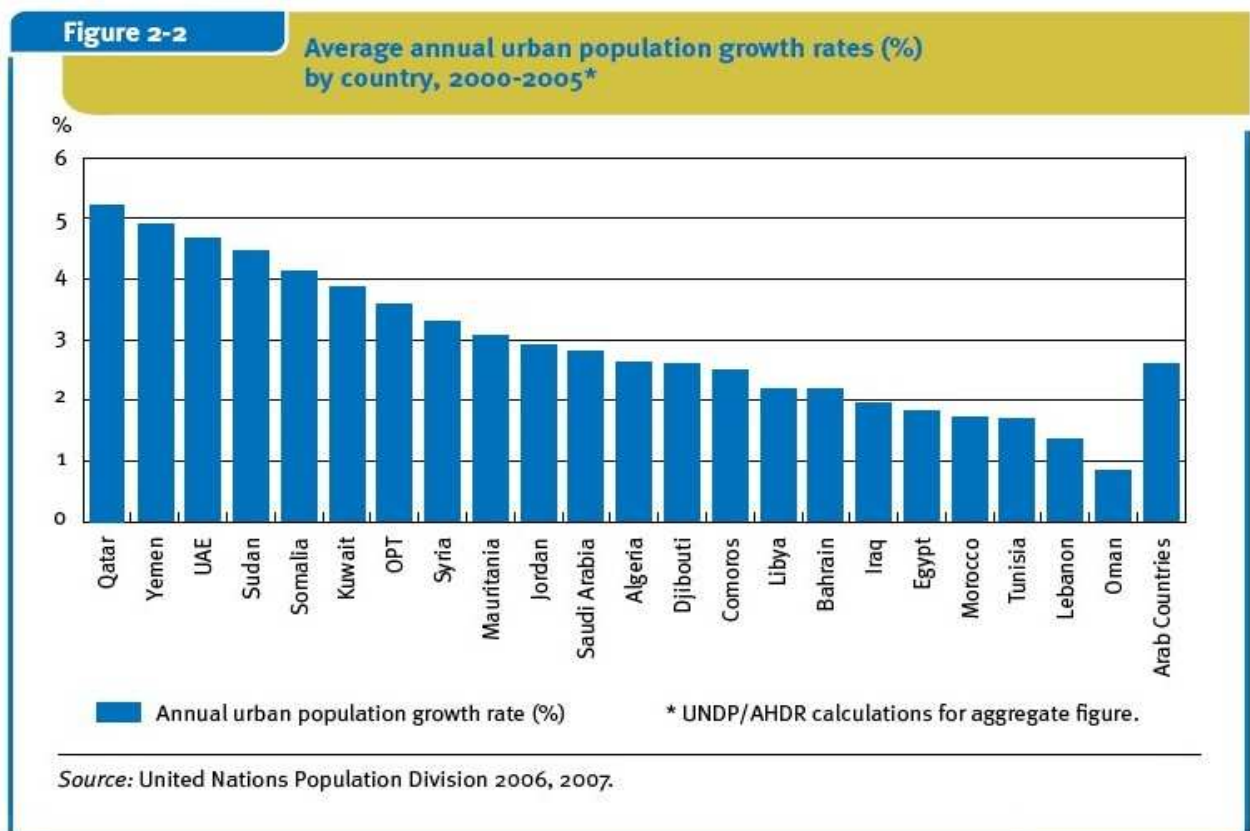
²²⁵ Vgl. United Nations Development Programme Yemen Country Profile, o.S.

²²⁶ Vgl. Central Intelligence Agency (2010), o.S.

wird der Staat immer noch gerne als „Bauernland“²²⁷ bezeichnet. Die Urbanisierungsrate beträgt 4,9%.²²⁸

Der ländliche Raum ist aktuell kaum mehr in der Lage, den Zuwachs durch die hohe Geburtenrate aufzufangen. Landflucht ist die Folge: Unverheiratete Männer wandern in die Städte, um dort bezahlte Arbeit zu finden, um später den „Brautpreis“ bezahlen zu können. Zumeist leben sie in einfachsten Unterkünften und nehmen jede verfügbare Arbeit an. Die ersten Kinder kommen zumeist im Dorf zur Welt. Später zieht die gesamte Familie in die Stadt. Auch Bildungshungrige, also junge Jemeniten, die eine höhere Schule besuchen wollen, ziehen in Städte. Alle Städte im Jemen haben einen hohen Männerüberschuss, sie wachsen mit 5% bis 8% im Jahr, in Sanaa zu manchen Zeiten gar mit 10%.²²⁹

Abbildung 4: Durchschnittliches Wachstum der städtischen Bevölkerung in arabischen Ländern (2000-2005):²³⁰



²²⁷ Kopp (2005), S. 45.

²²⁸ Vgl. Central Intelligence Agency (2010), o.S.

²²⁹ Vgl. Kopp (2005), S. 45f.

²³⁰ Arab Development Report (2009), S. 36.

2.3.5 Menschenrechte

Neben den bereits besprochenen Defiziten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, betrifft ein häufiger Kritikpunkt internationaler Medien und Organisationen die Verletzung von Menschenrechten im Jemen: Obwohl der Jemen wesentliche Menschenrechtsverträge und Instrumente ratifiziert hat, ist die Menschenrechtslage, was die *tatsächliche* Umsetzung der Menschenrechte betrifft, insgesamt schlecht. Neben der häufigen Verhängung der Todesstrafe und willkürlichen Festnahmen sowie Misshandlungen,²³¹ kritisiert *Amnesty International* ein Zunehmen der Menschenrechtsverletzungen im Namen der Sicherheit – insbesondere bezogen auf den Kampf gegen al-Qaida und Rebellen im Norden Jemens.²³² Laut *Amnesty* nahmen Menschenrechtsverletzungen im Zuge dieser Konflikte dramatisch zu. Die Organisation *Human Rights Watch* pflichtet auf ihrer Homepage dieser Kritik bei: „Yemen's human rights situation continued to deteriorate in 2010. Amid political unrest in the south, hundreds of arbitrary arrests and the use of lethal force against peaceful demonstrators undermined advances in the rule of law.“²³³ Ein häufiger Kritikpunkt von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen ist die Inhaftierung und physische Misshandlung von Kritikern der Regierung. So beschreibt ein Inhaftierter gegenüber *Amnesty International*, er sei im Rahmen einer Untersuchungshaft von jemenitischen Sicherheitsbeamten geschlagen worden „until I felt I could not breathe“.²³⁴ Neben Gewaltanwendungen gegenüber Gefangenen kritisiert *Amnesty International* auch das Festhalten von Verdächtigen ohne Anklage oder Prozess. Gleichzeitig werden von *Amnesty International* auch jene Prozesse, die stattfinden, als nicht menschenrechtskonform eingestuft:

„Many detained security suspects and critics of the state are held without charge or trial but others have been prosecuted before the courts, notably the Specialized Criminal Court, where trials are generally reported to fall short of international standards of fair trial. In practice, abuses of defendants' rights to fair trial begin before the case even reaches court with security suspects and those targeted because of their criticism of the government being frequently subjected to arbitrary arrest, enforced disappearance and incommunicado detention during which

²³¹ Vgl. Auswärtiges Amt (2010), o.S.

²³² Vgl. Amnesty International (2010), S. 2.

²³³ Human Rights Watch (2011), o.S.

²³⁴ Amnesty International (2010), S. 16.

*they are denied access to lawyers and liable to torture and other ill-treatment, often to extract “confessions” that can be used as evidence for their prosecution.*²³⁵

Neben Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit, liegt der Jemen was die Achtung der Frauenrechte betrifft nicht nur im weltweiten, sondern auch im regionalen Vergleich an hinterster Stelle.²³⁶ Laut dem *Global Gender Equality Gap Report*²³⁷ des *World Economic Forum* aus dem Jahr 2010 nimmt der Jemen im weltweiten Vergleich (wie schon im Jahr 2009) den letzten Platz ein. Immer wieder berichtet wird auch von Kinderehen, die im Jemen auch heute keine Seltenheit darstellen: „Child marriages and forced marriages remain widespread, exposing young girls to domestic violence and maternal mortality, and truncating their education. Judges are not obliged to ensure girls' free consent before notarizing marriage contracts.”²³⁸ Auch Genitalverstümmelung ist ein, wenn auch regional unterschiedlich vorkommendes, Phänomen im Jemen.

Insbesondere jene Menschenrechte, die im Rahmen von tribaler Rechtsprechung gebrochen werden, sind für internationale Menschenrechtsorganisationen eine heikle Angelegenheit. Auch hier kommt der enorme Einfluss des traditionellen Stammeswesens zur Geltung. Genauer hierzu wird nachfolgend diskutiert.

2.3.6 Stammeswesen

Das Stammeswesen stellt im Jemen die primäre soziale Einheit dar²³⁹ und ist eines der bestimmenden Merkmale der jemenitischen Gesellschaft²⁴⁰. Obwohl das Stammeswesen heute weniger stark ausgeprägt ist als noch vor wenigen Jahrzehnten, hat es auch heute großen Einfluss auf politische Entscheidungen. Vor allem in Konflikten mit Nachbarstämmen oder der Zentralregierung wird der Zusammenhalt des Stammes sichtbar: Die für den Jemen charakteristische massive Bewaffnung der Stammesmitglieder führt schnell dazu, dass Konflikte mit eben diesen Waffen ausgetragen werden. Das Tragen eines Krummdolchs, in heutigen Zeiten auch Schusswaffen, ist wichtiges Zeichen oder Symbol für die Mitgliedschaft in einem

²³⁵ Amnesty International (2010), S. 16.

²³⁶ Vgl. Auswärtiges Amt (2010), o.S.

²³⁷ Vgl. World Economic Forum (2010), S.9.

²³⁸ Human Rights Watch (2011), o.S.

²³⁹ Vgl. Manea (1996), o.S.

²⁴⁰ Vgl. Kopp (2005), S.166.

Stamm.²⁴¹

Wie oben erwähnt, existiert auch heute noch eine tribale Rechtsprechung. Das Stammesrecht besteht aus *Urf* (arabisch, stammt von der Wortwurzel *wissen*), dem Gewohnheitsrecht, und dem sogenannten *Silf* (arabisch für *vergangen sein*), das vergangene Streitfälle regelt. Die Entscheidungen werden von führenden Persönlichkeiten des Stammes aufbewahrt, beispielsweise vom Sheikh. Es wird versucht, Konflikte innerhalb des Stammes ohne Staat oder religiöse Instanzen zu regeln.²⁴²

Insbesondere in den letzten Jahren wurde der Einfluss der Stämme auf den Staat Jemen diskutiert. Wie bereits erwähnt, sieht sich der Großteil der Jemeniten als Mitglied eines Stammes, wobei das Stammeswesen im Norden des Landes eine größere Rolle spielt als im Süden.²⁴³

Wie auch Gudrun Harrer im Interview²⁴⁴ feststellt, ist die Loyalität der Stammesmitglieder gegenüber dem eigenen Stamm höher als gegenüber ihrem Staat. Die jemenitische Regierung hat stets versucht, durch klientelistische Politik die Loyalität einiger Stämme zu sichern. Jene Stämme, die sich von der Regierung Salihs vernachlässigt fühlen, sehen sich deshalb kaum mit der jemenitischen Regierung verbunden bzw. verspüren wenig bis keine Loyalität: „Die Loyalität jener Stämme, die in das klientelistische Wesen eingebunden sind, deren Loyalität ist natürlich größer“, so Harrer. Dies gelänge bei dem einen Stamm mehr, beim anderen weniger. Primär muss man sagen, so Harrer, dass es dem jemenitischen Staat in den 1990iger Jahren nicht gelang, sich als Konstante zu präsentieren, die in allen gesellschaftlichen und geographischen Bereichen Einfluss hat. Den jemenitischen Staat bezeichnet sie, vereinfacht gesprochen, als Variable, während der Stamm die Konstante darstellt. In der Peripherie (insbesondere in den Gebirgsregionen des Nordens) sind das Stammeswesen und die Stammesgewalt stark prägend, die wiederum gegen die Staatsgewalt zum Tragen kommt. Drei Modi können in Anbetracht der letzten drei Jahrhunderte für das Verhältnis Staat-Stamm im Jemen herausgefiltert werden:²⁴⁵

Zunächst führte bereits im 18. Jahrhundert die tribale Revolte gegen die Macht der zaiditischen Imame zur Gründung eines unabhängigen Emirats in Lahidsch und Yafi. Nachdem die Engländer Aden besetzt hatten, wurden mit Emiraten und Sultanaten in Lahedsch, Abyan, Schabwa und Hadramaut Protektoratsabkommen geschlossen. Daraus zogen Sheiks und Sultane des Südens das Bündnis mit den Engländern einem Beitritt

²⁴¹ Vgl. Ebd., S.73.

²⁴² Vgl. Kopp (2005), S. 73.

²⁴³ Vgl. Ebd., S. 73.

²⁴⁴ Das Transkript des Interviews befindet sich im Anhang und kann dort nachgelesen werden.

²⁴⁵ Vgl. Ghalib (2010), S. 21.

zum Staat vor. Zweitens ist festzuhalten, dass in den 60iger und 70iger Jahren im Nordjemen der Modus des „Staates im Staat“²⁴⁶ dominierte. Dem Bürgerkrieg folgend, verfügten Stammesführer über besonders großen Einfluss im nordjemenitischen Staat. Während des Krieges hatten sie Ägypten und Saudi-Arabien, die ihren Konflikt ebenso auf jemenitischem Gebiet austrugen, gezwungen, sie mit Geld und Waffen auszustatten – im Tausch gegen ihre Loyalität. Im Laufe der 70er Jahre versuchte Präsident Al-Hamdi der Existenz tribaler Kleinstaaten ein Ende zu setzen, weil sich Saudi-Arabien weigerte einen Bürgerstaat anstelle des Privilegienstaates aufzubauen. Und letztlich ist festzustellen, dass sich die Lage in den 80er und 90er Jahren noch verschärfte: Aus Sicht der meisten Jemeniten konstituierte sich der Staat fast ausschließlich aus dem Stamm des Präsidenten. Die meisten Stammesrevolten – ob im Osten, Süden oder Norden – seien auf diese Tatsache zurückzuführen. Die Einstellung dieser feindseligen Stämme beruht auf der tief verwurzelten Annahme, dass der Staat „lediglich eine Fassade für die vom Präsidenten und seinem Clan monopolisierte Macht ist.“²⁴⁷ Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends waren einige Veränderungen bezüglich der Werte und Bräuche der jemenitischen Stämme zu spüren. Alte Tabus wurden gebrochen: Eines der bekanntesten Phänomene hierbei ist die Entführung von Touristen, die primär dazu dient, von Präsident Salih und dessen Stamm Ressourcen einzufordern, die diese usurpiert haben. Im Süden spielen Faktoren aus Politik, Sozialem und Wirtschaft zusammen. Bemerkenswert ist hierbei vor allem die Entwicklung, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 ergeben hat und der sich Dutzende ehemaliger Salih Anhänger, inklusive Stammesführer und ehemalige Verantwortliche in Regierung und Armee, angeschlossen haben.²⁴⁸

2.3.7 *Zaidismus*

Wie bereits erwähnt, nahm die Rechtsschule der Zaidiya in der Geschichte Jemens eine wichtige Stelle ein und ist auch heute von großer Bedeutung. An diesem Punkt ist es daher wichtig, die moderne Geschichte des Zaidismus im Jemen näher zu erläutern, um nachfolgend die aktuellen Ereignisse besser zu verstehen.

Bis 1962, dem Jahr der Revolution, war die Imamats Herrschaft im Jemen etwa „ein Jahrtausend lang die Manifestation des zaiditischen Islam“²⁴⁹. Die Rechtfertigung der

²⁴⁶ Ghalib (2010), S. 21.

²⁴⁷ Ebd., S. 21.

²⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 21.

²⁴⁹ Pottke (2010), S. 9.

Herrschaft des Imams erschließt sich aus der Abstammung von Mohammed, die sich aus der Ehe von dessen Tochter Fatima mit Ali Ibn Abi Talib, dem Cousin Mohammeds, ergibt. Die Zugehörigkeit zur Familie Mohammeds dem Propheten bringt nach Ansicht der Zaiditen eine Reihe von Qualitäten mit sich, die zur politischen Führung notwendig sind. Mitglieder der Haschemiten werden im Jemen *sada* (Herren) genannt. Die Autorität des Imams manifestierte sich vor allem in der Deutung der islamischen Rechtsquellen. Gleichzeitig besetzten andere *sada* und so genannte Richterfamilien fast alle hohen Stellungen im Staatsapparat. Politische und autoritäre Herrschaft wurde ergo durch Männer der Prophetenfamilie legitimiert. Wer sich Haschemit nennen darf und wer nicht, hat insbesondere im aktuellen Konflikt mit den *al-Huthi* eine gewisse Brisanz. Die Frage, die sich stellt, lautet: Können auch Muslime nicht-adeliger Abstammung Rollen bestreiten, die vormals Vorrecht der Prophetennachkommen waren? Zu jenen, die sich mit dem aktuellen republikanischen System und vor allem mit der aktuellen Besetzung des Führungsapparats arrangiert haben, zählen sowohl eine Reihe haschemitischer und nicht-haschemitischer Staatsangestellter im Parlament und in den Räten sowie Gelehrte. Der bekannteste Vertreter der konträren Meinung ist die Klerikerfamilie *al-Huthi*, die seit 2004 einen bewaffneten Konflikt gegen die jemenitische Regierung führt.²⁵⁰

Geschichtlich gesehen begann die zaiditische Herrschaft als ein Nachkomme des Propheten aus dem saudischen Hedjas von jemenitischen Stämmen zur Streitschlichtung nach Sa'dah gerufen wurde. Dem so genannten *Führer hin zur offensichtlichen Weisheit* (*Hadi ila al-Haqq al-mubin*) wurde nach einigen Kämpfen der Treueeid geleistet, woraufhin er sich zum Imam ausrief. Er verfasste, ebenso wie seine Nachfolger, eine Reihe von Rechtskompendien, die auf unabhängigen rationalen Interpretationen der Rechtsquellen Koran und Sunna basierten.²⁵¹ Bis heute dienen diese Rechtskompendien als Richtlinie für Entscheidungen. Die genealogische Hierarchie wurde auf gesellschaftlicher Ebene im Rechtsdeutungsmonopol der Mitglieder der Prophetenfamilie reflektiert. Erst durch ein Studium zum unabhängigen rationalen Argumentieren („*ijtihad*“) konnten sie sich qualifizieren. Das Gegenstück dazu besteht in der Nachahmung („*taqlid ahl al-bayt*“) in sekundären religiösen Fragen durch jene Muslime, die keine *ijtihad* Qualifikation haben. Eine wichtige Rolle spielte der Reformler und Gelehrte Muhammad al-Shawkani (1759-1834), der trotz nicht haschemitischer Abstammung das höchste Amt am Hof von drei Imamen in Folge innehatte. Shawkani galt als Traditionalist, der ein buchstäbliches Verständnis des Korans vertrat und sich gegen die Rechtsinterpretationen toter oder

²⁵⁰ Vgl. Potttek (2010), S. 9.

²⁵¹ Vgl. Ebd., S. 9f.

lebender Imame stellte.²⁵² Neben der Tendenz zur Abschaffung von Rechtsschulen hatte dies auf lange Sicht besonders die Wirkung, politische Autorität nicht mehr mit religiöser gleichzusetzen. Religiöse Autorität wurde theoretisch einem breiten Spektrum zugänglich gemacht: „Die Qualifikationen, die religiös-politische Autorität legitimiert hatten, wurden herabgesetzt.“²⁵³ Schon während dieser Zeit stellte sich eine zaiditische Opposition dem traditionalistischen Trend entgegen. Schon während der Zeit Shawkanis ist es möglich, sich „religiös-geschichtlich aber nicht zwangsläufig auch politisch über die Zaidiya zu definieren“.²⁵⁴

Im Jahr 1962 endete mit der Revolution die Herrschaft zaiditischer Imame. Die vorherrschende Denkrichtung war von dem traditionalistischen Denken al-Shawkanis geprägt. Ein Großteil der politisch aktiven regierungsnahen Jemeniten, so auch Präsident Salih, gehört zu einer Art kultur-geschichtlichen Zaidiya.²⁵⁵ Einige zaiditische Gelehrte zogen es vor, ihr Leben dem Studium und der Lehre in einer der Gelehrtenklaven zu widmen. Sie fürchteten die Korruption der zaiditischen Lehre durch politische Machtkämpfe und emigrierten. Sie stellen sich gegen die ethische Pflicht der Gelehrten, in „Gesellschaft und Regierung nach Kräften das Gute zu gebieten und das Böse zu verbieten“²⁵⁶ („al-amr bi-l-ma’aruf aw-l-nahi min al-munkar“).

Die Vereinigung des Nord- und Südjemens hatte eine politische Öffnung zur Folge: Seither konnten Zaiditen auch im Rahmen der demokratischen Republik, in unabhängigen politischen Gruppierungen aktiv sein. Obwohl ein religiös-politisches Oberhaupt fehlte, konnten die zaiditischen Gelehrten auf aktuelle politische Ereignisse reagieren. Anders als vor der Vereinigung 1990 waren Zaiditen in der politischen und gesellschaftlichen Ausgestaltung ihrer Rechtsschule relativ frei. Die zurückgezogenen Gelehrten der 1980iger Jahre (mit Betonung auf die kulturelle und religiöse Lehre des zaiditischen Islams) trafen auf die geöffnete Interpretation zaiditischer Parteipolitik. An der Parteigründung der *Gläubigen Jugend* („Schabab al-Mu’min“) waren regierungsferne *ulama* ebenso beteiligt wie zaiditische Parlamentarier. Die *Schabab al-Mu’min* wurde als Organ der *Hizb al-Haqq* Partei gegründet, um vor allem die Jugend, insbesondere im Nordjemen, mit religiöser sowie kultureller Bildung auszustatten. Speziell in den stark vernachlässigten Regionen Saada, Hadscha, Amran und Al-Dschawf schien dies notwendig: Staatliche Bildung und Infrastruktur waren infolge des langen Widerstandes dortiger Stammesverbände gegen republikanische Truppen nach 1962 stark

²⁵² Vgl. Ebd., S. 10.

²⁵³ Potték (2010), S. 10.

²⁵⁴ Ebd., S. 10.

²⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 10.

²⁵⁶ Ebd., S. 10.

vernachlässigt worden. Andererseits wurden mit Ödollars finanzierte wahabitische Bildungsinitiativen hier als besonders bedrohlich eingeschätzt.²⁵⁷

Die Klerikerfamilie *al-Huthi* im Nordjemen gehört nicht zu der *Gläubigen Jugend* – auch wenn viele Mitglieder beider Organisationen sind. Eine weitere Unterscheidung soll an dieser Stelle kurz erklärt werden: Die Richtungen *Jarudiyya* und *Batriyya*. *Jarudiyya* gilt als extreme Zaidiya, die unter anderem die ersten drei Kalifen nicht anerkennt und das Imamamt als auf göttlichem Recht basierende Institution versteht. Die Gesellschaft hat hier keine Mitentscheidungsrechte. Dem gegenüber steht *Batriyya*, zu der sich Muhammad Izzan zählt, der Mitgründer der *Shabab al-Mu'min*. *Batriyya* verankerte ihre Vorstellungen schon im Manifesto der *Hizb al-Haqq*: Alle vier Kalifen werden anerkannt (Abu Bakr, Umar, Uthman, Ali). Die Gesellschaft ist für politische Inhalte der Herrschaft, die sich allein durch Führungsqualitäten und nicht durch Abstammung legitimiert, die ausschlaggebende Instanz. Laut Izzan stehen die *al-Huthi* Familie den *Jarudiyya* nahe, weshalb er ihnen den Anspruch auf Vertretung zaiditischer Interessen abspricht. Die *al-Huthi* Familie und ihre Anhänger wiederum sehen Izzan als Verräter an Brüdern und der Rechtsschule. Die Differenzierung zwischen *Jarudiyya* und *Batriyya* ist jedoch für die Mehrheit der *ulama* hinfällig, weil sie primär politische Trends betrifft und nicht die Fundamente der zaiditischen Lehre.²⁵⁸

²⁵⁷ Vgl. Ebd., S. 11.

²⁵⁸ Vgl. Potttek (2010), S. 11.

3. Herausforderungen im Jemen

In diesem Kapitel werden aktuelle Herausforderungen und Destabilisierungsfaktoren im Jemen besprochen. Diese Abhandlung wird der Beantwortung der Forschungsfrage dienen. Schwerpunkt liegt auf jenen drei Gruppierungen, die aktuell die Stabilität Jemens bedrohen und die Souveränität des jemenitischen Gewaltmonopols zu unterminieren versuchen. Weitere Faktoren, wie etwa der gravierende Wassermangel im Jemen, werden nachfolgend überblicksmäßig diskutiert.

3.1 Unabhängigkeitsbestreben im Süden Jemens

Die Wurzeln des aktuellen Unabhängigkeitsbestrebens im Süden Jemens liegen in der Vereinigung des Landes selbst. Kernpunkt des Konflikts ist die fehlende Identifikation der südlichen Bewegung mit dem jemenitischen Staat. Wie Gudrun Harrer im Interview bemerkt, wurde es seit der Vereinigung verabsäumt, ein Nationalgefühl zu schaffen: „Das Nationalgefühl ist eben die Frage. Also wie gesagt, ich glaube schon, dass es bei den Sezessionisten bestimmt keines gibt. (...) Es ist auch typisch, dass die südliche Bewegung nicht einmal mehr den Namen ‚Jemen‘ behalten will, sondern sich ‚Südarabien‘ nennt. Diese Leute können mit dem Jemen nichts anfangen.“²⁵⁹

Verstärkt wurde die Unzufriedenheit der Jemeniten im Süden durch die wirtschaftliche Krise Anfang der 1990er Jahre. Doch nicht nur wirtschaftliche Gründe sind für die aktuelle Bewegung ausschlaggebend. Die unterschiedliche Geschichte macht ein Gemeinschaftsgefühl schwierig. Gudrun Harrer meint dazu: „Natürlich kommen auch noch tribale und kulturelle Grenzen hinzu, genauso wie unterschiedliche Vergangenheiten. Die Briten und Aden: Bürgerlichkeit und dann der Sozialismus. Das sind halt auch kulturelle Grenzen zum Nordjemen. Und das betonen sie auch ganz stark.“²⁶⁰

Historisch war der Jemen selten unter gemeinsame Herrschaft gestellt. Die Teilung zwischen Nord- und Südjemen entstand aus einem Vertrag zwischen den Briten und Osmanen, die sich so auf die Grenzen ihrer Protektorate einigten. Nachdem nach Ende des Ersten Weltkrieges ein Zaidit die Herrschaft von den Osmanen übernommen hatte,

²⁵⁹ Siehe Interview Harrer.

²⁶⁰ Siehe Interview Harrer.

begannen schafiitische Nordjemeniten Allianzen mit britischen Besatzern zu schließen, da sie die Autorität des Imams nicht anerkannten.²⁶¹ Im Norden unterdrückten zaiditische Imame die Bevölkerung und hielten sie isoliert in den Bergdörfern. Im Süden hingegen herrschte die britische Besatzung und nutzte den Hafen von Aden, um in nahe liegenden Regionen traditionelle Führer zu überwachen. Diese relativ stabile Situation wurde im Jahr 1962 durch einen coup d'état seitens pro-Nasser Anhängern unterbrochen. Die Folge war ein bis 1967 andauernder Bürgerkrieg. Im Jahr 1967 erhielt der Südjemen seine Unabhängigkeit. Die darauf folgenden Jahre²⁶² waren geprägt von Macht- und Grenzstreitigkeiten, der letztendlichen Stärkung des Nordjemens durch Ölfunde sowie innerpolitischen Streitigkeiten im Südjemen.²⁶³

Im Jahr 1990 erfolgte die Vereinigung Jemens mit dem Versuch durch *power sharing* nord- und südjemenitische Offiziere gleichermaßen in den Machtapparat einzubinden. Da die Bevölkerung des Nordjemens jene des Südjemens zahlenmäßig um das Vier- bis Fünffache übertrifft, wurde Sanaa als Hauptstadt ausgewählt. Salih wurde als Präsident bestimmt, während al-Beidh von der *JSP* das Amt des Vizepräsidenten stellte. Obwohl viele Posten relativ ausgewogen mit Nord- und Südjemeniten besetzt wurden, hatte Salih bei wichtigen politischen Beschlüssen Hauptentscheidungskraft.²⁶⁴ Trotz dieser Bemühungen, politische Ämter relativ ausgewogen zu besetzen, fand in der Realität eine Vereinigung nie statt.

„Northern and southern officials occupied rival floors of ministry buildings. Al-Beidh appointed a close associate to be oil minister, but oil revenues were controlled at the ministry of finance, where Saleh's minister kept the upper hand. The two armed forces were not integrated, or placed under a single command, although a few units on each side were moved across the border.“²⁶⁵

Diese Tatsache fand im Bürgerkrieg von 1994 ihren Höhepunkt. Der Konflikt wird nachfolgend genauer diskutiert. Im Jahr 1993 kam es zunächst zu Parlamentswahlen, die der *Allgemeine Volkskongress* mit 40% aller Sitze im Parlament für sich entscheiden konnte. Die *JSP* erreichte 19% der Sitze, während die *Islah* Partei 21% der Sitze für sich

²⁶¹ Vgl. Day (2010), S. 2.

²⁶² Für einen genauen geschichtlichen Ablauf siehe Kapitel 2.1. „Geschichte des modernen Jemen“.

²⁶³ Vgl. Day (2010), S. 4.

²⁶⁴ Vgl. Ebd., S. 4.

²⁶⁵ Ebd., S. 4.

beanspruchen konnte. Demnach musste die *JSP* ihren Status als gleichwertige Partei neben dem *Volkskongress* aufgeben. Anstatt in Opposition zu gehen, entschied sich die *JSP* dafür, eine Koalition mit dem Volkskongress und der *Islah* Partei einzugehen. Eine Oppositionsrolle hätte für die *JSP* den Verlust wichtiger staatlicher Posten bedeutet.²⁶⁶

So waren nach den Parlamentswahlen im Jahr 1993 im Wesentlichen dieselben Eliten an der Macht wie zuvor. Allerdings verschärfen sich Spannungen zwischen den Eliten in den darauffolgenden Monaten.²⁶⁷ Die *JSP* versuchte nach der Wahl weiterhin als gleichwertiger Partner zu regieren und schlug ein neues, föderalistisches System mit dezentralistischen Elementen vor. Nordjemenitische Machthaber beurteilten diesen Vorschlag als Komplott und Sezessionsbestrebung. Salih bestand auf eine Dreier-Koalition bestehend aus den Wahlgewinnern in der *Allgemeine Volkskongress* die Mehrheitsposition einnehmen sollte. Die *JSP* sträubte sich vehement gegen diesen Vorschlag und bestand darauf, wie bisher je 50% der Macht zwischen den beiden Parteien aufzuteilen. Diese Streitigkeiten resultierten im Bürgerkrieg des Jahres 1994. Nach drei Wochen, in denen schwere militärische Geschütze aufgefahren wurden, erklärte al-Beidh formal die Sezession. Das schwere Gefecht hielt bis zum 7. Juli 1994 an, als Präsident Salihs Truppen nach Aden einmarschierten und al-Beidh und seine Anhänger aus dem Land flüchteten.²⁶⁸

Noch heute wird al-Beidh bei Anhängern der südlichen Bewegung als Held gefeiert. Obwohl Salih kurz nach dem Konflikt eine generelle Amnesie versprach, wurden al-Beidh sowie Dutzende seiner Anhänger de facto in Abwesenheit wegen Verrat zum Tode verurteilt. Die Strafen wurden später jedoch fallengelassen. Um die Gunst der Südjemeniten zu gewinnen, versprach Salih zukünftig Wahlen von Gouverneuren zuzulassen, die in den jeweiligen Regionen politische Macht übernehmen sollten. Tatsächlich war dies jedoch – wie viele andere Initiativen Salihs nach dem Krieg – ein Versuch, die Macht in seinen Händen zu konzentrieren. Auf Regierungsebene verteilte Salih einige symbolische Posten an Südjemeniten, de facto jedoch sollten nordjemenitische Beamte Salihs Macht sichern und unabhängige Autorität verhindern.²⁶⁹

In den Wochen nach dem Bürgerkrieg zogen viele Nordjemeniten in den Süden des Landes. Häuser der geflohenen Beidh Anhänger wurden besetzt und man versuchte, Profit aus der Niederlage der *JSP* Offiziere zu schlagen. Einige Südjemeniten sprachen von einer Kolonialisierung vonseiten des Nordens und es herrschte die weit verbreitete

²⁶⁶ Vgl. Glosemeyer (2001), S. 96.

²⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 97.

²⁶⁸ Vgl. Day (2010), S. 5.

²⁶⁹ Vgl. Ebd., S. 6.

Annahme, dass sich die Familie Salihs und sein Stamm mit Ressourcen des Südens bereicherten.²⁷⁰ Tatsächlich besitzt der Südjemen, obwohl er weit weniger dicht besiedelt ist als der Nordjemen, fast zweimal so viele Ressourcen. Dieses Gefühl der Ausbeutung spielt auch in der heutigen Bewegung eine wichtige Rolle:

„After unification Yemen’s largest oilfield was discovered in Hadramaut province near Ali Salem al-Beidh’s home; crude oil production began at al-Maseela field in July 1993. This elevated tensions prior to the 1994 war, and the continued exploitation of southern oil fields remains a source of grievance today. Southerners feel that the wealth generated from their lands is disproportionately distributed to President Saleh’s northern military and security forces that are repressing the southern people.“²⁷¹

Eine gängige Aussage ist, der Norden des Landes habe den Süden wie eine Kriegsbeute behandelt. Nicht nur Plünderungen vonseiten des Nordens sind damit gemeint, sondern vor allem der „Raub von Boden“.²⁷² Genauer gesagt bezieht sich der Vorwurf auf umfangreiche Veränderungen was Besitz von Grundstücken und Immobilien anbelangt.²⁷³ Noch heute wird die Vereinigung Nord- und Südjemens im Süden des Landes als feindliche Übernahme durch Sanaa gesehen. Gudrun Harrer bestätigt dies im Interview und meint: „Teile des Südens haben nicht mal das Gefühl zum Jemen zu gehören! Sie reden auch von jemenitischer ‚Besatzung‘ und vergleichen das auch mit der israelischen Besatzung in Palästina oder dem Irak und Kuwait.“²⁷⁴ Heutige Argumentationen und Slogans beziehen sich häufig auf die militärische Eroberung des Südens durch die nordjemenitischen Truppen im Jahr 1994: Der Süden sieht sich als Opfer einer nordjemenitischen Besatzungsmacht.²⁷⁵

Die Nutzung der Ölfelder und die de facto Nichtbeteiligung an den Öleinnahmen schmerzt viele Jemeniten besonders.²⁷⁶ Vor allem infolge des Bürgerkrieges und der Entlassungen des südjemenitischen Personals aus öffentlichem Dienst, Sicherheitsbehörden und Armee²⁷⁷ sowie durch die Nutzung von Ölfeldern im Südjemen verstärkte sich das Ungerechtigkeitsempfinden der Südjemeniten. Mittlerweile ist die *Sozialistische Partei*

²⁷⁰ Vgl. Rogler (2010), S. 26.

²⁷¹ Day (2010), S. 6.

²⁷² Rogler (2010), S. 26.

²⁷³ Vgl. Ebd., S. 26.

²⁷⁴ Siehe Interview Harrer.

²⁷⁵ Vgl. Rogler (2010), S. 26.

²⁷⁶ Vgl. Steinberg (2010), S. 3.

²⁷⁷ Vgl. Ebd., S. 3.

stark geschwächt. Südjemeniten klagen insbesondere darüber, dass sie von dem Patronagesystem des Regimes Salih ausgeschlossen seien, was eine prekäre wirtschaftliche Situation zur Folge hat. Wie bereits erwähnt, ist die Arbeitslosigkeit im Jemen erschreckend hoch. Im Südjemen ist sie jedoch noch höher als im Norden des Landes. Des Weiteren vernachlässigt Präsident Salih seit Jahren die Infrastruktur im Süden des Landes.²⁷⁸

Erste Demonstrationen im Jahr 2007 leiteten den Weg zum verstärkten Protest gegen das Salih System ein. Salih ging und geht weiterhin mit menschenrechtswidrigen Mitteln gegen die Proteste vor. Immer wieder berichten Menschenrechtsorganisationen von Folter und willkürlichen Verhaftungen, was den Unmut aufseiten der Demonstranten verschärft. Die Bewegung selbst besteht aus mehreren Kräften und Parteien. Sozialisten – nicht Islamisten – sind hierbei tonangebend.²⁷⁹

In einer Untersuchung²⁸⁰ konnten folgende sieben Gruppen identifiziert werden, die sich an der Bewegung des Südens beteiligen,

- „The Higher National Forum for the Independence of the South“
(präsent in Schabwa und ad Dali, einige Aktivitäten in Abyan und Hadramaut)
- „The Higher National Council for the Liberation of the South“
(präsent in Lahidsch und ad Dali, einige Aktivitäten in Hadramaut und Abyan)
- „Movement of the Southern Peaceful Struggle“ - „Success“
(tätig hauptsächlich in ad Dali, Lahidsch und Abyan)
- „Union of the Southern Youth“
(in Abyan, Lahidsch, ad Dali, Hadramaut; besitzt Verbindungen zur TAJJ Bewegung in London)
- „The National Forum for the Southern Peaceful Struggle“
(hat eine kleine Präsenz in Schabwa und Verbindungen zur TAJJ Bewegung in London)
- „Council for Leading the Peaceful Revolution“

²⁷⁸ Vgl. Steinberg (2010), S. 3.

²⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 3.

²⁸⁰ Siehe Stracke/ Haidar (2010).

(hauptsächlich in Abyan tätig)

- „Council of the Peaceful Movement to Liberate the South“
(soll die Bewegung des Südens unter einer Führung vereinen, war jedoch bisher eher inaktiv)²⁸¹

Die Schwäche der *Bewegung des Südens* besteht sicher in der Vielfalt und unterschiedlichen Anliegen der Gruppen. Es gibt keinen zentralen Rat, der eine gemeinsame Agenda etabliert sowie Aktivitäten koordiniert. Die meisten der Gruppen sind in separatistische Aktivitäten verwickelt, arbeiten aber unabhängig oder sogar im Wettkampf miteinander. Die Bewegung ist äußerst heterogen und politische Agenden variieren, aber auch politische Ideologien sind vielfältig. Es gibt sowohl einige ehemalige Sozialisten und Militäroffiziere, als auch von religiösen und tribalen Strukturen geprägte Gruppen, die sich vor allem in Abyan finden.²⁸² Die Bewegung bleibt also bis heute dezentralisiert. Dennoch ist seit 2008 eine zunehmend ähnliche Rhetorik spürbar. So sprechen Mitglieder der Bewegung immer häufiger von einer *Besatzung*.²⁸³

Kurz nach Aufkommen der Bewegung setzten sich ältere Mitglieder dafür ein, einen gewaltsamen Protest zu vermeiden und auf Waffen zu verzichten. Dies war und ist den Mitgliedern bis heute insofern wichtig, da man sich gegenüber den Jihadisten von al-Qaida oder den *al-Huthi* Rebellen abgrenzen möchte. Gudrun Harrer meint im Interview dazu: „Die haben auch selbst Angst, dass sie unter al-Qaida laufen. Sie müssen sich abgrenzen. Und sie versuchen zu zeigen, dass sie eben dem Westen gegenüber freundlich gesinnt sind. Es gibt da so absurde Bilder, wo sie sich mit amerikanischer Flagge abbilden und die Hymne singen.“²⁸⁴

Eine erste Forderung der Bewegung war nach mehr Rechten und politischer Macht für die Gouvernorate. Allerdings zeigen Tendenzen seit Ende 2008 radikalere Forderungen: So sieht man in Protesten heute zumeist Slogans mit „southern independence“ und „secession“. Bei Demonstrationen im Jahr 2009 wurde von Demonstranten die alte Flagge des früheren Südjemens geschwungen, der seit 1994 nicht mehr existiert.²⁸⁵ Eine große Rolle spielte Scheich Tareq al-Fadhli, der in den 1990er Jahren noch Präsident Salih unterstützte, jedoch im Jahr 2009 seine Unterstützung für die *Bewegung des Südens* demonstrierte. Daraufhin erklärte auch al-Qaidas Führer im Jemen, Nasser al-Wahayshi,

²⁸¹ Vgl. Stracke/Haidar (2010), S. 2f.

²⁸² Vgl. Ebd., S. 4.

²⁸³ Vgl. Rogler (2010), S. 26.

²⁸⁴ Siehe Interview Harrer.

²⁸⁵ Vgl. Day (2010), S. 9.

seine Unterstützung für die Bewegung. Al-Fadhli änderte den Charakter der *Bewegung des Südens* insofern, als dass fortan ein militärischer Aspekt nicht mehr ausgeschlossen wurde und die Bewegung einen kriegereischeren Touch annahm. Während die Anfänge der *Bewegung des Südens* noch den gewaltfreien Aspekt betonten, tauchte al-Fadhli bei Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen stets mit Pistole und schwer bewaffneten Bodyguards auf. Verbindungen zu al-Qaida wurden von al-Fadhli stets abgestritten²⁸⁶. Day meint in seiner Untersuchung dazu:

„In any case, al-Fadhli is suspected of helping bin Laden and al-Qaeda at a time when he was President Saleh’s ally against the regime’s opponents in the South. Inside Yemen’s regime, General Ali Mohsin al-Ahmar and other key northern figures have as many past ties to religious extremism and terrorism as al-Fadhli.“²⁸⁷

Obwohl die *Bewegung des Südens* sich immer wieder gegen den Vorwurf, Verbindungen zu al-Qaida zu haben, wehrt, ist eine konkrete Antwort auf die Frage nach der Beziehung zwischen beiden Gruppen schwierig. So meint Gudrun Harrer dazu:

„Aber ja, mit al-Qaida ist es da schon etwas komplizierter, weil von der Bevölkerung des Südjemens werden Angriffe auf al-Qaida Camps und Mitglieder die normale Südjemeniten sind, schon als Angriffe gegen einen selbst empfunden. Vor ein paar Monaten gab es Unruhen, weil die Regierung ein mutmaßliches al-Qaida Mitglied verfolgte usw. Es gibt hier also einen Widerspruch. Einerseits empfinden sie al-Qaida Mitglieder als die ihrigen, andererseits will die südarabische Bewegung gar nichts mit al-Qaida zu tun haben. Es ist nicht ganz klar.“²⁸⁸

Andererseits meint Harrer weiters, es seien von ideologischer Seite beide Gruppierungen sehr unterschiedlich. So laufe al-Qaida der sozialistische Gedanke der Bewegung sowie die Sezessionsbestrebung sehr zuwider. Gerne propagiert al-Qaida die *umma*, also die weltweite Gemeinschaft der Muslime. Zuviel Einfluss von al-Qaida wird wiederum wegen eigener Stammesinteressen von südjemenitischer Seite abgelehnt. Harrer vergleicht dies mit der al-Qaida Präsenz im Irak, wo die Gruppierung sich sogar in

²⁸⁶ Vgl. Day (2010), S. 10.

²⁸⁷ Ebd., S. 10.

²⁸⁸ Siehe Interview Harrer.

Heiratsangelegenheiten innerhalb der Stämme einmischte. Daraufhin mehrten sich Proteste gegen al-Qaida im Irak. Obwohl also die Lage hier nicht so klar ist, wie bei der *al-Huthi* Gruppierung, meint Harrer, „diese politische südliche Bewegung möchte ich jedoch vom al-Qaida Vorwurf entlasten.“²⁸⁹

Zurückkehrend zu der Person al-Fadhli kann man sagen, dass die Gruppierung *Council for Leading the Peaceful Revolution* unter seiner Führung sowie *The success movement* die erfolgreichsten Gruppierungen sind. Allgemein zeigt sich seit dem Jahr 2008 ein verstärkter Zulauf. Aktivitäten der Bewegung nahmen zu und wurden über Gouvernorate und Distrikte ausgeweitet.²⁹⁰

Die jemenitische Regierung unternahm einige Maßnahmen, um den Konflikt im Südjemen zu lösen. Die Initiativen begannen kurz nach den ersten Protesten im Jahr 2007, angeführt von ehemaligen Offizieren, die eine Wiedereingliederung in die staatlichen Streitkräfte forderten. Des Weiteren versuchte die jemenitische Regierung einen Dialog mit der *Bewegung des Südens* zu eröffnen und demonstrierte, dass sie Lösungen für die Anliegen suchte, indem sie eine Liste mit Forderungen vonseiten der Bewegung erbat. Dabei handelte es sich zumeist um Gleichberechtigung, insbesondere bei nationalen Entwicklungsprojekten und Regierungsjobs. In Interviews mit lokalen Aktivisten gelang es Stracke und Haidar folgende Hauptanliegen der Bewegung herauszufiltern: höhere Beteiligung an Ölgewinnen, mehr Stellen in Ölfirmen für Südjemeniten, mehr Stellen für ausgebildete Südjemeniten in Bereichen der Regierung, verbesserte Infrastruktur in südlichen Gouvernoraten (insbesondere das Bauen von Schulen, Universitäten und Krankenhäusern).²⁹¹ Die meisten Jemeniten zweifeln jedoch daran, dass Präsident Salih und sein Regierungstab auf die lokalen Bedürfnisse und Forderungen im Süden ausreichend reagieren werden. „Eine Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Realität wird nicht mehr durch Reformen der aktuellen politischen Verhältnisse im Einheitsstaat erwartet, sondern durch die Loslösung der südlichen Regionen und deren eigenständiger Entwicklung.“²⁹²

Die jemenitische Regierung wurde mehrmals beschuldigt, unverhältnismäßig scharf mit den Mitgliedern der Bewegung umzugehen. Die Sperre von Internet und Handys sowie die Verhaftung von Journalisten, Universitätsprofessoren und den Anführern der

²⁸⁹ Siehe Interview Harrer.

²⁹⁰ Vgl. Stracke/Haidar (2010), S. 4.

²⁹¹ Vgl. Ebd., S. 8.

²⁹² Rogler (2010), S. 27.

Bewegung gehören zu gängigen Maßnahmen der Regierung.²⁹³ Nicht nur aus politischen, sondern schlicht aus wirtschaftlichen Gründen geht das Regime mit solch harten Mitteln gegen die Bewegung vor: Immerhin kommen Staatseinnahmen zum größten Teil aus Erdölexporten. Diese Ölvorkommen findet man wiederum zum Großteil in den südlichen Gouvernoraten Schabwa und Hadramaut. Genau diese Tatsache schürt zwar das Selbstbewusstsein des Südjemens, auch ohne den Norden überleben zu können und durchaus wirtschaftlich lebensfähig zu sein, andererseits wirft das die Frage nach einer gerechten Verteilung zwischen Gruppen und Regionen im potentiell neuen Staat auf.²⁹⁴

Die Zukunft des Südjemens ist ungewiss. Der drohende Wassermangel und eine sinkende Erdölproduktion werden wohl die wirtschaftliche Not noch verschlimmern und Proteste werden sich zwangsläufig mehren. Die *Bewegung des Südens* „hat also sicher noch eine Zukunft vor sich.“²⁹⁵

3.2 Al-Huthi Rebellen im Norden Jemens

Nicht nur gegen Separationsbestrebungen im Süden versucht Präsident Salih aktuell mit allen Mitteln anzukämpfen: Seit dem Jahr 2004 liefern sich Streitkräfte Präsident Salih's einen verdeckten Krieg mit *Huthi*-Rebellen im Norden des Landes. Wie bereits weiter oben erwähnt, sind die *al-Huthis* ein zaiditischer Clan, der seine Hochburg in der nordwestlichen Grenzprovinz Saada hat. Anführer der Gruppe war zunächst der ehemalige Parlamentsabgeordnete Hussein al-Huthi. Nach seinem Tod im Jahr 2004 ging das Kommando an seinen jüngeren Bruder Abdulmalik. Obwohl ein Waffenstillstand zum Greifen nahe schien, brachen Mitte August 2009 die Kämpfe erneut aus.²⁹⁶

Bei dem Konflikt handelt es sich sowohl um einen religiösen, als auch politischen und wirtschaftlichen Krieg. „Neben dem Machtkonflikt, der mit der Revolution einher ging, ist es auch typisch, dass dies ein Konflikt zwischen Zentrum und vernachlässigter Peripherie ist. Manche sagen es ist ein konfessioneller Konflikt, andre sagen überhaupt nicht. Die Wahrheit ist, dass beides stimmt. Der Konflikt hat auch eine konfessionelle Note.“²⁹⁷ Die Gründe für den mittlerweile seit Jahren andauernden Krieg sind also nicht auf einen Aspekt reduzierbar und müssen in der Geschichte gesucht werden. Viele Facetten des

²⁹³ Vgl. Stracke/Haidar (2010), S. 8.

²⁹⁴ Rogler (2010), S. 29.

²⁹⁵ Ebd., S. 29.

²⁹⁶ Vgl. Bernin (2009), o.S.

²⁹⁷ Siehe Interview Harrer.

Konflikts reichen gar bis ins 9. Jahrhundert zurück.²⁹⁸

Wie bereits erwähnt, spielten die *sada* (Haschemiten) eine Kernrolle in der Geschichte des Landes. Ein Jahrtausend lang dominierten sie (bis zur Revolution im Jahr 1962) sowohl den religiösen als auch den politischen Bereich des zaiditischen Staatswesens („*dawla*“). Sie waren die politische Elite und schufen in den umliegenden Stammesterritorien Enklaven der *sada*. Dies geschah durch die Institution der Gelehrtenhöfe („*hijra*“), die in Zeiten politischer Schwäche unterstützend wirkten. Obwohl nicht alle Sheiks die Enklaven der *sada* auf ihrem Gebiet duldeten, akzeptierten sie meistens nach schweren Blutfehden die Entscheidungen der *sada*, die auf der Grundlage des zaiditischen Rechts gesprochen wurden.²⁹⁹ Ein Ende fand dieses Regime im Jahr 1962 bzw. im darauffolgenden Bürgerkrieg, der acht Jahre lang geführt wurde. Der Konflikt, der heute in Saada stattfindet, ist, so Brandt,

*„die Erweiterung eines politischen Prozesses, der mit der Revolution begann und zum Niedergang der sozialen Gruppe der Sada führte. Seit der Gründung der sunnitisch dominierten Republik Jemen ist die politische und gesellschaftliche Rolle der einstmalig regierenden schiitischen Elite marginalisiert.“*³⁰⁰

Heutzutage wird die einst herrschende Elite als rückständig und weltfremd betrachtet. Die *sada* ihrerseits emigrierte ins Ausland, versuchte sich mit der Republik zu arrangieren oder zog sich in Gelehrtenenklaven zurück. Die Provinz Saada wurde wesentlich später als andere Regionen Jemens von Entwicklungsvorhaben erfasst bzw. in die westliche Marktwirtschaft eingebunden. Die Region bekam den Ruf der Unregierbarkeit und Unbotmäßigkeit.³⁰¹

In den 1980er Jahren mehrten sich religiöse Spannungen, als sich salafistische Koranschulen im Jemen ausbreiteten. Diese von Saudi-Arabien finanzierten Lehrer verbreiteten anti-zaiditische Lehren, die auf Grund ihrer anti-hereditären Doktrin insbesondere junge Jemeniten anzog, die bis dato von einer religiösen Laufbahn ausgeschlossen waren. Die jemenitische Regierung selbst ließ die salafistischen Prediger gewähren, was zu einem heftigen Konkurrenzkampf führte.³⁰²

Schon seit der Vereinigung im Jahr 1990 versuchten Zaiditen ihre Marginalisierung mit der Gründung der Partei *Hizb al-haqq* aufzuhalten. Die Partei diente quasi als Sammelbecken

²⁹⁸ Vgl. Brandt (2010), S. 13.

²⁹⁹ Vgl. Brandt (2010), S. 13.

³⁰⁰ Ebd., S. 13.

³⁰¹ Vgl. Ebd., S. 13.

³⁰² Vgl. Ebd., S. 14.

der Interessen der *sada*. Hussein al-Huthi wurde 1993 bei den ersten Parteiwahlen Parlamentsmitglied. Zunächst wurde auf das wichtige zaiditische Credo *khuruj* verzichtet: *Khuruj* bedeutet, dass nur ein Staatsführer aus Reihen der *sada* legitimiert ist, Macht zu beanspruchen. Hussein al-Huthi vertrat zu Beginn den Glauben, dass *khuruj* mittels demokratischer Parteien realisierbar wäre. Später änderte er seine Meinung und gründete den Flügel *Gläubige Jugend (ash-shabab al-mu'min)*. Diese Gruppe setzte sich vor allem aus politisch Enttäuschten, Arbeitslosen und *sada* zusammen. Hauptkritikpunkte waren der prowestliche Kurs von Präsident Salih, die wirtschaftliche Vernachlässigung der Region sowie die Auflösung der zaiditischen Identität und Marginalisierung der Zaiditen. Bis zum Jahr 2004 waren von der *Gläubigen Jugend* hauptsächlich Demonstrationen zu bemerken. Zu den Slogans gehörten: „Gott ist groß! Tod Amerika! Tod Israel! Fluch über die Juden!“ („*Allahu akbar! Al-mawt li-amrika! Al-mawt li-isra'il! Al-la'na 'ala al-jahud!*“)³⁰³ Im Jahr 2004 begannen vonseiten der *Gläubigen Jugend* gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht. Insgesamt sechs Kriegsrunden fanden seither statt, in denen ein Transformationsprozess spürbar wurde. Heute nennt sich die *al-Huthi* Gruppe – wie bereits in einem vorigen Kapitel erwähnt – *ansar allah*.³⁰⁴ Die Regierung in Sanaa unterstellt den *al-Huthi* Rebellen, dass sie eine Wiederherstellung des Imamats vor 1962 anstreben und dabei vom Iran unterstützt werden. *Al-Huthi* Anhänger hingegen stritten diesen Vorwurf stets ab. Sanaa nutzt die Vorwürfe hinsichtlich der Unterstützung des Irans gezielt, um Saudi-Arabien auf seine Seite zu ziehen.³⁰⁵ Gudrun Harrer meint im Interview hierzu:

„Bezüglich der Rolle des Iran: Es ist schwer zu sagen, aber unterstützt werden die Huthis schon vom Iran. Man weiß nicht, ob sie tatsächlich Waffen bekommen. Sie sehen aber die Huthis schon als die ihren an. Ohne Zweifel aber hat es eine Note ‚proxy war‘ zwischen Saudi-Arabien und Iran. Der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran kommt immer stärker hervor. Eigentlich eine typische Kalte Kriegssituation. Natürlich wurden die Saudis wahnsinnig nervös, einerseits wegen al-Qaida (die sich in Flüchtlingslager festnagt) und andererseits schrieben Saudis Zeitungen ganz stark, dass der Iran mitreinspielt. Oft wird auch gesagt, und das ist gar nicht so abwegig, dass der Iran sich so eine Art Hisbollah auf der arabischen Halbinsel schafft – so

³⁰³ Vgl. Brandt (2010), S. 14.

³⁰⁴ Vgl. Ebd., S. 14.

³⁰⁵ Vgl. Bernin (2009), o.S.

*eine kleine Störgruppe.*³⁰⁶

Es ist also schwer festzunageln, ob der Iran – insbesondere was die Unterstützung der Rebellen mit Waffen anbelangt – tatsächlich eine Rolle spielt. Beweise gibt es bis dato nicht. Die Regierung selbst tut den Konflikt gerne als ideologischen Kampf zwischen der Republik und einer extremistischen Sekte ab. *Huthis* ihrerseits sprechen vom Widerstand einer religiösen Minderheit gegenüber staatlicher Unterdrückung.³⁰⁷ Vor allem die Toleranz der salafistischen Prediger durch die jemenitische Regierung wird angeprangert. In einem Interview meint Yahya al-Huthi, Vertreter der nordjemenitischen Rebellen in Deutschland:

*„Wir wehren uns gegen diese Missionierung, schon von Anfang an. Wir können nicht zulassen, dass unser zayditischer Glaube mit Billigung der Regierung unterdrückt wird. Die Saudis wollen unsere Schulen schließen, unsere Bücher verbannen und unsere Moscheen übernehmen. (...) Wir wollen kein Imamamt mehr, die Zeiten sind vorbei.“*³⁰⁸

So prallen zwei Fronten mit gegenseitigen Beschuldigungen aufeinander. Einige Faktoren verhinderten eine Lösung des Konflikts bis heute – trotz Waffenstillstand und verschiedener Vermittlungsversuche. Zunächst spielen auch in diesem Konflikt wirtschaftliche Interessen eine Rolle. Der Schmuggel von Dieselkraftstoff und Waffen über die Grenze nach Saudi-Arabien, ebenso wie von der Küste des Roten Meeres Richtung Horn von Afrika, stellen ein lukratives und profitables Geschäft dar. Einige der Offiziere können Waffen aus Beständen der Armee entnehmen und sie danach verkaufen. Zum Teil gehen diese ins Ausland, zum Teil über Zwischenhändler an Rebellen.³⁰⁹ Ein weiterer Grund sind Nachfolgestreitigkeiten innerhalb des Regimes. Der Sohn des Präsidenten Ahmed Ali Salih, Befehlshaber der Republikanischen Garde und der Sondereinsatztruppen, muss sich gegen einige Rivalen aus der Armee beweisen. So könnte Saada zum „Schauplatz eines Auftragskriegs werden, in dem rivalisierende Clans zum einen wirtschaftliche Ressourcen erobern, zum anderen ihre militärische Effizienz demonstrieren wollen.“³¹⁰ Des Weiteren spielen auch Stammesführer eine Rolle in der Fortsetzung des Konflikts. Sowohl *al-Huthi* Rebellen als auch die Regierung versuchte, Milizen für ihre Zwecke zu rekrutieren. Dies setzte erneut eine Gewaltwelle in Gang:

³⁰⁶ Siehe Interview Harrer.

³⁰⁷ Vgl. Bernin (2009), o.S.

³⁰⁸ Heymach (2009), o.S.

³⁰⁹ Vgl. Bernin (2009), o.S.

³¹⁰ Ebd., o.S.

Rache- und Vergeltungsaktionen aus Stammesloyalitäten verselbstständigten sich. So versprach die Regierung im Jahr 2009, Gelder für den Wiederaufbau bereitzustellen, wogegen sich jedoch einige Stämme sperrten, die einige Monate zuvor noch für die Armee tätig waren. Sie wollten keinen Kompromiss mit den *Huthisten* eingehen, nahmen Touristen als Geiseln und errichteten Straßensperren, um die Regierung unter Druck zu setzen.³¹¹

Diese Tribalisierung des Konflikts schaffte eine neue/alte Rivalität zwischen den beiden großen Stammesverbänden im Norden, den *Haschid*, die auf der Seite der Regierung kämpfen, und zahlreichen Stämmen der *Bakil*, die die Rebellen unterstützen. Dies ist problematisch, da bei Angriff auf Stammessolidaritäten der Konflikt weiter eskalieren und auf die Provinzen al-Dschauf, Amran und Hadscha überschwappen könnte.³¹²

Vermittlungsbemühungen von regionalen Akteuren waren bisher wenig hilfreich, unterzeichnete Abkommen hatten nicht die erhoffte Wirkung. Katar zog sich nach einem Wiederaufflammen der Kämpfe zurück und widerrief sogar seine Zusage von finanzieller Hilfe für den Wiederaufbau in der Region Saada. Saudi-Arabiens Rolle ist umstritten. Einige Beobachter beschuldigten Saudi-Arabien, die Bemühungen Katars im Konflikt zu vermitteln, zu torpedieren, um die Rolle Katars in dem Land gering zu halten. Saudische Quellen berichten, dass Gelder sowohl an die jemenitische Regierung als auch an Stammesmilizen gehen, was natürlich zu einer Verlängerung des Konfliktes beiträgt. Die USA und die EU sind auf den Kampf gegen Terrorismus fixiert. Die verstärkten Bemühungen, Terrorismus insbesondere in Form von al-Qaida zu bekämpfen, nutzt Salih gezielt, um den Rebellen Beziehungen zu al-Qaida zu unterstellen.³¹³ Dies ist aufgrund der unterschiedlichen Glaubensrichtungen beider Parteien jedoch äußerst unglaubwürdig. Auch Harrer bekräftigt die Absurdität dieses Arguments mit den Worten:

„Da sieht man auch wieder wie unsinnig der Vorwurf der jemenitischen Regierung ist, dass al-Qaida gleich al-Huthi sind. In Wirklich ist al-Qaida nämlich strikt anti-Huthi und anti-schiitisch. Also das muss man wirklich trennen. Ich halte diesen Vorwurf der jemenitischen Regierung für absurd. Klar, dass sie das Interesse haben das zu sagen. Ich bilde mir ein, ich habe gelesen, dass sich al-Qaida dazu äußerte. Sie sind sowohl gegen die Apostaten in der Regierung, sind aber auch sehr gegen die Schiiten und ihre Ableger.“³¹⁴

³¹¹ Vgl. Bernin (2009), o.S.

³¹² Vgl. Ebd., o.S.

³¹³ Vgl. Ebd., o.S.

³¹⁴ Siehe Interview Harrer.

Fakt ist, dass die jemenitische Regierung bis dato keines der zentralen Anliegen der *Huthi* Rebellen erfüllen konnte, wie beispielsweise einen Stopp der Marginalisierung ihrer schiitisch-zaiditischen Identität. Sechs Jahre Krieg haben – ganz im Gegenteil – zu einer weiteren Entfremdung geführt. Die *sada*, die geschichtlich gesehen sich stets aus Konflikten heraushielten und denen eine besondere Fähigkeit zur Mediation und zur Koexistenz mit Andersdenkenden nachgesagt wurde, müssen nun eine weitere Beschädigung ihres Ansehens und ihrer Position hinnehmen. Natürlich trägt auf der anderen Seite der andauernde heftige Kampf im Norden zur weiteren Destabilisierung der jemenitischen Regierung bei. Neben al-Qaida und den Sezessionsbestrebungen im Süden des Landes, ist dies eine weitere ernste Herausforderung für Sanaa. Obwohl häufig von einem Stellvertreterkrieg zwischen Iran und Saudi-Arabien gesprochen wird, geht vom *al-Huthi* Konflikt bisher keine internationale Gefahr aus – im Gegensatz zu al-Qaida. Dennoch erschütterte der Saada Konflikt das politische, konfessionelle und soziale Gleichgewicht im Jemen.³¹⁵

Bisher forderte der Konflikt tausende Tote und zehntausende Flüchtlinge, die versuchen Schutz zu suchen. Der Flüchtlingsrat der Vereinten Nationen UNHCR schätzt, dass seit dem Ausbruch des Konflikts im Jahr 2004 rund 200.000 Menschen direkt betroffen sind.³¹⁶ Einzige Möglichkeit, den Konflikt in naher Zukunft zu lösen, ist wohl die Einbeziehung aller Positionen „in den nationalen Kontext des Jemen“.³¹⁷ So müssten die *Huthi* Rebellen auf ein gewaltloses Konzept des *khuruj* zurückgreifen, während sich die jemenitische Regierung im Gegenzug dazu bereit zeigen muss, die Zaidiya ins politische Leben einziehen zu lassen und ihnen eine Stimme geben.³¹⁸

3.3 Al-Qaida

Seit dem verhinderten Flugzeugattentat von Detroit im Jahr 2009 ist der Jemen als neuer Rückzugsort al-Qaidas ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit geraten, obgleich bis dato eher Staaten wie Pakistan, Somalia oder Afghanistan mit islamistischem Terror in Verbindung gebracht wurden. Islamistischer Terrorismus im Jemen ist spätestens seit diesem Ereignis das neue sicherheitspolitische Sorgenkind der Internationalen Gemeinschaft.

³¹⁵ Vgl. Brandt (2010), S.17.

³¹⁶ Vgl. UNHCR online (2010), o.S.

³¹⁷ Brandt (2010), S. 17.

³¹⁸ Vgl. Ebd., S. 17.

Bereits im Jahr 1993 bemerkte das amerikanische Außenministerium, dass der Jemen ein wichtiger Rückzugsort für ehemalige Kämpfer des Afghanistankrieges wurde. Islamismus und islamistische Tätigkeiten wurden vom Regime Salih damals gezielt genutzt, um innerstaatliche Gegner zu unterdrücken. Dies waren jene Islamisten, die die Regierung auch gegen südjemenitische Kräfte während des Bürgerkriegs unterstützten.³¹⁹

Tatsächlich spielten bereits während des Bürgerkriegs von 1994 bewaffnete Islamisten eine bedeutende Rolle. So kämpften sie auf der Seite des früheren Nordjemen, um die bewaffneten Kräfte des Südjemens zu besiegen. Da der frühere Südjemen als kommunistisch galt und von der damaligen Sowjetunion unterstützt wurde, schlugen sich die militanten Islamisten auf die Seite der Nationalisten. Sie siedelten sich in den darauf folgenden Jahren im Jemen an. Nach dem Bürgerkrieg nahmen die Islamisten die Rolle von Ordnungshütern ein, die auf strikte Kleidungsvorschriften bei Frauen achteten und auf die Einhaltung der Prohibition von Alkohol pochten. Gegebenenfalls wurde Gewalt angewendet.³²⁰

Ein wichtiger Faktor bei der Entstehung des islamistischen Terrors im Jemen ist das Ende der sowjetischen Besatzung in Afghanistan, als die jemenitische Regierung sich für die Aufnahme von Veteranen des Krieges anbot. Viele dieser arabischen Afghanen wurden vom Regime kooptiert und in den Sicherheitsapparat eingebunden.

Zudem sind die aktuellen Ereignisse islamistischen Terrors im Jemen ohne einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Islamismus im Land nicht erfassbar: In den 1990er Jahren begannen militante Islamisten im Jemen gewaltsame Anschläge durchzuführen, darunter auch Selbstmord- und Bombenanschläge.³²¹ Nach einigen Terroranschlägen im Jemen, wie beispielsweise die Anschläge auf das amerikanische Kriegsschiff *USS Cole* im Jahr 2000 oder den französischen Öltanker *MV Limburg*, schien sich die Situation zunächst zu beruhigen. Experten glauben, dass während dieser Zeit eine Art *Nichtangriffspakt* zwischen der jemenitischen Regierung und den Extremisten existierte. Gleichzeitig wurden aber verstärkte Maßnahmen vonseiten der USA und der jemenitischen Regierung unternommen, darunter auch militärische, um die Terroristen zu bekämpfen.³²² Mit Ende des Jahres 2003 sah es so aus, als wäre al-Qaida im Jemen besiegt. Grund zu dieser Annahme gaben die Tatsachen, dass die Anführer der Organisation fast ausschließlich bei Militärschlägen ermordet worden waren oder im Gefängnis saßen. Gleichzeitig war die Infrastruktur der Organisation fast vollständig

³¹⁹ Vgl. Boucek (2009), S. 12.

³²⁰ Vgl. Amnesty International (2010), S. 29.

³²¹ Vgl. Ebd., S. 39.

³²² Vgl. Boucek (2009), S. 12.

zerstört worden. Während des Jahres 2004 begannen sowohl die jemenitische als auch die US Regierung al-Qaida so zu behandeln, als wäre das Problem neutralisiert. Vor allem die jemenitische Regierung hatte eine neue Herausforderung, gegen die sie ankämpfen musste: Alle Anstrengungen wurden fortan unternommen, um den *al-Huthi* Aufstand im Norden des Landes zu bekämpfen. Zur selben Zeit schufen bittere wirtschaftliche Reformen weit verbreitete Proteste und Unzufriedenheit im Land. Auf der Seite der US Regierung gab es keine klar definierten Ziele im Jemen. Stattdessen waren vage Pläne George W. Bushs für einen neuen demokratischen Mittleren Osten Gegenstand der Agenda.³²³

In den folgenden Jahren jedoch sollte al-Qaida stärker als je zuvor die jemenitische Regierung in Bedrängnis bringen. Innerhalb der Islamisten kam es zu einem Generationswechsel, bei dem junge Extremisten durch ein weltweites sunnitisch-islamistisches Revival und der US Besetzung des Iraks radikalisiert wurden. Diese Generation war und ist nicht an Verhandlungen mit der – ihrer Meinung nach – unislamischen Regierung interessiert. Durch die Flucht einiger erfahrener und sehr gefährlicher Extremisten aus dem Gefängnis im Jahr 2006 fühlte sich diese junge Generation bestärkt, eine Serie von gewaltsamen Anschlägen durchzuführen.³²⁴ Bei der Gefängnisflucht im Jahr 2006 entkamen unter anderem Jamal Ahmad Badawi und Jaber al-Banna, die beide auf der *most wanted list* der USA stehen. Nicht diese beiden spielten jedoch zukünftig die treibende Kraft al-Qaidas: Nasser al-Wahishi und Qasim al-Raimi sollten fortan jene wichtigen und talentierten Anführer al-Qaidas sein, denen es gelang, sich Gehör bei den Jemeniten zu verschaffen. Einige Monate nach dem Ausbruch kam es zu einer Serie von Anschlägen auf Öl- und Gaseinrichtungen im Marib und Hadramaut.³²⁵ Nicht alle dieser Anschläge wurden von al-Qaida ausgeführt. Die genaue Einschätzung, welche Gruppe für welche Anschläge verantwortlich ist, bleibt auch heute schwierig. Fakt ist: Touristen wurden in Bombenattentaten in Marib im Jahr 2007 und in der Region Hadramaut in den Jahren 2008 und 2009 ermordet. Es folgten weitere Anschläge auf eine kanadische Ölfirma sowie auf die US Botschaft durch mehrere Autobomben und Amokschützen.³²⁶ Im Jahr 2008 empfahlen saudi-arabische al-Qaida Führer ihren Mitgliedern in den Jemen zu flüchten und sich der al-Qaida Organisation dort anzugliedern. Im Jahr 2009 verschmolzen die zwei Gruppen offiziell zu *AQAP – al-Qaida in the Arabian Peninsula* unter der Führung von Wahishi. Die Gruppe übernahm die

³²³ Vgl. Johnsen (2009), S. 4.

³²⁴ Vgl. Boucek (2009), S. 12f.

³²⁵ Vgl. Johnsen (2009), S. 5.

³²⁶ Vgl. Boucek (2009), S. 13.

Verantwortung für zahlreiche Anschläge seit dem Jahr 2006. Neben den bereits erwähnten Anschlägen war die Gruppe auch verantwortlich für Anschläge auf die italienische und britische Botschaft, einen Mordversuch am saudischen Prinzen Muhammad bin Nayef, Selbstmordanschläge auf Touristen und weiteren Bombenanschlägen auf Öleinrichtungen.³²⁷ Die prominentesten Terrorakte, die heute mit dem Jemen in Verbindung gebracht werden, sind das vereitelte Flugzeugattentat von Detroit im Jahr 2009, für das der Attentäter Umar Faruk Abdulmutallab im Jemen ausgebildet worden sein soll, sowie jüngst eine Serie von Paketbomben, die auf ihrem Weg in die USA rechtzeitig entdeckt werden konnten.

Obwohl es in den Jahren 2003-2006 so aussah, als hätte man das Problem al-Qaida im Jemen besiegt, meint Nahostexperte Gregory Johnsen heute:

„It is clear, at least to me, that al-Qaeda in Yemen is stronger now than it has ever been in the past. The organization is attracting more recruits than ever before, and is growing increasingly more skilled at utilizing these members. This is not to say that Yemen is in danger of falling to al-Qaeda or anything of that nature. Instead, as Yemen grows weaker and as government power recedes further and further back into urban areas, this opens up a great deal of space in which al-Qaeda can operate.“³²⁸

Es besteht eine direkte Verbindung zwischen der Schwäche des jemenitischen Staates und dem Aufkommen bzw. dem Erstarken al-Qaidas im Land. Je chaotischer die Lage im Jemen ist, desto mehr profitiert al-Qaida davon – aus verschiedenen Gründen.

Zum einen spielen die beiden Konflikte im Süden und Norden des Landes al-Qaida in die Hände. So rekrutiert al-Qaida ihre Mitglieder heute sogar in Flüchtlingslagern im Norden des Landes und spielt gezielt mit der verzweifelten Lage der 200.000 Flüchtlinge. Obwohl man nicht von einer generellen Zusammenarbeit der Jemeniten mit al-Qaida sprechen kann, nützt al-Qaida diese beiden Konflikte für sich. Insbesondere im Rahmen des *Huthi* Konfliktes, in dem der schiitische Glaube dieser Gruppierung eine große Rolle spielt, versucht al-Qaida Jemeniten mit Propaganda auf ihre Seite zu ziehen. So meint Harrer im Interview:

„Was nicht zu leugnen ist, ist, dass das ganze Flüchtlingsproblem al-Qaida für sich nützt. Und sie machen offen in den Flüchtlingslagern unter den

³²⁷ Cohn (2010), o.S.

³²⁸ Johnsen (2009), S. 4.

*Communities Propaganda, durchaus auch religiöser Natur: ‚schaut mal in welche Troubles euch euer Glaube bringt. Kommt zu uns, wir vertreten den wahren Glauben‘.*³²⁹

Zum anderen nützt al-Qaida die Schwäche des jemenitischen Staates selbst, der aktuell neben zwei Konflikten im Norden und Süden des Landes auch wirtschaftlich vor enormen Herausforderungen steht. Des Weiteren schaffen die desaströse sozio-ökonomische Lage (Stichwort: Arbeitslosigkeit und Armut) enormes Rekrutierungspotential für al-Qaida. Al-Qaida nutzt die allgegenwärtigen Missstände, insbesondere in der Peripherie, gezielt aus und gewinnt dadurch Sympathien in der Bevölkerung. Ein beliebtes Sprichwort unterstreicht dieses Phänomen: „Wo die geteerten Straßen enden, fängt al-Qaida an.“³³⁰ Zu guter Letzt bietet die geographische Lage Jemens einen idealen Rückzugsort für die Organisation, nachdem die Militärpräsenz in Afghanistan, dem Irak und Pakistan im Kampf gegen al-Qaida drastisch verschärft wurde. Schätzungen über die Größe der Organisation reichen von einigen Dutzend über zu einigen Hunderten. Gudrun Harrer meint, es handle sich bei den Kämpfern eher um Hunderte, nicht Tausende.³³¹ Die beliebtesten Rückzugsgebiete für die AQAP sind Schabwa, Abyan und Marib, jene ölreichen Wüstenlandschaften, in denen der jemenitische Staat kaum Legitimität besitzt.³³²

Obwohl immer wieder betont wird, al-Qaida sei nicht Jemens größtes Problem, ist die Präsenz der Organisation ohne Frage eine weitere Strapaze für die jemenitische Sicherheitslage: „The emergence of the regional al-Qaeda group marks a major deterioration of security in Yemen. It is feared that Yemen may now be used by al-Qaeda as a base in the Arabian Peninsula to stage attacks in the Gulf and Horn of Africa.“³³³ Genau diese Tatsache schürt die Ängste der US Regierung, al-Qaida könnte im Jemen weiter wachsen. Die jemenitische Regierung hat stets ihre Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus an der Seite der US Regierung bestätigt und erhält seit Jahren umfangreiche Militärhilfe. Salih nützt die Sorge der US Regierung bezüglich al-Qaida im Jemen gezielt, um seine autoritäre Regierungsführung bzw. ein hartes Durchgreifen gegen jegliche Kritik an seiner Person zu rechtfertigen. Bis zu jenem Zeitpunkt, an dem der Jemen als Nährboden für Terrorismus Aufmerksamkeit in den USA erlangte, wurde der Staat vonseiten der US Regierung eher gleichgültig behandelt. Nachdem die USA bis

³²⁹ Siehe Interview Harrer.

³³⁰ Transfeld (2010), S. 39.

³³¹ Siehe Interview Harrer.

³³² Vgl. Transfeld (2010), S. 39.

³³³ Boucek (2009), S. 13.

zu 35 Millionen Dollar für USAID Projekte im Zuge der jemenitischen Unterstützung für Saddam Hussein während der Kuwait Invasion gestrichen hatten, verdoppelten sich Washingtons Hilfsleistungen aus Besorgnis über al-Qaida auf der arabischen Halbinsel wieder auf über 60 Millionen Dollar.³³⁴ Im Jahr 2010 wurde die Militärhilfe von 67 Millionen Dollar auf 150 Millionen Dollar erhöht.³³⁵ In der ersten Weihnachtswoche 2009 autorisierte US Präsident Obama einen Angriff, unterstützt von amerikanischen Waffen, auf ein al-Qaida Lager in Abyan. Zwei Punkte spielten eine wichtige Rolle: Zum einen sendete der Angriff ein Signal an al-Qaida selbst, das zeigte, die USA wüssten um Verstecke al-Qaidas Bescheid und würden diese dementsprechend bekämpfen. Andererseits signalisierte der Angriff der südjemenitischen Sezessionsbewegung und den dortigen Regierungskritikern, dass Präsident Salih militärisch von den USA unterstützt würde. Während die USA den Angriff, bei dem laut Berichten 34 Verdächtige getötet wurden, als Erfolg werteten, sah man die Angriffe im Jemen selbst kritisch. Unverhältnismäßiger Einsatz von Gewalt gegen Aufständische, Demonstranten, politische Gegner und sogar Journalisten, schürten den Missmut gegen die Regierung Salihs und die gewaltvollen Angriffe gegen al-Qaida, die das Fass zum überlaufen brachten.³³⁶ Der gescheiterte Flugzeugattentäter Abdulmutallab hatte im Jemen nicht nur eine Ausbildung in einem al-Qaida Kamp absolviert, sondern hatte auch Verbindungen zu Anwar Nasir al-Awlaqi³³⁷, einem radikalen jemenitisch-amerikanischen Geistlichen, der mittlerweile in Abwesenheit wegen Anstachelung zur Tötung von Ausländern und Sicherheitskräften zu zehn Jahren Haft im Jemen verurteilt wurde.³³⁸ Awlaqi erreichte unter anderem wegen seiner Korrespondenz mit dem Ford-Hood-Attentäter Major Nidal Hassan Berühmtheit. Awlaqi wird aktuell im Südjemen vermutet und soll von seinem Stamm in Schabwa geschützt werden.³³⁹

Aktuell scheint sich die Unterstützung der USA primär auf Antiterrormaßnahmen und Sicherheitskräfte zu beziehen, ohne die Aspekte Demokratie, *good governance* oder Menschen zu beachten. Die USA zeigen sich bis dato nicht als Geberland von sozioökonomischer und humanitärer Hilfe zur Bekämpfung der dramatischen wirtschaftlichen Lage oder katastrophalen Ressourcenlage.³⁴⁰ Aus diesem Grund führt die aktuelle US Politik im Jemen zwar vielleicht zu einigen Festnahmen von Terrorverdächtigen – der Nährboden für Terrorismus selbst und das große Rekrutierungspotential werden

³³⁴ Vgl. Carapico (2010), S. 42.

³³⁵ Vgl. Johnson (2010), o.S.

³³⁶ Vgl. Carapico (2010), S. 42.

³³⁷ Vgl. Ebd., S. 42.

³³⁸ Vgl. Fokus online (2011), o.S.

³³⁹ Siehe Interview Harrer.

³⁴⁰ Vgl. Carapico (2010), S. 42.

dadurch freilich nicht verhindert.

3.4 Weitere Herausforderungen

Nicht nur die Konflikte um die Sezessionsbewegung im Süden des Landes, der *al-Huthi* Aufstand im Norden oder die verstärkte Präsenz von al-Qaida werden zukünftig die Regierung des Landes schwer unter Druck setzen. Wassermangel, explodierendes Bevölkerungswachstum, Armut und sinkende Öleinnahmen bedrohen das ärmste Land Arabiens enorm. Angesichts dieser Tatsachen wird ersichtlich, dass politische Streitigkeiten und innerstaatliche Konflikte, bald ein kleineres Problem des Landes darstellen werden. Folgend werden auszugsweise weitere Herausforderungen, denen sich die jemenitische Regierung in den nächsten Jahren stellen muss, diskutiert.

Das Thema Wasserknappheit ist bis dato wenig in der Berichterstattung rund um die Konflikte im Jemen beachtet worden. Dabei wird das Problem der Wasserknappheit in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle im Überleben des Staates spielen. Der Jemen zählt zu den zehn wasserärmsten Regionen der Welt.³⁴¹ Sanaa wird Prognosen zufolge die erste Stadt der Welt sein, die auf dem Trockenen sitzt.³⁴² In vielen Bergregionen des Landes ist das verfügbare Trinkwasser auf weniger als zehn Liter pro Kopf und Tag gesunken. Die Aquifere (Grundwasserleiter) sinken auf Grund der Übernutzung jährlich um drei bis sechs Meter. Das stellt einerseits eine enorme Bedrohung für die Landwirtschaft des Landes dar und versorgt andererseits die größten Städte nicht ausreichend mit sauberem Trinkwasser.³⁴³ Auf Grund der fehlenden Legitimität der Regierung in manchen Landesteilen, widersetzen sich Bewohner vehement gegen Verordnungen von „oben“. Die Landwirtschaft verschlingt beinahe 90% der Wasserressourcen des Jemens. Durch die Einführung mechanischer Tiefenbrunnen wurde die landwirtschaftliche Bodennutzung enorm ausgeweitet. So meint Lichtenthaeler in seiner Analyse: „Von 1970 bis 2004 verzehnfachte sich die bewässerte Fläche, von 37.000 auf 407.000 Hektar, von denen 40% durch tiefliegende Aquifere versorgt wurden.“³⁴⁴

Ein grundlegendes Problem liegt im bewässerungsintensiven Anbau von Zitronen,

³⁴¹ Vgl. Lichtenthaeler (2010), S. 33.

³⁴² Siehe Interview Harrer.

³⁴³ Vgl. Lichtenthaeler (2010), S. 33.

³⁴⁴ Ebd., S. 33.

Bananen oder *Qat*, die von Bauern anstelle von dürreresistenten Weizensorten in den letzten Jahren vermehrt angebaut wurden. So werden schätzungsweise 37% des zur Bewässerung verwendeten Wassers für den *Qat* Anbau benutzt. Etwa 15% der Bevölkerung sind direkt oder indirekt in den *Qat* Anbau involviert. Entweder profitieren sie direkt von dessen Anbau, dem Transport oder der Vermarktung.³⁴⁵ Ein Drittel des landwirtschaftlichen Bruttosozialproduktes bzw. 6% des gesamten BIP gehen auf die Pflanze *Qat* zurück. *Qat* wird vor allem rund um die Hauptstadt Sanaa angebaut, wo es laut einer Bestandsaufnahme 13.500 Brunnen gibt. Der Großteil davon gehört Bauern, was natürlich Auswirkungen auf das Grundwasser hat. Mitte der 1990er Jahre wurde im Gebiet um Sanaa um 400% mehr Wasser entnommen, als sich durch Regenwasser wieder regenerieren hätte können. Angaben zufolge bleiben den Aquiferen von Sanaa bis zum Erliegen noch zwanzig Jahre. Es gibt heute zwischen 45.000 und 70.000 Brunnen im Jemen, von denen sich die meisten in Privatbesitz befinden. Als 2002 ein nationales Wassergesetz erlassen wurde, wurde es Pflicht, eine Genehmigung für das Anlegen von neuen Brunnen einzuholen. Des Weiteren braucht man seit diesem Zeitpunkt eine Genehmigung, um seinen Brunnen zu vertiefen oder zu reparieren.³⁴⁶ Bauern sehen das Gesetz argwöhnisch und sind beunruhigt, dass eine Registrierung nach und nach dazu beitragen würde, dass ihnen die Wasserbehörde Autonomie im Umgang mit Wasser nehmen könnte. In den darauffolgenden Jahren gab es weitere Versuche auf Seiten der jemenitischen Regierung, das Wasserproblem in den Griff zu bekommen. Unter anderem versuchte das im Jahr 2005 eingeführte *National Water Sector Strategy and Investment Program* eine Dezentralisierung des Wasserressourcenmanagements durchzuführen. Ab sofort besitzen örtliche Kommunen ein hohes Maß an Entscheidungskraft was z.B. die Formulierung und Durchsetzung lokaler Aktionspläne betrifft. Obwohl sich einzelne Gemeinden bis dato relativ gut an die nachlassenden Wasserquellen anpassen konnten, ist Anpassungsfähigkeit auf nationaler Ebene gefragt.³⁴⁷ Des Weiteren gibt es seit einigen Jahren viele Anti-*Qat* Vereine und Kampagnen, die versuchen den Konsum der Pflanze einzudämmen, was natürlich positive bzw. entlastende Effekte auf die Wasservorräte hätte. Präsident Salih selbst weist immer wieder auf die negativen Folgen des *Qat* Konsums hin. Horst Kopp meint jedoch in seiner Analyse, ein Verbot der Pflanze würde sich als zwecklos erweisen und ließe sich auf Grund von Machtstrukturen nicht durchsetzen: Der Staat müsse auf (zu) viele Steuereinnahmen verzichten und viele Bauern müssten ihren Betrieb aufgeben. Allenfalls ein Anreiz und komplettes Umdenken

³⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 33.

³⁴⁶ Vgl. Lichtenthaeler (2010), S. 33.

³⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 37.

hin Richtung des Anbaus anderer Agrarprodukte könnten den Massenkonsum von *Qat* eindämmen.³⁴⁸ Zusammenfassend kann geschlussfolgert werden, dass auch hier die zahnlose jemenitische Regierung, die sich gegenüber tribalen Interessen nicht durchsetzen und ergo keine übergeordneten Ziele etablieren kann,³⁴⁹ Hauptschuld an der Verschlimmerung der Lage rund um das Thema Wassermangel trägt. Dennoch wird ersichtlich, dass die jemenitische Regierung klare Maßnahmen ergreifen *muss*, um eine humanitäre Katastrophe angesichts des Wassermangels, der sich in den nächsten Jahren drastisch verschlimmern wird, zu verhindern. Ohne konkrete Schritte und Lösungsansätze, wird Jemens Hauptstadt Sanaa tatsächlich die erste Stadt der Welt sein, die auf dem Trockenen sitzt.

Neben den Problemen Wassermangel und *Qat* Konsum, stellen das explosionsartige Bevölkerungswachstum und die hohe Arbeitslosigkeit weitere Herausforderungen für die jemenitische Regierung dar. Wie bereits an anderer Stelle erläutert, bekommt eine jemenitische Frau im Durchschnitt 6,5 Kinder. Im Jahr 2025 wird die Bevölkerungszahl im Jemen 40 Millionen betragen.³⁵⁰ Beim ohnehin schon ärmsten Staat Arabiens wird dies eine enorme Belastung für den jemenitischen Haushalt bedeuten. Aktuell bleibt das Land ein „Rentenstaat“, der seine Einnahmen hauptsächlich aus Öl, Migrantengeldern und Entwicklungshilfe bezieht – nicht aus volkswirtschaftlicher Leistung. Dabei gäbe es unter den jungen Jemeniten eine Menge Potential, ist die Jugend doch überaus bildungswillig und fleißig. Mangelnde Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Land lassen dieses Potential jedoch im Keim ersticken. Bildung scheint auch im Fall des Jemens der Schlüssel für die Zukunft zu sein.³⁵¹

Verbunden mit den Herausforderungen an den jemenitischen Staatshaushalt ist die Ölförderung des Landes, die die wichtigste Einnahmequelle darstellt. Laut Prognosen wird in weniger als zehn Jahren die Ölförderung zum Stillstand kommen.³⁵² Nach dem Höhepunkt der Ölproduktion im Jahr 2004 ist einige Jahre später bereits ein Rückgang um etwa 50% zu bemerken. Es ist also obsolet zu erwähnen, dass das Land sich in Zukunft andere Einnahmequellen suchen muss. Insbesondere wegen des drastischen Bevölkerungswachstums wird man in den nächsten Jahren mit erhöhten Staatsausgaben rechnen müssen.

Ein Lösungsansatz könnte lauten, die eigene Volkswirtschaft vermehrt zu fördern, um die

³⁴⁸ Vgl. Kopp (2005), S. 118.

³⁴⁹ Vgl. Ebd., S. 135.

³⁵⁰ Vgl. Kopp (2005), S. 45.

³⁵¹ Vgl. Ebd., S. 135.

³⁵² Vgl. Steinberg (2010), S. 2.

prekäre Lage am Arbeitsmarkt – insbesondere für die Zukunftsgeneration Jemens – zu verbessern. Mit Maßnahmen, die die eigene Wirtschaftskraft fördern und sich nicht primär auf die Ölförderung konzentrieren, wäre das Land weniger abhängig von Ölpreisschwankungen bzw. könnte der wirtschaftlichen Belastung, die ein Ende der Ölvorräte nach sich ziehen würde, entgegenwirken. Verbesserte Bildungschancen und vorhandene Zukunftsperspektiven würden letztendlich auch richtige Schritte im Kampf gegen die Armut bedeuten.

4. Jemen – Troublemaker der International Community³⁵³

Obwohl landläufig Staaten wie Afghanistan oder Pakistan als Ausbildungsstätten und Herkunftsort von internationalem Terrorismus gelten, steht der Jemen heute an oberster Stelle der „Sorgenkinder“ internationaler Sicherheitsexperten.

Obwohl der Jemen aktuell nicht als *gescheiterter Staat* bzw. *failed state* bezeichnet werden kann, bedroht die schwache Staatlichkeit des Landes nicht nur das jemenitische Gewaltmonopol und begünstigt innerstaatliche Konflikte, sondern hat enorme Auswirkungen auf die internationale Sicherheitslage. Insbesondere in den Sicherheitsstrategien der USA finden sich mögliche Bedrohungsszenarien durch schwache bzw. gescheiterte Staaten. Wie bereits an früherer Stelle erwähnt, haben schwache Staaten wie der Jemen mit einer ganzen Reihe von Problemen zu kämpfen, die von internationaler Bedeutung sind. An dieser Stelle sollen diese Szenarien in Hinblick auf den Jemen kurz wiederholt und zusammengefasst werden:

Zum einen bieten schwache Staaten wie das Forschungssubjekt ein ideales Rückzugsgebiet für terroristische Aktivitäten, die, wie im Fall al-Qaidas, auch auf Staaten außerhalb der arabischen Halbinsel abzielen können. Auf Grund der fehlenden Rechtsstaatlichkeit und eines lückenhaften Sicherheitssystems, können Terroristen in diesen Gebieten fast ungestört walten. Im Fall des Jemens wird vermutet, Präsident Salih selbst habe sich mit al-Qaida in den ersten Jahren „arrangiert“ und wenig unternommen, um die Präsenz der Organisation zu verringern. Viele Stimmen meinen weiter, Salih habe jahrelang in einem *Graubereich* mit den Terroristen gelebt bzw. gar mit al-Qaida kooperiert.³⁵⁴

In jedem Fall nützt al-Qaida die beiden Konflikte im Norden und Süden des Landes für sich. Der jemenitische Präsident ist, einfach gesprochen, in „wichtigere“ Angelegenheiten involviert, als al-Qaida zu bekämpfen. Allgemeiner Ansicht nach sind nämlich sowohl der *al-Huthi* Aufstand im Norden, als auch die südjemenitische Bewegung ein weit größeres

³⁵³ In diesem Abschnitt wird insbesondere auf die Beziehungen Jemens mit dem Nachbarland Saudi-Arabien sowie den USA eingegangen. Die UNO Generalversammlung selbst schenkte dem Jemen erst im Rahmen der Proteste Anfang 2011 Beachtung – wenn es sich hier auch nur um die aktuellen Demonstrationen handelt und nicht um das Problem al-Qaida. Für die Regierungen der USA und Saudi-Arabien steht die Sicherheitspolitik im Jemen bereits seit einigen Jahren auf der Agenda und sie unterstützen aktiv Anti-Terror-Maßnahmen im Land. Insofern wird der Schwerpunkt hier auf Saudi-Arabien und die USA gelegt.

³⁵⁴ Siehe Interview Harrer.

Problem für Präsident Salih, da diese unmittelbar seine Legitimität abstreiten bzw., wie im Fall der südjemenitischen Bewegung, sich gar vom Staat loslösen wollen. Terroristen im Jemen profitieren ergo stark von der aktuellen Krise des jemenitischen Staates.

Im Rahmen dieser Thematik soll noch einmal auf das Rekrutierungspotential junger Jemeniten hingewiesen werden: Zum einen nutzt al-Qaida die gravierende Armut der jemenitischen Bevölkerung mit fast sozialrevolutionären Slogans für sich, um Sympathien innerhalb der Bevölkerung zu gewinnen.³⁵⁵ Angesichts der hoffnungslosen ökonomischen Lage und keinerlei Zukunftsaussichten ist das Rekrutierungspotential entsprechend hoch. Des Weiteren eignet sich der Jemen als Durchlaufgebiet für Terroristen. Insbesondere nachdem die Militärpräsenz in Afghanistan und Pakistan bzw. der Kampf gegen al-Qaida in Saudi-Arabien verschärft wurden, suchen al-Qaida Mitglieder nach neuen Ausbildungsstätten und Rückzugsorten. Auch die Nähe zum Paradebeispiel für einen *failed state*, nämlich Somalia, spielt eine Rolle. Bekannterweise teilen der Jemen und Somalia nicht nur Charakteristika wie ein äußerst schwaches Gewaltmonopol, das die Kontrolle über weite Gebiete längst verloren hat, sondern auch die Tatsache, dass eine enorme Anzahl von Waffen das Land durchfluten. Berichten zufolge gibt es immer wieder Überläufe jemenitischer al-Qaida Kämpfer nach Somalia, die die brüchigen Grenzen des *failed state* ausnützen.³⁵⁶ Flüchtlingsströme von Zivilisten aus Somalia in den Jemen belasten wiederum die jemenitische Situation und überfordern die Regierung.

Auch Saudi-Arabien, der Nachbarstaat Jemens, der großen Einfluss auf das Land besitzt, äußerte jüngst seine Bedenken zur Lage des Staates. So meinte der saudische Prinz Turki al-Faisal jüngst, der Jemen bedrohe die saudisch-arabische Sicherheit. Nicht nur al-Qaida bedrohe die innerstaatliche Stabilität des Landes, sondern Flüchtlingsströme, die vor den Konflikten im Norden und Süden des Landes flüchteten, würden die Lage anspannen. „Terrorism emerges from Yemen and crosses into the kingdom (...) Refugees fleeing the conflict there flood across our border.“³⁵⁷

Die Bewegung der Terroristen läuft jedoch auch in die andere Richtung: Nachdem Saudi-Arabien den Kampf gegen al-Qaida in den letzten Jahren drastisch verschärfte, flüchteten immer mehr Mitglieder der Organisation in den Jemen. Die Verschmelzung von saudisch-arabischen al-Qaida Kämpfern mit jemenitischen im Jahr 2009 verschärfte die Terrorgefahr auf internationaler Ebene.

Neben innerstaatlichen Anschlägen, die an früherer Stelle dieser Arbeit erläutert wurden, stellt al-Qaida im Jemen seit einigen Jahren auch eine gravierende Bedrohung für Staaten

³⁵⁵ Siehe Interview Harrer.

³⁵⁶ Vgl. Abdiaziz (2010), S.1.

³⁵⁷ Vgl. CNN online (2010), o.S.

außerhalb der arabischen Halbinsel dar. Insbesondere die USA unterstützten bzw. drängten Präsident Salih zum Kampf gegen al-Qaida. Hillary Clinton bezeichnete die aktuelle Situation im Jemen als eine Gefahr für die globale Sicherheit.³⁵⁸ Deutlich wurde diese Gefahr spätestens, als AQAP die Verantwortung für den gescheiterten Flugzeuganschlag rund um Umar Farouk Abdulmutallab übernahm.³⁵⁹ Der nigerianische Attentäter selbst behauptete gegenüber US Investigatoren, er sei von al-Qaida Mitgliedern im Jemen mit den Bomben ausgestattet worden bzw. habe von diesen ein Training erhalten.³⁶⁰ Dieser Anschlag gilt als der erste Anschlag von AQAP außerhalb Saudi-Arabiens³⁶¹ bzw. Jemens. Das Ereignis verdeutlichte die Eskalation terroristischer Aktivitäten im Jemen. Die USA verschärften daraufhin Druck auf Präsident Salih, sich hinter ihren Kampf gegen al-Qaida zu stellen und drohten, ihm andernfalls Hilfsmittel für die Zukunft zu untersagen.³⁶² Eine Serie von Paketbomben, die rechtzeitig abgefangen werden konnten, zwangen den jemenitischen Präsidenten Salih den Kampf gegen al-Qaida in seinem Land zu verstärken. Die Paketbomben, die von US Sicherheitsbehörden noch vor ihrem Zielort in Chicago abgefangen werden konnten, wurden von al-Qaida aus dem Jemen gesendet und waren an jüdische Einrichtungen adressiert. Nach Bekanntwerden der gescheiterten Paketbomben Affäre verhängten einige Länder ein Landeverbot für Maschinen aus dem Jemen.³⁶³ Diese Ereignisse machen die Probleme, die von der aktuellen schwachen Staatlichkeit im Jemen ausgehen, nur allzu deutlich. Abgesehen von der gravierenden humanitären Katastrophe, die der drastische Wassermangel in den nächsten Jahren mit sich bringen wird, ist eine Lösung der Probleme innerhalb Jemens ergo auch von internationalem Interesse. Abgesehen von den Nachbarstaaten Jemens, die mit vermehrten Flüchtlingsströmen rechnen müssen, stellen schwache Staaten *immer* eine globale Bedrohung dar. Neben internationalem Terrorismus in Form von al-Qaida stellen auch die zahlreichen Waffen, die sich innerhalb des Landes im Umlauf befinden, eine Gefahr dar.

Aller Aussicht nach ist Präsident Salih aktuell nicht in der Lage das Problem alleine zu lösen. Den Preis für dieses Scheitern wird allerdings nicht Salih selbst, sondern die Internationale Gemeinschaft zahlen.

³⁵⁸ Vgl. BBC online (2010a), o.S.

³⁵⁹ Vgl. BBC online (2010b), o.S.

³⁶⁰ Vgl. BBC online (2010c), o.S.

³⁶¹ Im Jahr 2009 verübten Mitglieder von AQAP einen Anschlag auf den saudi-arabischen Sicherheitschef Prinz Mohammed bin Nayef. Er überlebte den Anschlag.

³⁶² Vgl. BBC online (2010a), o.S.

³⁶³ Vgl. Süddeutsche online (2010), o.S.

5. Fazit und Ausblick

Folgend den Demonstrationen in Tunesien und den anschließenden Protesten in mehreren Ländern der arabischen Welt, kam es ab Jänner 2011 auch im Jemen zu öffentlichen Kundgebungen gegen das Regime Salihs. Die weit verbreitete Armut, das korrupte und klientelistische Regime und die seit 32 Jahren andauernde Amtszeit des Präsidenten gelten als treibende Kraft hinter den Protesten. Demonstranten protestierten in der Hauptstadt des Landes sowie in den südlichen Provinzen Schabwa und Dali und der Hafenstadt Hodeida. Anders als in Tunesien oder Ägypten sind jedoch nicht wütende junge Jemeniten Anstoß der Proteste, sondern vielmehr die Opposition Salihs. Innerhalb dieser herrscht Uneinigkeit über die Forderungen an den Präsident: So wollen sezessionistische Kräfte die Abspaltung des Südens vom Norden, während die Mehrheit der Stimmen lediglich ein Versprechen von Salih erringen möchte, dass dieser ab 2013 nicht mehr kandidiert. In vergangenen Jahren war es Salih gelungen, mit Versprechungen und Geld, Proteste weitgehend zu unterdrücken.³⁶⁴ Die Anzahl der nunmehrigen Demonstranten ist nicht genau bekannt und reicht von einigen Hunderttausenden über eine halbe Million bis hin zu einer Million Teilnehmern.³⁶⁵

Auf Grund der jedenfalls zahlreichen Demonstranten und dem Überlaufen einiger vormaliger Unterstützer Salihs gerät der Präsident derzeit enorm unter Druck. Unter anderem ist der Befehlshaber der ersten Panzerdivision des Heeres, Ali Mohsen al-Ahmar, unter den Überläufern. Obwohl Verteidigungsminister Mohammed Nasser Ahmad seine Loyalität zu Salih bekundete und versicherte, die Streitkräfte stünden hinter dem Präsident, berichten lokale Zeitungen immer wieder von Überläufern zur Opposition aus Salihs eigenem *Haschid*-Stamm, sowie durch religiöse Gelehrte und dutzende Kommandeure der Streitkräfte sowie Politiker.³⁶⁶ In Folge eines Attentats von Heckenschützen des Regimes auf 53 Oppositionsanhänger wurden deren Forderungen verschärft.³⁶⁷ Diese Ereignisse bilden die jüngste Geschichte Jemens.

Als Konsequenz der Proteste entließ Salih sein gesamtes Kabinett und versprach, Reformen durchzuführen. Letzten Zeitungsberichten zufolge, scheiterten bisher alle

³⁶⁴ Vgl. Chimelli (2011), o.S.

³⁶⁵ Vgl. Al-Harazi (2011), o.S.

³⁶⁶ Vgl. TAZ online (2011), o.S.

³⁶⁷ Vgl. DerStandard online (2011), o.S.

Gespräche zwischen Salih und der Opposition, obwohl der Präsident bereits zusagte, seine Amtszeit unter gewissen Bedingungen zu beenden. Grund für die bleibenden Differenzen ist unter anderem der fehlende Zukunftsplan für Salih's Familie, die stark in den Machtapparat eingebunden ist.³⁶⁸ Der Präsident wies auch auf ein mögliches Machtvakuum hin, das sein Rückzug nach sich ziehen könnte. So bezeichnete er sein Land in einem Fernsehinterview als tickende Zeitbombe, die zu einem Bürgerkrieg der Stämme führen könnte. Diese Sorge teilt auch US Verteidigungsminister Robert Gates und bezeichnet einen möglichen Rücktritt Salih's als „real problem“.³⁶⁹ Immerhin unterstützen die USA Präsident Salih seit vorigem Jahr mit doppelter Militärhilfe im Kampf gegen al-Qaida und würden einen wichtigen Partner im Kampf gegen den Terror verlieren. Al-Qaida ist jedoch, wie bereits erwähnt, nicht das einzige und wahrscheinlich auch nicht das größte zukünftige Problem Jemens. Zukunftsprognosen hinsichtlich der Stabilität des Landes sind schwierig. Niemand kann vorhersagen, wie sich die Lage im Jemen in den nächsten Monaten entwickeln wird. Neben den immer lauter werdenden Protesten hat Salih bzw. sein Nachfolger drei weitere Konflikte zu lösen, die die Souveränität des Gewaltmonopols unterminieren. Der viel diskutierte Staatszerfall muss dennoch nicht unausweichlich einsetzen. Joelle Burbank von der Organisation *Fund for Peace* meint im Interview dazu:

„State collapse may not be immanent (sic), but the tensions in the north and the south will continue to destabilize the country and greater popular pressure for increased political openness and representation may exacerbate these pressures in the short term. Although more inclusive politics would be beneficial to Yemen's stability in the long term, political transitions tend to exacerbate tensions in the short term, particularly if power is transferred from the President of over 30 years to a new leader, as protesters are calling for. Although Yemen may not be on the brink of collapse, these will be issues to watch in the coming years.“³⁷⁰

Ohne Zweifel strapazieren die aktuellen Proteste die Stabilität Jemens erneut, da ein plötzlicher Machtwechsel mit vielen Unsicherheiten verbunden ist. Noch ist keine Übergangslösung vonseiten der Opposition gefunden worden. Die Frage nach dem „Danach“ bleibt unbeantwortet. Vergleiche mit einem zweiten Somalia werden in den

³⁶⁸ Vgl. Al-Harazi (2011), o.S.

³⁶⁹ Vgl. Salama/Hatem (2011), o.S.

³⁷⁰ Siehe Interview Burbank.

Medien gerne getätigt, sind de facto aber unsinnig. Auch Harrer meint im Interview: „Somalia ist sicher ein Extremfall. Und die Geschichte wiederholt sich nie. Es wäre also ein ganz eigenes Gewand. Aber auf jeden Fall ist internationale und vor allem regionale Kooperation nötig.“³⁷¹

Internationale Kooperation und Hilfe sind auch von Nöten, da ein gescheiterter Staat Jemen nicht nur regionale Auswirkungen hätte, sondern die gesamte internationale Sicherheit gefährden würde. Beispiele aus der Vergangenheit demonstrieren das Dilemma in Form von geplanten Terroranschlägen, die direkt mit dem Jemen in Verbindung gebracht werden können. Aktuelle Proteste dienen nämlich vor allem al-Qaida, die sowohl von der chaotischen Lage im Land profitiert, als auch das große Rekrutierungspotential hoffnungsloser junger Jemeniten für ihre Zwecke nutzt. Es ist also von internationalem Interesse, die Situation im Jemen zu beobachten bzw. alle Anstrengungen zu unternehmen, um vor allem wirtschaftliche Bedingungen dort zu verbessern, um Extremisten ihren Nährboden zu entreißen.

Ob der Jemen dem Staatszerfall in naher Zukunft geweiht ist, wird an dieser Stelle bezweifelt. Der Staat Jemen an sich war an keinem Punkt seiner Geschichte ein moderner, konsolidierter Staat im Weber'schen Sinne, sondern stets von einem schwachen Gewaltmonopol, undichten Grenzen und innerstaatlichen Konflikten geprägt. Das bedeutet aber nicht, dass der Staat ins totale Chaos abgleiten muss. Gudrun Harrer beschreibt das treffend im Interview mit den Worten:

„Der Staat ist schwach, das heißt aber nicht, dass Salih oder seine Klienten schwach sind. Der Staat kann noch lange existieren, dieser Stamm im Staat. Ich bin immer vorsichtig, denn aus unsrer Perspektive können wir uns nie vorstellen, wie es in diesem Chaos weitergeht. Aber es war dort nie ‚ganz anders‘. Natürlich kommen nun viele neue Konflikte hinzu, aber aus unsrer Perspektive können wir uns nie vorstellen, wie es in diesem Chaos weitergeht. Es war dort nie ‚ganz anders‘ (...) aber es wurde immer irgendwie gemanaged.“³⁷²

Es wird also zu beobachten sein, wie sich der Jemen in den nächsten Monaten im Rahmen der Proteste um eine neuen Präsidenten entwickeln wird. Fraglich ist natürlich, ob diese früher oder später an die Macht kommende Nachfolge Salih's in der Lage sein wird, den Jemen endlich zu „vereinen“ – in den Köpfen der meisten Jemeniten ist dies bis

³⁷¹ Siehe Interview Harrer.

³⁷² Siehe Interview Harrer.

dato nämlich nicht erfolgt. Dazu trägt auch die Tatsache bei, dass die Lebensrealität der Jemeniten weitaus stärker durch ein komplexes Machtgefüge von Stämmen und Rebellenbewegungen geprägt ist, als durch ein zentrales staatliches Gewaltmonopol. Dieses Faktum macht es schwierig, eine eindeutige Prognose aus der idealtypischen Perspektive des konsolidierten westlichen Nationalstaates zu treffen, „denn aus unsrer Perspektive können wir uns nie vorstellen, wie es in diesem Chaos weitergeht“,³⁷³ wie Gudrun Harrer meint. Die Charakteristik, dass es einen konsolidierten Nationalstaat Jemen nie gegeben hat und dass das Land immer schon mit Instabilitätsfaktoren zu kämpfen hatte, weist eher darauf hin, dass der instabile Jemen auch in den nächsten Jahren dem Kollaps entgehen wird.

In jedem Fall ist es absehbar, dass der Jemen auch in Zukunft internationale Negativschlagzeilen dominieren wird, sollte auf internationaler Ebene die Bereitschaft fehlen, die jemenitische Regierung bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen zu unterstützen.

³⁷³ Siehe Interview Harrer.

6. Literaturverzeichnis

Anter, Andreas (1995): Max Webers Theorie des modernen Staates. – Herkunft, Struktur und Bedeutung, Duncker & Humboldt (1. Aufl. 1995), 2. Aufl. 1996: Berlin.

Beisheim, Marianne/ Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.) (2007): Staatszerfall und Governance, Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 7, Nomos: Baden-Baden.

Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert (Hrsg.) (2003): Demokratie und Staatlichkeit, Systemwechsel zwischen Staatlichkeit und Staatskollaps, Leske+Budrich: Opladen.

Brandt, Marieke (2010): Auszug der Gläubigen. Der Huthi-Konflikt im Norden des Jemens, in: Inamo, 62 – Sommer 2010, S. 13-17.

Brownlie, I. (1979): Principles of Public International Law, 3. Aufl., Clarendon Press: Oxford.

Bürger, Alexandra (2007): Nation-building und state-building. Zur empirischen Fruchtbarkeit eines politischen Ordnungskonzeptes, in: Straßner, Alexander/Klein, Margarete (Hrsg.) (2007): Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 13-29.

Büttner, Annette (2004): Wenn Chaos regiert: Staatszerfall in Entwicklungsländern: Ursachen, Folgen und Regulierungsmöglichkeiten. Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 125, St. Augustin.

Carapico, Sheila (2010): Spezialeinsätze im Jemen, in: Inamo, 62 – Sommer 2010, S. 42.

Clapham, Christopher (2003): The Challenge to the State in a Globalized World, in: Milliken, Jennifer (Hrsg.) (2003): State Failure, State Collapse and State Reconstruction, Blackwell Publishing: Großbritannien, S.25-44.

Debiel, Tobias (Hrsg.) (2002): Haben Krisenregionen eine Chance auf tragfähigen Frieden? Zur schwierigen Transformation von Gewaltstrukturen, in: Debiel, Tobias (Hrsg.) (2002): Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung. Verlag J.H.W Dietz Nachf. GmbH: Bonn, S: 1-17.

Debiel, Tobias (Hrsg.) (2002): Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung. Verlag J.H.W Dietz Nachf. GmbH: Bonn.

Debiel, Tobias (2005): Fragile Staatlichkeit als Problem der Entwicklungspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28-29/2005, S. 12-18.

Debiel, Tobias/Lambach, Daniel/Dieter Reinhardt (2007): „Stay Engaged“ statt „Let them fail“. Ein Literaturbericht über entwicklungspolitische Debatten in Zeiten fragiler Staatlichkeit, INEF Report 90/2007, Universität Duisburg: Duisburg.

Erdman, Gero (2007): Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und

Staatszerfall – strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika, in: Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert (Hrsg.) (2003): Demokratie und Staatlichkeit, Systemwechsel zwischen Staatlichkeit und Staatskollaps, Leske+Budrich: Opladen, S. 267-292.

Fitzi, Gregor (2008): Max Weber, Campus Verlag: Frankfurt/New York.

Fukuyama, Francis (2004): Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Propyläen Verlag: Berlin.

Gärtner, Heinz (2005): Internationale Sicherheit. Definitionen von A–Z, Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden.

Ghalib, Sami (2010): Stamm und Staat im Jemen. Rolle und Wandel, in: Inamo, 62 – Sommer 2010, S. 18-21.

Glosemeyer, Iris (2001): Politische Akteure in der Republik Jemen. Wahlen, Parteien und Parlamente, Deutsches Orient Institut, Hamburg.

Hippler, Jochen (2005): Failed States und Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28 - 29/2005, S. 3-5.

Kopp, Horst (2005): Länderkunde Jemen, Reichert Verlag: Wiesbaden.

Lambach, Daniel (2008): Staatszerfall und regionale Sicherheit, Nomos: Baden Baden.

Lichtenthaeler, Gerhard (2010): Wasser im Jemen. Konflikte und Kooperationen, in: Inamo, 62 – Sommer 2010, S.33-37.

Mayer, Horst O. (2004): Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung, 2. Aufl., München, R. Oldenbourg Verlag: Wien.

Mayntz, Renate (2008): Der moderne Staat – Idee und Wirklichkeit, in: Schober, Otmar (2008): Der moderne Staat – Idee und Wirklichkeit. Beiträge der akademischen Festveranstaltung zur Verleihung des Ernst Hellmut Vits-Preises an Prof. Dr. Phil. Dr. H.C. Mult. Renate Mayntz am November 2008 im Schloss zu Münster. Schriften Heft 82: Aschendorff, S. 20-28.

Milliken, Jennifer/ Krause, Keith (2003): State Failure, State Collapse and State Reconstruction: Concepts, Lessons and Strategies, in: Milliken, Jennifer (Hrsg.) (2003): State Failure, State Collapse and State Reconstruction, Blackwell Publishing: Großbritannien, S.1-21.

Milliken, Jennifer (Hrsg.) (2003): State Failure, State Collapse and State Reconstruction, Blackwell Publishing: Großbritannien.

Pottek, Damaris (2010): Wer ist wirklich Zaidit. Identifikation und Spaltung anhand der politischen und religiösen Geschichte, in: Inamo, 62 – Sommer 2010, S. 9-12.

Rogler, Lutz (2010): Jemen versus Südarabien? Zur Entwicklung der Bewegung des Südens, in: Inamo, 62 – Sommer 2010, S. 24-29.

Rotberg, Robert I (2003): Failed States, Collapsed States, Weak States: Causes and Indicators, in: Rotberg, Robert I. (Hrsg.) (2003): State Failure and State Weakness in a

Time of Terror, Brookings Institution Press/World Peace Foundation: Washington, D.C / Massachusetts, S. 1-25.

Rotberg, Robert I. (Hrsg) (2003): State Failure and State Weakness in a Time of Terror, Brookings Institution Press/World Peace Foundation: Washington, D.C / Massachusetts.

Rüb, Friedbert W. (2007): Staatlichkeit, Staatszerfall, „künstliche Staaten“ und Staatsbildungen. Konzeptionelle Überlegungen zu Governancekapazitäten von Staaten aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Beisheim, Marianne/ Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.) (2007): Staatszerfall und Governance, Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 7, Nomos: Baden-Baden, S. 29-53.

Schubert, Ulf (2005): Staatszerfall als Problem des internationalen Systems, Tectum Verlag: Marburg.

Schneckener, Ulrich (2007): Fragile Staatlichkeit und State-building. Begriffe, Konzepte und Analyserahmen, in: Beisheim, Marianne/ Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.) (2007): Staatszerfall und Governance (Schriften zur Governance Forschung, Band 7):Baden-Baden, S. 98-120.

Sørensen, Georg (2001): Changes in Statehood. Palgrave: New York.

Sørensen, Georg (2008): Democracy and Democratization. Processes and Prospects in a changing world. Westview Press: Colorado.

Seidl, Bernhard (2007): Failing States. Der Kollaps staatlicher Institutionen und sozialer Regelsysteme, in: Straßner, Alexander/Klein, Margarete (Hrsg.) (2007): Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 31-50.

Straßner, Alexander/Klein, Margarete (Hrsg.) (2007): Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Transfeld, Mareike (2010): Al Qaida, Sezessionsbewegung, Huthis. Eine Achse des Bösen? in: Inamo, 62 – Sommer 2010, S. 38-41.

Troy, Jodok (2007): Staatszerfall. Ursachen - Charakteristika – Auswirkungen. LIT Verlag: Wien.

Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Böhlau Verlag: Wien.

Wimmer, Hannes (2009): Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates. LIT Verlag: Wien.

Zadra, Daniel (2009): Das jemenitische Dilemma – Auswirkungen somalischer Piraterie und Flüchtlingsströme auf den Jemen, ein Land im Spannungsfeld zwischen Stammeskultur und Zentralstaat, Dipl., Universität Wien: Wien.

Zürcher, Christoph (2005): Gewollte Schwäche. Vom schwierigen analytischen Umgang mit prekärer Staatlichkeit. In: Internationale Politik, 9, S.13-22.

Internetquellen:

Abdiaziz, Hassan (2010): Al Qaida members land from Yemen in Somalia, in: Reuters Africa, Online im Internet, URL: <http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJJOE63608X20100407>, Abruf: 11.11.2010.

Al-Harazi, Shatha (2011): Negotiations between Saleh and JMP fail, in: Yemen Times online, Online im Internet, URL: http://www.yementimes.com/defaultdet.aspx?SUB_ID=35826, Abruf: 03.03.2011.

Amnesty International (2010): Yemen. Cracking Down under Pressure. Amnesty International Publications: United Kingdom, Online im Internet, URL: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE31/010/2010/en/da8bd0cc-37ab-4472-80b3-bcf8a48fc827/mde310102010en.pdf>, Abruf: 03.11.2010.

Arab Development Report (2009): Challenges to Human Security in the Arab Countries, Online im Internet, URL: <http://www.arab-hdr.org/publications/other/ahdr/ahdr2009e.pdf>, Abruf: 03.11.2010.

Auswärtiges Amt (2010): Jemen Länderinfo, Online im Internet, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Jemen.html>, Abruf: 03.11.2010.

BBC online (2010a): Yemen poses a global threat says Clinton, in: BBC online, Online im Internet, URL: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8440404.stm>, Abruf: 12.12.2010.

BBC online (2010b): Al-Qaeda in the Arabian Peninsula, in: BBC online, Online im Internet, URL: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-11483095>, Abruf: 12.12.2010.

BBC online (2010c): Al-Qaeda wing claims US christmas day flight bomb plot, in: BBC online, Online im Internet, URL: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/8433151.stm, Abruf: 12.12.2010.

Bernin, Pierre (2009): Verdeckter Krieg im Jemen, in: Le Monde Diplomatique online, Online im Internet, URL: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2009/10/09.mondeText1.artikel,a0040.idx,17>, Abruf: 03.03.2011.

Bertelsmann Transformation Index (2003): Ländergutachten Jemen, Online im Internet, URL: <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/140.0.html>, Abruf: 02.02.2011.

Boucek, Christopher (2009): Yemen. Avoiding a Downward Spiral, Carnegie Paper, Online im Internet, URL: http://www.carnegieendowment.org/files/yemen_downward_spiral.pdf, Abruf: 03.03.2011.

Bush, George W. (2002): The National Security Strategy of the United States of America September 2002, Online im Internet, URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/doktrin-bush.html>, Abruf: 28.06.2010

Central Intelligence Agency (2010): The World Factbook Country Profile Yemen, Online im Internet, URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ym.html>, Abruf: 02.11.2010.

- Chimelli, Rudolph (2011): Angst vor einem zweiten Somalia, in: Süddeutsche Zeitung online, Online im Internet, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-im-jemen-angst-vor-einem-zweiten-somalia-1.1052792>, Abruf: 10.03.2011.
- CNN online (2010): Saudi prince says Yemen is a security threat, in: CNN online, Online im Internet, URL: http://articles.cnn.com/2010-11-19/world/saudi.arabia.yemen_1_yemen-security-threat-israel-and-palestinian-authority?s=PM:WORLD, Abruf: 28.12.2010.
- Cohn, Julie (2010): Islamist Radicalism in Yemen, Council on Foreign Relations, Online im Internet, URL: <http://www.cfr.org/yemen/islamist-radicalism-yemen/p9369>, Abruf: 10.03.2011.
- Day, Michael (2010): the Political Challenge of Yemen's Southern Movement. Middle East Program Nr. 108, Carnegie Endowment for International Peace, Online im Internet, URL: http://carnegieendowment.org/files/yemen_south_movement.pdf, Abruf: 03.03.2011.
- Der Standard online (2011): Saleh auf dem Rückzug, in: DerStandard online, Online im Internet, URL: <http://derstandard.at/1297821556590/Saleh-auf-dem-Rueckzug>, Abruf: 03.03.2011.
- DiePresse online (2010): Krieg, Hunger, Terror: Die zehn schlimmsten Staaten der Erde, in: DiePresse.com, Online im Internet, URL: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/577246/index.do>, Abruf: 28.07.2010.
- Election Guide (2003): Yemen Legislative Election 2003, Online im Internet, URL: <http://electionguide.org/election.php?ID=338>, Abruf: 03.11.2010.
- Europäische Sicherheitsstrategie (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Online im Internet, URL: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, Abruf: 28.06.2010.
- Fokus online (2011): Radikalislamischer Prediger Anwar al Aulaqi im Jemen verurteilt, Online im Internet, URL: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/usa-radikalislamischer-prediger-anwar-al-aulaqi-im-jemen-verurteilt_aid_590855.html, Abruf: 03.03.2011.
- Foreign Policy Magazine online (2010): o.T., Online im Internet, URL: http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/06/21/postcards_from_hell?page=0,15, Abruf: 28.06.2010.
- Hackensberger, Alfred (2008): Pressefreiheit und Demokratie im Jemen: Jemen ist ein Planet für sich, in: Institut für Auslandsbeziehungen Magazin, Online im Internet, URL: http://www.ifa.de/no_cache/ro/info/nachrichten-magazin-presseschau/magazin/article/6337/176/, Abruf: 02.02.2011.
- Heymach, Klaus (2009): Nordjemenit Yahya al Huthi im Interview, in: TAZ online, Online im Internet, URL: <http://www.taz.de/1/politik/nahost/artikel/1/wir-wollen-keine-diktatur/>, Abruf: 03.03.2011.
- Human Rights Watch (2011): World Report 2011. Yemen, Online im Internet, URL: <http://www.hrw.org/en/world-report-2011/yemen>, Abruf: 02.02.2011.

Johnsen, Gregory (2010): Al-Qaeda in Yemen. Carnegie Endowment for Peace Transcript, Online im Internet, URL: <http://www.carnegieendowment.org/files/0708carnegie-yemen.pdf>, Abruf: 02.03.2011.

Johnson, Dominic (2010): Obama fördert Kinderarmeen, in: TAZ online, Online im Internet, URL: <http://www.taz.de/1/politik/amerika/artikel/1/obama-foerdert-kinderarmeen/>, Abruf: 03.03.2011.

Konzett, Eva (2011): Dem Jemen fehlt es an vielem – bald auch an Erdöl und Wasser, in: Wirtschaftsblatt Online, Online im Internet, URL: <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/wirtschaftspolitik/dem-jemen-fehlt-es-an-vielem-bald-auch-an-erdoel-und-wasser-457648/index.do>, Abruf: 02.02.2011.

Library of Congress – Federal Research Division (2008): Country Profile Yemen, Online im Internet, URL: <http://lcweb2.loc.gov/frd/cs/profiles/Yemen.pdf>, Abruf: 04.11.2010.

Manea, Elham M. (1996): Yemen. The tribe and the state, Online im Internet, URL: <http://www.al-bab.com/yemen/soc/manea1.htm>, Abruf: 10.1.2011.

ORF online (2010): Staaten vor dem Kollaps. In: ORF online, 28.06.2010, Online im Internet, URL: http://news1.orf.at/090722-40736/40736img_story.html, Abruf: 28.07.2010.

Salama, Vivian/ Hatem, Mohammad (2011): Yemen's Saleh Describes Nation as 'Time Bomb' Nearing Civil War, in: Bloomberg online, Online im Internet, URL: <http://www.bloomberg.com/news/2011-03-27/yemen-s-president-says-nation-is-time-bomb-nearing-civil-war.html>, Abruf: 03.03.2011.

Shanahan, Rodger/ Philipps, Sarah (2009): Al Qa'ida, Tribes and Instability in Yemen, Lowy Institute for International Policy, Online im Internet, URL: <http://www.lowyinstitute.org/Publication.asp?pid=1192>, Abruf: 10.02.2011.

State Failure Task Force Report (1999): Phase II findings, Online im Internet, URL: <http://wilsoncenter.org/events/docs/Phase2.pdf>, Abruf: 30.08.2010.

State Failure Task Force Report (2000): Phase III Findings, Online im Internet, URL: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/SFTF%20Phase%20III%20Report%20Final.pdf>, Abruf: 30.08.2010.

Steinberg, Guido (2010): Der Jemen vor dem Staatszerfall? Bürgerkrieg und Separatismus sind bedrohlicher als al-Qaida, in: SWP-Aktuell 2010/A, Berlin, Online im Internet, URL: <http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/der-jemen-vor-dem-staatszerfall.html>, Abruf: 03.03.2011.

Stracke, Nicole/Haidar, Mohammed Said (2010): The Southern Movement in Yemen, GRC Research Papers, Gulf Research Center, Dubai, Online im Internet, URL: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?Ing=en&id=120929>, Abruf: 04.03.2011.

Süddeutsche online (2010): Terrorpost, generalstabsmäßig geplant, in: Süddeutsche online, Online im Internet, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/paketbomben-aus-dem-jemen-probelaeufe-schon-im-september-1.1018336>, Abruf: 30.12.2010.

TAZ online (2011): Proteste im Jemen. Abenddämmerung für das Regime, Online im

Internet, URL: <http://www.taz.de/1/politik/nahost/artikel/1/abenddaemmerung-fuer-das-regime/>, Abruf: 03.03.2011.

Tetzlaff, Rainer (2002): Die Staaten Afrikas zwischen demokratischer Konsolidierung und Staatszerfall. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13-14, S.3-6, Online im Internet, URL: <http://www.bpb.de/files/1WRIVM.pdf>, Abruf: 25.09.2010.

UNHCR online (2010): Jemen. Mehr als 200.000 Menschen auf der Flucht, Online im Internet, URL: <http://www.unhcr.ch/aktuell/einzelansicht/browse/16/article/5/jemen-mehr-als-200000-menschen-auf-der-flucht.html?PHPSESSID=0617ddb6857b25eaf667718a7313b1d5>, Abruf: 10.03.2011.

United Nations Human Development Index (2009): o.T., Online im Internet, URL: <http://hdr.undp.org/en/statistics/>, Abruf: 03.11.2010.

United Nations Development Programme Yemen Country Profile (2011): o.T., Online im Internet, URL: <http://www.undp.org/ye/y-profile.php>, Abruf: 03.11.2010.

U.S. Department of State (2010): Background Note: Yemen, Online im Internet, URL: <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/35836.htm>, Abruf: 03.11.2010.

Verfassung der Republik Jemen (1994), Online im Internet, URL: <http://www.al-bab.com/yemen/gov/con94.htm>, Abruf: 04.11.2010.

Verfassung der Republik Jemen (2001), Online im Internet, URL: <http://www.unhcr.org/refworld/docid/3fc4c1e94.html>, Abruf: 04.11.2010.

Weltbank Country Profile Yemen (2010): o.T., Online im Internet, URL: <http://data.worldbank.org/country/yemen-republic>, Abruf: 03.11.2010.

Worldbank Development Report (1997): The state in a changing world. Published for the Worldbank. Oxford University Press: New York, Online im Internet, URL: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1997/06/01/000009265_3980217141148/Rendered/PDF/multi0page.pdf, Abruf: 30.08.2010.

World Economic Forum (2010): The global gender gap report, Online im Internet, URL: <http://www.weforum.org/pdf/gendergap/report2010.pdf>, Abruf: 28.12.2010.

Wyler, Liana Sun (2008): Weak and Failing States: Evolving Security Threats and U.S. Policy. CSR Report for Congress, Online im Internet, URL: <http://www.fas.org/sqp/crs/row/RL34253.pdf>, Abruf: 25.9.2010.

Weiterführende Internethinweise:

Brookings Institute: <http://www.brookings.edu>

Carnegie Endowment for Peace: <http://www.carnegieendowment.org>

Deutsches Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:
<http://www.bmz.de>

Fund for Peace: <http://www.fundforpeace.org>

Political Instability Task Force: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/>

Yemen Times online: <http://yementimes.com>

Anhang

Interview mit Dr. Gudrun Harrer durchgeführt von Theresa Rinner am 6. September 2010.

Rinner:

Welche politischen Herausforderungen sind seit der Vereinigung 1990 im Jemen spürbar?

Harrer:

Wie Sie gut wissen, ist der Bürgerkrieg in dieser Zeit zu bemerken. Was man, glaube ich, sagen kann ist, dass es nicht gelungen ist, dass der Staat zusammenwächst. Die Frustrationen von Leuten im Süden war so groß, dass sie sich marginalisiert gefühlt haben. Alle diese Konflikte im Jemen – ob jetzt im Süden die Separatisten (wobei nicht alle Separatisten sind) oder die *al-Huthi* – kann man wirklich gut charakterisieren, als Konflikt eines Staates, der einfach nur das Zentrum kontrolliert und nicht die Peripherie. Ich meine, wir kennen diese Geschichte aus anderen Staaten – siehe Sudan. Das ist genau das, was wir auch hier sehen. Sie kommen später auf Stämme zurück, wobei man sagen kann, der Staat hat es nicht geschafft in den 1990iger Jahren, sich als Konstante zu präsentieren, die in allen Bereichen (gesellschaftlich und geographisch) Einfluss hat. Der Staat ist so etwas wie eine Variable, während der Stamm die Konstante ist. So vereinfacht kann man es, glaube ich, ausdrücken. Das äußert sich natürlich auch geographisch – wie ich schon sagte Zentrum-Peripherie. Und in der Peripherie ist nun mal ganz stark das Stammeswesen und auch Stammesgewalt, die dann gegen die Staatsgewalt zum Tragen kommt. Einerseits ist es eben so, dass es Zentralgewalt gegen Stammesgewalt ist, andererseits versucht natürlich der Staat umso mehr ein Patronagesystem aufzubauen – und diese Stämme dann durch dieses System bei Stange zu halten. Dies gelingt halt bei dem einen Stamm mehr, beim andren weniger. Was jetzt, denke ich, hinzukommt ist, dass das Patronagesystem allein durch die Wirtschaftskrise und andre Krisen, wie mangelnde Ressourcen, unter Druck gerät. Das wenige Öl, das Jemen besitzt, ist sehr, sehr wichtig und der Ölpreis war schwach in den letzten Jahren – wie das im Jemen ist kann ich nicht genau sagen, aber selbst im Irak musste das Budget korrigiert werden und man musste sehr sparen. Der Staat hat also noch weniger Mittel zur Verfügung gehabt, um seine Klienten zu bezahlen.

Die werden jetzt unruhig. Im Jemen gibt es nun dieses komische Phänomen bzw. ist dort besonders sichtbar, dass die Entwicklung dorthin gelaufen ist, dass eben der Stamm des Präsidenten den Staat vertritt – quasi der Stamm als Staat. Es geht einfach darum, dass er seine Klientel, also seine Stammesmitglieder, überdurchschnittlich bedient hat. Man

müsste sich genau ansehen, welche Posten von seiner Klientel besetzt sind – da kommt man zu enormen Ergebnissen, das ist schlimm und löst natürlich unglaubliche Frustration aus. Dazu komme ich später mehr im nördlichem Zusammenhang.

Vielleicht sollte man noch kurz vor den Bürgerkrieg gehen, der auch die Zeit der Vereinigung fällt. Wie Sie wissen, hat ja Jemen als eines der wenigen arabischen Länder, Saddam Hussein – nicht “unterstützt” – aber auch nicht verurteilt. Daraufhin sind hunderttausende Jemeniten aus Golfstaaten ausgewiesen worden, was zum enormen finanziellen Druck beigetragen hat. Nicht außer Acht zu lassen ist auch die katastrophale Wasserentwicklung. Ich habe erst kürzlich gelesen, dass Sanaa eine der ersten Städte der Welt sei, die auf dem Trockenen sitzen wird. Eine gewisse Menge fließt auch in den *Qat* Anbau. *Qat* ist natürlich ein ein Stichwort.

Was auch wichtig ist: Man muss durchaus sagen, dass dieser junge jemenitische Staat nach 1990 keinerlei Unterstützung seiner Nachbarländer hatte. Aus dem Grund, weil diese Staaten wie Saudi-Arabien natürlich kein Interesse daran hatten, dass der Jemen ein starken demokratischer Staat wird. Die hatten alle Interesse daran, dass der Staat schwach bleibt – Saudi-Arabien hatte auch ganz eigene Interessen. Immerhin wollen sie diesen Hadramaut Korridor bauen, der in den indischen Ozean fließt. Jemen hatte es insofern auch regionalpolitisch nicht einfach. Aber natürlich war das eine politische Fehlentscheidung damals in den 90iger Jahren.

Andererseits auch wenn man sich die Zweitausenderjahre ansieht, hat der jemenitische Präsident anders entschieden und die USA unterstützt. Das ist ihm auch nicht gut bekommen, weil ein Teil der Troubles mit den *Huthis* sind z.B darauf zurückzuführen.

Man muss sich auch ansehen, was die Schwächung dieses Patronagesystems für Folgen hat. Wir sagten bereits, diese typischen Konflikte zwischen Zentrum/Peripherie sind ein massives Problem und natürlich haben Kräfte wie al-Qaida aus so einem Grund besseren Zugriff. Ich hab einen interessanten Satz gelesen: “Wo die geteerte Straße aufhört, fängt al-Qaida an”. Es ist schon interessant zu beobachten, dass al-Qaida mehr im Süden verwurzelt ist. Ich würde nicht sagen “erfolgreich” aber vielleicht „besser integriert“.

Diese Herausforderungen sind klar, wobei man eines sagen muss, dem jemenitischen Staat bzw. Präsident – so unangenehm die al-Qaida Präsenz dort ist – ist sie auch nützlich. Quantitativ sind es ja nicht Tausende, viel eher Hunderte. Aber seit die dort herumschwirren, ist die Militärhilfe um das siebenfache angestiegen. Es ist natürlich ganz, ganz deutlich: Der Versuch der jemenitischen Regierung alles in einen Topf zu schmeissen, zu betonen “Das sind alles Terroristen”. Sie versuchen also das so zu verkaufen.

Rinner:

Inwieweit gefährdet das traditionelle Stammeswesen das Gewaltmonopol des jemenitischen Staates? Wie bewerten Sie die Loyalität einzelner Stämme gegenüber der Zentralregierung in Sanaa? Welchen Stellenwert nimmt das Stammeswesen heute ein?

Harrer:

Überall wo der Staat nicht ist, ist der Stamm. Je schwächer der Staat, desto stärker ist der Stamm. Vielleicht müsste man sich fragen, ob nicht ein moderner Staat in der Lage sein müsste das Stammeswesen zu integrieren, quasi stärker sein als das Stammeswesen. Ob das Stammeswesen den Staat gefährdet, da bin ich mir nicht sicher. Bezüglich der Loyalität einzelner Stämme kann ich nicht viel sagen. Eines kann ich sagen, der jemenitische Scheich Awlaki, gegen den die Amerikaner auch so zu sagen Liquidationserlaubnis gaben, der wird sicherlich von seinem Stamm geschützt. Es ist schon interessant und zu sehen, dass manche Stämme affiner sind zu al-Qaida und manche weniger. Die Loyalität jener Stämme, die in das klientelistische Wesen eingebunden sind, deren Loyalität ist natürlich größer. Aber was heißt das schon? Ist das echte Loyalität oder könnte man das sozusagen umdrehen?

Im Süden gab es beispielsweise Stämme, die mit der Vereinigung, besonders nach Ende des Bürgerkriegs, wirklich verloren haben. Das sind die Verlierer. Sie flogen aus dem Beamtenapparat, etc. Diese sind jetzt überproportional in der Sezessionsbewegung vertreten.

Das Nationalgefühl ist eben die Frage. Also wie gesagt, ich glaube schon, dass es bei den Sezessionisten bestimmt keines gibt. "Bevölkerung" – nun ja, das kommt ganz auf die Gruppen an. Die Identitäten und Affinitäten sind zum Staat weniger schwach als zu etwas anderem, da ist, denk ich schon der Staat das Stärkste. Aber ob es wirklich einen Jemen gibt?

Es ist auch typisch, dass die südliche Bewegung nicht einmal mehr den Namen "Jemen" behalten will, sondern sich "Südarabien" nennt. Diese Leute können mit dem Jemen nichts anfangen.

Wirklich aufrichtige jemenitische Nationalisten dürfte es meiner Einschätzung nach sehr wenige geben.

Rinner:

Welche Rolle spielt die zaiditische al-Huthi Bewegung im Norden des Landes? Ist die jementische Regierung Ihrer Einschätzung nach in der Lage den Konflikt zu lösen? Welche Rolle spielen dabei Saudi-Arabien und der Iran?

Harrer:

Zu allererst muss man sich ganz genau die Geschichte ansehen: Wer sind diese Zaiditen eigentlich? Wie Sie wissen, wurden diese Eliten, die tausend Jahre lang regieren haben, mit der Revolution einfach entmachtet. Es ist aber nicht so, dass vorher nur Zaiditen waren und alles war leiwand. Es gab schon innerhalb der zaiditischen Gesellschaft Spaltungen und Unterschied gab, die bis heute zum Tragen kommen. Zunächst gibt es bei den Zaiditen zwei Gruppen. Die einen sind die, die politisch und religiös legitimiert sind durch ihre Herkunft. Das sind die Haschemiten, zu denen auch die Kleriker Familie *al-Huthi* zählt. Die anderen sind auch Zaiditen gewesen bzw. sind es immer noch, haben aber nicht diese haschemitische Abstammungslinie. Diese Zweiteilung der Gesellschaft dürfte es schon immer gegeben haben. Es war immer "die Imame" und auf der andren Seite alle anderen. Natürlich ruft das in der Bevölkerung gewisse Reaktionen gegen diesen Adel bzw. diese Heredität hervor.

Da sind wir dann wieder bei den Stämmen. Diese Haschemiten auf der einen Seite wenden sich gegen den Staat, der zufälliger Weise durch einen Zaidit vertreten wird. Streng genommen ist er ein Zaidit, er wurde jedoch aus realpolitischen Gründen immer sunnitischer. Was wir noch sehen, ist die Zweiströmung bei den Zaiditen: *Batriyya* und *Jarodiyya*. *Jarodiyya* wird immer so ein bisschen salopp und oberflächlich als extremistischere eingeschätzt. Es stimmt schon, dass sie einen sehr schiitischen Weg gehen. Es gibt sicher Züge, wo sie sich viel mehr der Zwölferschia annähern als andere. Wenn man sich die Rechtsschulen ansieht, sind die Zaiditen gar nicht so weit weg von den schafiitischen Sunniten. Und in der *Jarodiyya* wird es schon sehr schiitisch. Sie lehnen die ersten 3 Kalifen ab und so weiter. Und die anderen, die *Batriyya* sind jene, aus der die zaiditische Parlamentspartei *Hizb al-haq* hervorging. Dann wurden die *Shabab* gegründet, die schon von allen mitgegründet wurde. Auch Imamen. Und viele heutige extreme Zaiditen, die der *Jarodiyya* zuzurechnen sind, kommen eigentlich von den shabab – sind sie aber heut nicht mehr, sondern gehören zur Gruppe der *Ansar*. Oft gehören *Ansar* auch noch zu den *Shabab*. Das ist sozusagen die neue Gruppe, die den Aufstand mitgeht. *Batriyya* geht eher in eine kulturgeschichtliche Richtung.

Diesen *Ansar* und der *Jarodiyya* wird vorgeworfen, neben der Restauration des Imamats, dass sie in Wirklichkeit eine verdeckte Organisation der Zwölferschiiten, und somit dem Iran, sind.

Da sieht man auch wieder wie unsinnig der Vorwurf der jemenitischen Regierung ist, dass al-Qaida gleich *al-Huthi* sind. In Wirklich ist al-Qaida nämlich strikt anti-*Huthi* und anti-schiitisch.

Also das muss man wirklich trennen. Ich halte diesen Vorwurf der jemenitischen Regierung für absurd. Klar, dass sie das Interesse haben das zu sagen. Ich bilde mir ein, ich habe gelesen, dass sich al-Qaida dazu äußerte. Sie sind sowohl gegen die Apostaten in der Regierung, sind aber auch sehr gegen die Schiiten und ihre Ableger.

Was nicht zu leugnen ist, ist, dass das ganze Flüchtlingsproblem al-Qaida für sich nützt. Und sie machen offen in den Flüchtlingslagern unter den Communities Propaganda, durchaus auch religiöser Natur "schaut mal in welche Troubles euch euer Glaube bringt. Kommt zu uns, wir vertreten den wahren Glauben". Insofern ja, al-Qaida reüssiert hier, aber auf keinen Fall kann man von einer Zusammenarbeit sprechen.

Bezüglich der Rolle des Irans: Es ist schwer zu sagen, aber unterstützt werden die *Huthis* schon vom Iran. Man weiß nicht, ob sie tatsächlich Waffen bekommen. Sie sehen aber die *Huthis* schon als die ihren an. Ohne Zweifel aber gab es eine Note "proxy war" zwischen Saudi-Arabien und Iran. Der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran kommt immer stärker hervor. Eigentlich eine typische Kalte Kriegssituation. Natürlich wurden die Saudis wahnsinnig nervös, einerseits wegen al-Qaida (die sich in Flüchtlingslager festnagt) und andererseits schrieben Saudis Zeitungen ganz stark, dass der Iran mitreinspielt.

Oft wird auch gesagt, und das ist gar nicht so abwegig, dass der Iran sich so eine Art Hisbollah auf der arabischen Halbinsel schafft – so eine kleine Störgruppe.

Eines möchte ich auch noch sagen zum Ursprung des Konflikts. Neben dem Machtkonflikt der mit der Revolution einher ging, ist es auch typisch, dass dies ein Konflikt zwischen Zentrum und vernachlässigter Peripherie ist. Manche sagen es ist ein konfessioneller Konflikt, andre sagen überhaupt nicht. Die Wahrheit ist, dass beides stimmt. Der Konflikt hat auch eine konfessionelle Note, natürlich werfen *Huthi* und Zaiditen der Regierung vor – wohl zurecht –, dass salafistische, sie sagen es sind rein wahabitische, Einflüsse immer größer werden. Und natürlich hat die saudi arabische Regierung Einfluss auf die jemenitische Regierung. Der "pure" Islam wird leider Gottes immer stärker. In der ganzen arabischen Welt sind diese kleinen Gruppen unter Druck. Die Puristen sagen, sie hätten den einzig wahren Islam gepachtet. Im jemenitischen Rechtssystem gibt es eine Sunnifizierung. Insofern hat der Konflikt sicher eine konfessionelle Note. Die andere

Ebene ist die Kriegswirtschaft, diese darf man auch nicht vernachlässigen. Es ist irrsinnig vielschichtig.

Rinner:

Wie ist die Leistung der jemenitischen Regierung hinsichtlich der Bewältigung dieser sicherheitspolitischen und ökonomischen Aufgaben zu beurteilen?

Harrer:

Ich glaube, es gab bisher 6 Kriegsrunden. Katar hat versucht zu helfen und hatte den richtigen Ansatz: Entwicklung hoch drei. Ich halte nur die jemenitische Regierung zu eigentlich nichts in der Lage. Wenn ich diese Frage beantworten muss, alleine kann sie es nicht. Ein regionaler Ansatz könnte helfen den Konflikt zu lösen. Und natürlich finanzielle Hilfe. Aber woher soll diese kommen? Vielleicht von Saudi-Arabien, weil die Regierung das Interesse hat, dass sich die Lage beruhigt.

Rinner:

Wie schätzen Sie die sicherheitspolitische Lage im Süden Jemens ein?

Harrer:

Sie kennen die Geschichte, dass eben mit der Wiedereinigung versucht wurde, die irgendwie reinzunehmen. Aber diese Hoffnungen sind auch wegen Bürgerkrieg gesunken. Teile des Südens haben nicht mal das Gefühl zum Jemen zu gehören! Sie reden auch von jemenitischer "Besatzung" und vergleichen das auch mit der israelischen Besatzung in Palästina oder dem Irak und Kuwait.

Auch hier gilt wieder: In Zeitungen hört man oft "Süden" "Zentrum", aber man muss sich den Süden intern ansehen, z.B. Aden und Sultanate des Hinterlandes, die britisches Protektorat waren. Darum ist es so schwer zu beantworten. Es gibt viele unterschiedliche Kräfte. Natürlich kommen auch noch tribale und kulturelle Grenzen hinzu, genauso wie unterschiedliche Vergangenheiten. Die Briten und Aden: Bürgerlichkeit und dann der Sozialismus. Das sind halt auch kulturelle Grenzen zum Nordjemen. Und das betonen sie auch ganz stark.

Zur jetzigen Bewegung: Sie betonen ganz stark, dass sie selbst friedlich sind, was sie im Grunde sicher auch sind, obwohl es vielleicht Krawallbrüder gibt. In gewissen Phasen haben die auch versucht gewisse Revolutionen, wie die samtene Revolution, nachzuahmen. Da sind sie dann mit orangenen oder grünen Stoffetzen herumgelaufen.

Die haben auch selbst Angst, dass sie unter al-Qaida laufen. Sie müssen sich abgrenzen. Und sie versuchen zu zeigen, dass sie eben dem Westen gegenüber freundlich gesinnt sind. Es gibt da so absurde Bilder, wo sie sich mit Amerikanischer Flagge abbilden und die Hymne singen. Aber ja, mit al-Qaida ist es da schon etwas komplizierter, weil von der Bevölkerung des Südjemens werden Angriffe auf al-Qaida Camps und Mitglieder, die normale Südjemeniten sind, schon als Angriffe gegen einen selbst empfunden. Vor ein paar Monaten gab es Unruhen, weil die Regierung ein mutmaßliches al-Qaida Mitglied verfolgte usw. Es gibt hier also einen Widerspruch. Einerseits empfinden sie al-Qaida Mitglieder als die ihrigen, andererseits will die südarabische Bewegung gar nichts mit al-Qaida zu tun haben. Es ist nicht ganz klar. Man muss auch sagen, dass die Ziele dieser Bewegung al-Qaida total zuwider laufen. Konzept von al-Qaida ist die *umma* – die Vereinigung. Die können mit einer Sezession gar nichts anfangen. Sie können auch mit Bürgerlichem und Sozialismus nichts anfangen. Da gibt es sehr, sehr große Unterschiede. Ich glaube schon sagen zu können, dass das *umma* Konzept ganz stark gegen Stammesinteressen geht. Das mag ein Stamm gar nicht, wenn seine Partikularinteressen im Großen und Ganzen verschwinden sollen. Da geht es auch um einfache wirtschaftliche Interessen. Man sah das auch im Irak. Diese irakischen sunnitischen Stämme, die nach 2003 beim Aufstand gegen die Regierung und die Amerikaner dabei waren und mit al-Qaida kooperiert haben. Als al-Qaida immer stärker wurde und sich schließlich sogar in Stammesangelegenheiten einmischten, zum Beispiel in Heiratsangelegenheiten, etc. wurde es ihnen zu viel. Und trotzdem ist es hier nicht so klar wie bei den *al-Huthis*. Diese politische südliche Bewegung möchte ich jedoch vom al-Qaida Vorwurf entlasten.

Eine große Sache im Süden, die wahrscheinlich auch zur Stammesfrage gehört, ist: Wie kaputt machte der Sozialismus die Stämme? Die Antwort darauf wäre vor zwanzig Jahren gewesen, dass der Sozialismus die Stämme kaputt machte. Heute kommen wir drauf, dass das nicht ganz so ist und dass sehr wohl auch diese Stämme wieder "typisch" für den nicht vorhandenen Staat sind. Die Stämme waren ja nie weg, aber sie sind jetzt wieder mehr da. Wie ich schon sagte, die die besser vom Staat kooptiert wurden sind besser kooptiert.

Rinner:

Weshalb eignet sich der Jemen als neuer Rückzugsort für islamistische Gruppen wie al-Qaida? Wie hoch schätzen Sie das Rekrutierungspotential junger jemenitischer Männer ein?

Harrer:

Ich bin prinzipiell niemand der hysterisch al-Qaida schreit. Trotzdem darf man es auch nicht negieren, denn es ist da. Und ich glaube Jemen ist jetzt schon so etwas wie ein Rückzugs- und Durchlaufgebiet. Man darf auch Somalia nicht vergessen! Das hängt ja alles irgendwie zusammen.

Im Bezug auf Irak und Afghanistan blieb Jemen übrig. Und das Rekrutierungspotential ist sicher groß. Keine Zukunft, kein irgendwas. Ich meine, in Kontext von allem was wir sagten wie Wirtschaft und das Gefühl dieser Ungerechtigkeit draußen gelassen zu werden. Al-Qaida kommt ja teilweise mit sozialrevolutionären Slogans und sagt "Ihr werdet vom Staat vernachlässigt", das sind ja quasi politische Slogans. Das ist eine Seite, die man sicher berührt.

Es gibt auch einen ewigen Vorwurf an Salih selbst mit al-Qaida zu kooperieren. Den darf man nicht vergessen! Vielleicht gelingt es der Regierung ganz gut mit al-Qaida zu leben. Noch sehe ich nicht, dass sich al-Qaida total gegen die Regierung richtet. Klar, je mehr Salih mit den Amerikanern kooperiert, desto gefährlicher wird das. Gerade bei den Regierungen in Afghanistan und Irak ist es ganz eindeutig, dass das Leute der USA sind und „wir müssen die bekämpfen“. Bestimmt ist das teilweise im Jemen so, aber mit ziemlicher Sicherheit kann man sagen, dass die jemenitische Regierung über Jahre ganz gut in so einem Graubereich mit denen gelebt hat. Notgedrungen hat sich das jetzt gewandelt. Wenn z.B. die US Luftwaffe ein Camp angreift und offiziell war das die jemenitische Armee, weil es ja offiziell gar keine US Einsatz im Jemen gibt.

Ich glaube schon, dass, obwohl Jemen in den letzten Jahren als Rückzugsort immer wichtiger wurde, nun bestimmt stärker sind. Vor allem die zwei internen Konflikte sind gut für al-Qaida. Sowohl wegen dem Rekrutierungspotential als auch wegen dem schwachen Staat etc.

Auch die Saudi Arabische Perspektive darf man nicht vergessen. Al-Qaida sind ja auch dort wegen Saudi-Arabien. Das ist natürlich für die toll, dass die wirklich auf der Halbinsel sitzen.

Rinner:

Wenn man diese politischen Herausforderungen und den massiven Ressourcenmangel in naher Zukunft betrachtet, ist der Staat Jemen zum Scheitern verurteilt? Wird Jemen ein zweites Somalia?

Harrer:

Somalia ist sicher ein Extremfall. Und die Geschichte wiederholt sich nie. Es wäre also ein ganz eigenes Gewand. Aber auf jeden Fall ist internationale und vor allem regionale Kooperation nötig. Präsident Salih will sich sein Machtgefüge halt auch nicht aufbrechen lassen. Tendenziell bin ich pessimistisch, aber es muss nicht gleich Somalia sein. Der Staat ist schwach, das heißt aber nicht, dass Salih oder seine Klienten schwach sind. Der Staat kann noch lange existieren, dieser Stamm im Staat. Ich bin immer vorsichtig, denn aus unsrer Perspektive können wir uns nie vorstellen, wie es in diesem Chaos weitergeht. Aber es war dort nie „ganz anders“. Natürlich kommen nun viele neue Konflikte hinzu, aber irgendwie, aus unsrer Perspektive können wir uns nie vorstellen, wie es in diesem Chaos weitergeht. Es war dort nie "ganz anders". Natürlich kommen nun viele Konflikte hinzu, aber es wurde immer irgendwie gemanaged. Früher war es halt Imame gegen Stämme. Aber der wirtschaftliche Druck, etc. das war anders. Und wenn das Wasser nun knapp wird, ist das natürlich katastrophal.

Interview mit Joelle Burbank durchgeführt von Theresa Rinner am 9. Februar 2011.

Rinner:

How would you evaluate Yemen's state performance – particularly in regard to legitimacy and the rule of law?

Burbank:

Yemen's state institutions perform poorly in terms of legitimacy and the rule of law, with President Ali Abdallah Saleh in power since 1978 and with mounting opposition to his rule. In 2009, parliament approved a constitutional amendment to postpone parliamentary elections for two years. The government is faced by secessionist sentiments in southern Yemen, a rebellion in the north in which hundreds have been killed since 2009, and the presence of Al-Qaeda within the country as well. In addition, anti-government protests calling for President Saleh to step down have taken place in late January 2011, inspired by similar protests in Tunisia and Egypt, and have prompted President Saleh to announce that neither he nor his son will run for election in 2013.

Rinner:

How severe are Yemen's socioeconomic problems?

Burbank:

As the poorest country in the Middle East, Yemen faces severe economic pressures in addition to security pressures. Falling oil output due to dwindling reserves has exacerbated the economic situation, despite efforts at economic reform and diversification. High unemployment is also contributing to popular discontent.

Rinner:

How would you rate the Yemeni government's performance in dealing with its current problems?

Burbank:

The Yemeni government has taken some efforts to address the economic and security challenges it faces, including through greater reliance on US military and economic assistance, although more needs to be done. In particular, more inclusive political representation could help to ease pressures from northern rebels and southern

separatists, as could President Saleh's keeping to his promise not to run for reelection in 2013 (he has made and broken such promises before).

Rinner:

In how far does the traditional tribal system threaten the monopoly on legitimate force? How would you evaluate the loyalties of different tribes to the Yemeni state?

Burbank:

We have less knowledge of the loyalties of particular tribes to the government or feelings of Yemeni nationalism more generally, but it is clear that society is fractured and that there are many different groups opposing the government for different reasons, sometimes violently, that will continue to pose a serious challenge to the government.

Rinner:

In recent media reports we frequently hear prognosis of an upcoming state collapse in Yemen. Would you concur with this opinion?

Burbank:

State collapse may not be imminent, but the tensions in the north and the south will continue to destabilize the country and greater popular pressure for increased political openness and representation may exacerbate these pressures in the short term. Although more inclusive politics would be beneficial to Yemen's stability in the long term, political transitions tend to exacerbate tensions in the short term, particularly if power is transferred from the President of over 30 years to a new leader, as protesters are calling for. Although Yemen may not be on the brink of collapse, these will be issues to watch in the coming years.

Abstract

Seit dem 11. September 2001 hat die wissenschaftliche Diskussion rund um das Thema Gescheiterte Staaten, also *failed states*, eine neue Dynamik angenommen. Der Jemen wurde als wissenschaftliches Untersuchungsobjekt lange weitgehend vernachlässigt. Vereitelte Terroranschläge in den Jahren 2009 und 2010, deren Ursprung und Planungsstätte im Jemen lokalisiert werden konnten, führten der Welt jedoch drastisch vor Augen, welche Gefahr vom einst als *Arabia Felix* bezeichneten Land für die globale Sicherheit ausgeht. Diese Forschungsarbeit identifiziert jene sicherheitspolitischen und sozio-ökonomischen Gründe, die die Stabilität Jemens massiv gefährden und das Land immer näher Richtung Staatszerfall rücken. Des Weiteren wird aufgezeigt, welche dramatischen Auswirkungen und Gefahren sich hinter einem schwachen Staat Jemen für die internationale Gemeinschaft verbergen. Zwei Konflikte im Norden und Süden des Landes sowie Aktivitäten der Terrororganisation al-Qaida lasten schwer auf den Schultern des jemenitischen Präsidenten Salih, dessen Gewaltmonopol nie volle Durchsetzungskraft erlangen konnte. Tribale Strukturen, Armut und drastischer Wassermangel tun ihr Übriges. Eine genaue Analyse der aktuellen Gegebenheiten und Strukturen innerhalb Jemens ermöglicht ein Verständnis der schwachen Staatlichkeit des Landes. Des Weiteren wird ersichtlich, weshalb sich der Jemen in den letzten Jahren als neuer Rückzugsort al-Qaidas so beliebt gemacht hat und die internationale Gemeinschaft wohl noch in den nächsten Jahren in Atem halten wird.

Wissenschaftlicher Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Theresa Christina Rinner

Geburtsdatum: 28. Juli 1986

Bildungsweg:

1992 – 1996: Volksschule Oberalm

1997– 2005: Privatgymnasium St. Ursula Salzburg

seit 2005: Studium an der Universität Wien:

- Politikwissenschaften

- Arabistik

Wissenschaftliche Erfahrungen:

Juli – August 2007: Sommerprogramm der *Universität Wien* in Strobl mit Schwerpunkt auf *European Law, Human Rights* und *European culture and history*

März - April 2008: Studium an der *Universidad de la Habana* in Kuba zum Thema *International Relations of the Carribean*

Juli 2010: Teilnahme an der 27. Internationalen Sommerakademie vom *Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK)* zum Thema *Krieg im Abseits*